

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

## Deutschland und die Bundeswehr

*Vera Lebedeva* ~ Grüner Tarnanstrich fürs Militär?!

Das Greenwashing der Bundeswehr am Beispiel ausgewählter Truppenübungsplätze - **1**

*Christoph Marischka* ~ Merkel in Äthiopien. Deutsche Rücken-  
deckung für Landraub, Vertreibung und Aufrüstung - **10**

*Jacqueline Andres* ~ Die Bundeswehr im Mittelmeer: Von  
Migrationsbekämpfung zur permanenten Militärpräsenz? - **13**

*Marius Pletsch* ~ FAZ: Atommacht Deutschland? - **16**

## Weitere Artikel

*Jürgen Wagner* ~ Donald Trump: Zweischneidiges Schwert als  
EU-Rüstungskatalysator? - **17**

*Marius Pletsch* ~ Drohnenexport: Auf dem Weg zu  
internationalen Standards? - **20**

*Eiichi Kido* ~ Ist die ostasiatische Gemeinschaft eine Utopie?  
Wird Japan zum Kriegsstaat? - **22**

*IMI* ~ Kein Frieden mit der Europäischen Union. Bericht vom  
20. Kongress der Informationsstelle Militarisierung - **28**



# Editorial:

Mittlerweile scheint „Europa“ fast täglich „am Scheideweg“ zu stehen, manchmal „am Abgrund“ oder gar schon „vor dem Zerfall“. Zuletzt etwa beim Referendum über eine Verfassungsänderung in Italien. Gemeint ist damit natürlich nicht der Kontinent, sondern ein Elitenprojekt und jede Opposition dagegen gilt als populistisch, irgendwie rechts und illiberal, antidemokratisch. Tatsächlich hat man in Deutschland v.a. die Kritik der populistischen Cinque Stelle Bewegung am lautesten vernommen, obwohl sich viele gesellschaftliche Kräfte gegen die Verfassungsänderung stellten, die in

Wirklichkeit selbst antidemokratisch war. Woran liegt das eigentlich, dass gerade diejenigen, die den Populismus an jeder Stelle geißeln, ihn (nicht nur damit) dermaßen aufbauschen, dass jede andere Opposition unsichtbar wird - und dass jede berechtigte Kritik am neoliberalen und militaristischen Herrschaftsprojekt Europäische Union sofort als nationalistisch etikettiert wird.

Die Bestandsaufnahme der EU-Militarisierung auf dem Kongress der Informationsstelle Militarisierung Mitte November, der am Ende dieses Heftes zusammengefasst ist und im Internet nachgehört werden kann (Dank unse-

rem Medienpartner, dem Freien Radio Wüste Welle), war jedenfalls in keiner Weise nationalistisch. Und hochaktuell: Kurz zuvor war Donald Trump zum zukünftigen Präsidenten der USA gewählt worden und in Reaktion wurde in Europa sofort eine umfassende Aufrüstung angekündigt. Diese Pläne beschreibt Jürgen Wagner ausführlicher ab Seite 17. Außerdem gehen wir in dieser Ausgabe den Folgen von Militarisierung für die Natur nach. Vera Lebedeva dekonstruiert im ersten Beitrag die Bemühungen der Bundeswehr, sich als umweltfreundlich darzustellen.

*Die Redaktion*

## Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Thomas Gruber, Christoph Marischka, Thomas Mickan, Andreas Seifert, Jürgen Wagner

**Erscheinungsweise:** Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Jacqueline Andres, gekürzt in ak (analyse & kritik) Nr. 620/2016.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidemark

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Vera Lebedeva studiert in Tübingen. Ihr Artikel entstand im Rahmen eines Praktikums bei der IMI. Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind im IMI-Vorstand aktiv, Jacqueline Andres im Beirat. Marius Pletsch ist Autor der IMI-Studie „Eine Drohne für Europa“. Eiichi Kido ist Professor an der Osaka School of International Public Policy.

**Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe:** Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

### Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Grüner Tarnanstrich fürs Militär?!

## Das Greenwashing der Bundeswehr am Beispiel ausgewählter Truppenübungsplätze

von Vera Lebedeva

In Zeiten, in denen das Umweltbewusstsein der Menschen eher etwas Natürliches als Seltenes ist, verfolgen viele wirtschaftliche und politische Institutionen das Ziel, sich als umweltfreundlich darzustellen und somit auch die möglichen negativen Wirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Umwelt zu verbergen oder gar geheim zu halten. Darunter fällt auch das Militär, militärische Umweltschäden nicht nur im Krieg, sondern auch bei dessen Vorbereitung im eigenen Land und der Folgenutzung der ehemaligen Militärflächen unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollten. Besonders aktuell werden die Forschungen auf diesem Gebiet, da sich das Militär in der Öffentlichkeit zunehmend als „grün“ und umweltfreundlich darstellt.<sup>1,2</sup> Das grüne Image des militärischen Bereichs muss in Frage gestellt werden und soll deswegen in dieser Studie untersucht werden.

Bereits in den 1980er Jahren hat man sich in der BRD umfassend mit dem Zusammenhang zwischen Militär und Umwelt auseinandergesetzt. Damals verwies das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) darauf, dass 25 % der Umweltbelastung auf das Militär zurückzuführen sei.<sup>3</sup> Diese Zahlen bezogen sich allerdings auf die Entwicklung in friedlichen Zeiten, während des Krieges bzw. in bewaffneten Konflikten steigt dieser Wert wesentlich. Aus den 80ern und dem Anfang der 1990er Jahren stammen die meisten Bücher, die es zum Thema gibt, wie z.B. „Natur ohne Frieden“<sup>4</sup>, „Tiefflug“<sup>5</sup>, „Militär-Rüstung und Klima“<sup>6</sup>. Derzeit findet man selten einzelne Artikel, die sich damit beschäftigen. Das bedeutet aber nicht, dass das Thema an Wichtigkeit verloren hat. In den 80ern war die Friedensbewegung besonders aktiv, weil viele Menschen aufgrund des Kalten Krieges und der Bedrohung des Atomkriegs besorgt waren und sich engagierten. Jetzt ist eine Gefahr solchen Ausmaßes nicht mehr so sichtbar wie früher, jedoch werden viele Menschen auf lokaler Ebene mit den militärischen Nebenwirkungen konfrontiert, und gerade lokal wird das Spannungsverhältnis von Militär und Umwelt offensichtlich.

Drei Beispiele wurden ausgewählt, um dieses Verhältnis zwischen Militär und Umwelt zu illustrieren. Im ersten Beispiel geht es um die Geschichte des Truppenübungsplatzes Bergen – dem größten Übungsplatz Deutschlands und Europas – auf dem Territorium der Hohen Heidmark, dessen Anwohner\_innen seit ein paar Jahren dafür kämpfen, dass das Gebiet zu einem Biosphärengebiet wird. Das zweite Beispiel widmet sich der Colbitz-Letzlinger Heide, die genauso wie die Hohe Heidmark schon jahrzehntelang vom Militär ausgebeutet wird. Die Einwohner\_innen des die Heide umkreisenden Gebietes führen schon seit über 20 Jahren ihren Kampf für eine zivile Nutzung der Heide und ihr Mut in diesem Kampf wurde dieses Jahr mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Die Besonderheit des dritten Beispiels liegt darin, dass es sich um ein ehemaliges Militärgelände handelt – um den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen. In diesem Beispiel wird vor allem diskutiert, ob die kriegerischen Spuren der Militärnutzung nach dem Abzug des Militärs aus dem Gebiet verschwunden sind,

oder ob die Konsequenzen noch jahrzehntelang sichtbar sein werden.

Die militärische Präsenz in Deutschland ist hinsichtlich der räumlichen Ausdehnung geringer als noch vor 15 Jahren. Allerdings sind

etwa 2.935 km<sup>2</sup> in Deutschland als Truppen- und Standortübungsplätze (exklusive weiterer Liegenschaften wie Kasernen oder Flughäfen) benutzt,<sup>7</sup> das ist etwas größer als die Fläche des Saarlandes (2.570 km<sup>2</sup>) und entspricht der Fläche von mehr als 400.000 Fußballfeldern. Diese militärische Präsenz auch außerhalb von Kriegszonen stellt einen potentiellen Belastungsfaktor für die Umwelt dar, vor allem durch Waffenbau, -erprobung und -betrieb, durch Manöver, durch den Bau und Betrieb der Infrastruktur und durch die Herstellung und den Verbrauch von Munition und umwelttoxischer Treib- und Brennstoffe.<sup>8</sup> Darüber hinaus können auch Waffen- und Munitionstransport, ihre Lagerung sowie Landschaftsverbrauch und Lärm umweltschädlich sein und zur direkten Bedrohung oder Störung der lokalen Bevölkerung werden.<sup>9</sup> Aber selbst wenn die militärische Präsenz reduziert wird (seit Anfang 2011 wurden knapp 120 km<sup>2</sup> der militärischen Flächen aus der militärischen Nutzung entnommen<sup>10</sup>), lösen sich die Umweltschäden nicht auf, da das Problem der militärischen Altlasten erst dann akut und für alle sichtbar wird, wenn das Militär aus dem Gebiet zurückgezogen und das Ausmaß der Schäden erfasst ist.

### Militärisches Greenwashing

Während das Militär die positiven Effekte seiner Flächennutzung hervorhebt, um sich in der Öffentlichkeit als möglichst umweltfreundlich darzustellen, werden die zahlreichen negativen Auswirkungen zumeist in den Hintergrund gerückt – mit dem Ziel, ein grünes Image zu stärken.

Das grüne Image stärkt zum Beispiel, dass die nicht gedüngten Flächen der Truppenübungsplätze die Erhaltung seltener Pflanzenarten ermöglichen.<sup>11</sup> Selbst das Bundesamt für Naturschutz (BfN) spricht von dieser Hochwertigkeit. Nach Angaben von Biologen\_innen seien einzelne Flächen auf Truppenübungsplätzen die artenreichsten Gebiete.<sup>12</sup> Darüber hinaus stellen die Truppenübungsplätze durch ihre Großflächigkeit und Abgeschiedenheit gute Rückzugsgebiete für einige Vogel- und Tierarten sowie Pflanzen dar.<sup>13</sup> Dadurch, dass die Übungsgelände unzugängliche Gebiete sind, bleibt die Natur weitgehend ungestört. Dies alles ist richtig und wird kaum von jemandem verneint. Aber das ist kein hinreichender Grund für ein grünes Image: Erstens, weil die „ungrünen“ Nebenwirkungen weit größer sind und zweitens, weil die propagierten Effekte auch dann auftreten, wenn ein Gebiet auch ohne das Militär gesperrt würde. Das „Grüne Band“ auf dem ehemaligen Todesstreifen an der deutsch-deutschen Grenze als ein heute außergewöhnliches Naturrefugium ist ein Beweis dafür. Niemand käme hierauf die Idee, hier irgendwelche positiven Rückschlüsse auf die vorherige Nutzung zu ziehen. Das grüne Image des Militärs ist ein Beispiel für Greenwashing.

Der Begriff „Greenwashing“ wurde in den 90ern von Umweltschützer\_innen geprägt.<sup>14</sup> Darunter versteht man „Aussagen und Methoden in Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, die darauf zielen, einem Unternehmen oder Produkt ein umweltfreundliches Image zu verleihen, ohne dass entsprechende Kriterien

umfassend erfüllt sind“.<sup>15</sup> Greenwashing wird gewöhnlich dem öffentlichen Sektor und Unternehmen vorgeworfen, Militäreinrichtungen fallen auch darunter.<sup>16</sup> Regierungen und ihre Streitkräfte repräsentieren sich als umweltfreundlich, um ihr Image zu fördern, von den durch sie verursachten massiven Umweltschäden abzulenken und Unterstützung für ihre Tätigkeiten zu gewinnen, für deren Begünstigung und Legitimierung sie andernfalls kämpfen müssten.<sup>17</sup> Das Pentagon beispielsweise betont, das US-Militär werde vor allem dadurch grün, dass der Energie- und Wasserverbrauch auf den Militärbasen reduziert werde.<sup>18</sup> In diesem Zusammenhang verweisen Kritiker\_innen darauf, dass „militärische umweltschützende Maßnahmen das eigentliche Problem ignorieren: unsere (US-amerikanischen) Kriege zerstören die Umwelt“.<sup>19</sup>

2007 führte die US-Organisation „Underwriters Laboratories“ eine Studie zum Greenwashing von Unternehmen durch und bestimmte dabei Muster in deren Greenwashing-Strategien. Diese Strategien wurden als „6 Sünden von Greenwashing“ bezeichnet.<sup>20</sup> Underwriters Laboratories setzt sich hauptsächlich mit den Fragen von Produktsicherheit und Umweltverträglichkeit<sup>21</sup> auseinander und hat die Studie 2009 zu den „7 Sünden von Greenwashing“ erweitert. Was genau gehört zu diesen sieben Sünden? Zum Beispiel das Verwenden von unklaren Aussagen (eng. Sin of Vagueness), um ein Produkt zu beschreiben. Selbstetikettierungen wie „umweltfreundlich“ reichen demnach nicht aus, sondern sollten genauer beschrieben werden.<sup>22</sup> Als Greenwashing-Sünde gilt auch die Verwendung von nicht überprüfbareren Aussagen (eng. Sin of No Proof), die ohne Nachweislabel oder Zertifikate gemacht werden sowie die Verwendung von falschen bzw. nicht anerkannten Labels (eng. Sin of Worshipping False Labels), die man benutzt, um ein Produkt als umweltfreundlich auszugeben.<sup>23</sup> Zu den weiteren Sünden gehören irrelevante und falsche Aussagen. Ein Beispiel für das Verwenden von irrelevanten Aussagen (eng. Sin of Irrelevance) ist „ECF“ (elementarchlorfrei) auf einer Packung Papier, weil die meisten Papiere in Europa chlorfrei gebleicht sind und das deswegen keine „besondere Umweltleistung“ ist.<sup>24</sup> Die Sünde des Verwendens von falschen Aussagen (eng. Sin of Fibbing) tritt beispielsweise dann auf, wenn ein Produkt angeblich über ein Energy-Star-Zertifikat verfügt, dieses jedoch nicht hat.<sup>25</sup>



*Militärisches Greenwashing: Origamikröte der Bundeswehr auf Bundeswehrumweltschutz-Memoryspiel. Foto: IMI*

Die letzten beiden Sünden, die etwas ähnlich sind, sind für den Militärbereich besonders relevant. Die Sünde von faulen Kompromissen (eng. Sin of the Hidden Trade-Off) wird da begangen, wenn nur Teilaspekte für die Bezeichnung eines Produktes als „grün“ betrachtet werden.<sup>26</sup> Papier ist beispielsweise nicht unbedingt umweltfreundlich, wenn es aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern produziert wird, solche Aspekte wie CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Produktion oder die Verwendung von Chlor zum Bleichen müssen auch in Betracht gezogen werden.<sup>27</sup> Die letzte Sünde wird „das kleinere Übel betonen“ genannt und bezeichnet so eine Strategie, die einzelne positive Wirkungen bzw. Teilaspekte eines Produktes stark hervorhebt, um dadurch eine Ablenkung vom größeren Übel zu schaffen.<sup>28</sup> Ein Produzent betont zum Beispiel geringe CO<sub>2</sub>-Emissionen seiner Produktion, macht dabei „aber keine Angaben zu weiteren Emissionen (Wasser, Luft), insbesondere dann, wenn diese vielleicht besonders schlecht sind.“<sup>29</sup>

2010 teilte das Center for American Progress mit, das Pentagon führe eine große grüne Renovierung seines Gebäudes durch, welches zu einem der energieeffizientesten und nachhaltigsten Gebäude auf der Welt werden sollte.<sup>30</sup> Die Organisation Pew Charitable Trusts<sup>31</sup> hat in ihrem Bericht 2010 hervorgehoben, das US-Militär mache Fortschritte bei der Klimawandelbekämpfung.<sup>32</sup> US-Präsident Barack Obama lobte in dieser Hinsicht die Bestrebung des US-Militärs, den Treibstoffverbrauch dank den Biotreibstofftechnologien zu reduzieren, besonders bei den F/A-18 Super Hornet Fighter Jets.<sup>33</sup> Solche Hervorhebungen lenken aber davon ab, dass das Pentagon über 52 Millionen Liter Öl (330.000 Barrel) pro Tag verbraucht und die Hälfte dieses Energieverbrauchs bei den Luftstreitkräften liegt.<sup>34</sup>

### Diskursstrategien von Greenwashing

Greenwashing-Sünden werden begangen, indem unterschiedliche Diskursstrategien verwendet werden. Gerade diese Strategien tragen zum Erfolg von Greenwashing bei. Wie und was genau man sagt/schreibt, prägt in der einen oder anderen Weise den/die Hörer\_in/Leser\_in und sorgfältig ausgewählte Aussagen können den vom Sprechenden gewünschten Effekt auf das Publikum haben. Wenn man also will, dass das Publikum etwas für gerecht hält (selbst wenn das in der Wirklichkeit nicht unbedingt gerecht ist), muss man das so darstellen, dass das Publikum einem glaubt.

Für viele Menschen besteht eine unmittelbare Verbindung zwischen Krieg und Zerstörung, deshalb wird das Militär per se als Zerstörungskraft wahrgenommen. Eine solche Wahrnehmung spricht nicht für das Militär und muss aus Sicht der Regierung verändert werden. Hier kommt die erste Greenwashing-Diskursstrategie – Verherrlichung der Biodiversität – ins Spiel.<sup>35</sup> In einer Broschüre der Bundeswehr aus dem Jahr 2003 wird beispielsweise unterstrichen, auf den Übungsplätzen seien natürliche und naturnahe Biotop erhalten, die im restlichen Deutschland schon längst verschwunden seien.<sup>36</sup> Eng damit hängt die zweite Strategie zusammen: die Verbindung des Vorhandenseins von Naturvielfalt bei Militärpräsenz.<sup>37</sup> 1995 hatte das britische Militär vor, die Militärfläche des Truppenübungsgebiet Otterburn im Nationalpark Northumberland zu erweitern. Einer der ehemaligen Staatssekretäre im britischen Verteidigungsministerium, Nicholas Soames, hat seine Unterstützung dafür geäußert. Sein Hauptargument war, dass, obwohl die militärischen Übungen dem Verständnis vom ruhigen Genuss/Vergnügen nicht entsprächen, gerade

diese militärische Präsenz dazu beigetragen habe, die schönen und abwechslungsreichen Landschaften des Nationalparks zu bewahren und zu schützen.<sup>38</sup> Die Bundeswehr weist in ähnlicher Weise darauf hin, die Übungsplätze stellen wertvolle Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten dar, und das alles sei dank und nicht trotz des Militärs möglich<sup>39</sup>. „Auch die Amphibienwelt profitiert vom übenden Militär. In den Fahrspuren von Panzer, Lastkraftwagen und anderem schweren Gerät bilden sich temporäre Gewässer, in denen Kammolche, Erdkröten und Gelbbauchunken ihren Laich ablegen“<sup>40</sup>, liest man auf der offiziellen Bundeswehrseite. In dem Nachhaltigkeitsbericht des BMVg aus dem Jahr 2014 ist auch ein starkes Plädoyer dafür zu finden, dass das Militär für die Artenvielfalt auf den Truppenübungsplätzen sorgt.<sup>41</sup> Rachel Woodward bezeichnet diese Strategie als „militärischen Kreationismus“<sup>42</sup>, der auch mit dem Umweltschutz verbunden sei und in eine weitere Strategie fließt.

Die dritte Strategie schafft eine Verbindung von Streitkräften mit den umweltschützenden Aufgaben bzw. Maßnahmen. In der Grundsatzweisung für den Umweltschutz der Bundeswehr (2007) ist festgelegt: „Umweltschutz ist Bestandteil aller Planungen und Handlungen der Bundeswehr in Erfüllung ihres Auftrags. Er ist Teil der Führungsverantwortung. Die Aufgaben der Bundeswehr sind unter geringstmöglicher Belastung von Mensch und Umwelt zu erfüllen, ihre Wahrnehmung soll das Gebot der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen.“ In verschiedenen Flyern und Broschüren der Bundeswehr oder auch auf der Website kann man Aussagen finden, wie „die Bundeswehr ist grün!“, „Umweltschutz gehört zu den Aufgaben der Bundeswehr“<sup>43</sup> und den auch in rechten Kreisen verbreiteten Slogan<sup>44, 45</sup> „Umweltschutz ist Heimatschutz“<sup>46</sup>.

Laut Woodward dienen Geschichten und Aussagen dieser Art lediglich den Interessen des Militärs, indem man den Fokus der militärischen Tätigkeiten deutlich einschränkt und den Blick über den Tellerrand verbirgt oder ganz verliert.<sup>47</sup> Diese Geschichten und Aussagen wiederum machen die Militärpräsenz natürlich, obwohl sie im Grunde nicht zu der urwüchsigen Natur gehört.

## Rechtliche und strukturelle Grundlagen

Die Umwelt und die Natur sind eigentlich durch mehrere Umweltgesetze geschützt. Das Problem ist aber, dass das Militär eine Sonderstellung im Umweltrecht Deutschlands hat, aus dem es in meisten Fällen ausgenommen ist, weil „zwingende Gründe der Landesverteidigung oder zwischenstaatliche Verpflichtungen im Umweltrecht Sonderregelungen für die Bundeswehr“ erfordern.<sup>48</sup>

Gesetzlich genießt das Militär so einige Privilegien: Der Bundesverteidigungsminister ist beispielsweise dazu berechtigt, weitere Ausnahmen aus der umweltschützenden Gesetzgebung anzuordnen, wenn dies die Sicherheit Deutschlands erfordere.<sup>49</sup> Es ist jedenfalls nicht geklärt, was der Umfang und die Gründe dieser Anordnung sein sollen.<sup>50</sup> Außerdem kontrolliert die Bundeswehr selbst den Vollzug der meisten Gesetze.<sup>51</sup> Die ausländischen Truppen reklamieren ebenfalls Anspruch auf diese Sonderstellung, da sie laut dem NATO-Truppenstatut, „sich sowohl dem deutschen Recht unterwerfen müssen als auch dem Recht ihres jeweiligen Heimatlandes“.<sup>52</sup> Auch das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) privilegiert „bestimmte Nutzungen von hohem öffentlichen Interesse, darunter auch diejenigen, die im Zusammenhang mit der Landes- und Bündnisverteidigung stehen“.<sup>53</sup> Dr. Daniel Nitsch schreibt

darüber: „Über diese Privilegierung wird gewährleistet, dass die Übungsplätze der Bundeswehr nicht in Frage gestellt werden und die Streitkräfte ihrem militärischen Auftrag uneingeschränkt nachkommen können“.<sup>54</sup>

Einige rechtliche Normen beziehen sich explizit auf den Natur- und Umweltschutz auf den Truppenübungsplätzen, wie zum Beispiel die „Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Übungsplätzen der Bundeswehr“, der „Leitfaden zur Durchführung der FFH [Flora-Fauna-Habitat]-Verträglichkeitsprüfung bei Infrastrukturvorhaben und landschaftsbezogenen Vorhaben der Bundeswehr“ und der „Leitfaden zur Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) bei Infrastrukturvorhaben der Bundeswehr“.<sup>55</sup> Aber selbst in der „Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Übungsplätzen der Bundeswehr“ findet man Verweise auf eine Sonderstellung des Militärs im Umweltrecht und die Argumente dafür, dass die militärische Nutzung auf die Natur eine positive Wirkung hat. Zum Regelwerk der Bundeswehr bei dem Umweltschutz gehört auch der Benutzungs- und Bodenbedeckungsplan (BB-Plan), welcher „[...] als militärischer Flächennutzungsplan zur Gewährleistung einer gesetzkonformen, nachhaltigen und bestimmungsgemäßen Nutzung von Übungsplätzen“ beitragen soll<sup>56</sup> und die „Vereinbarung zum Schutz von Natur und Landschaft auf militärischen Übungsplätzen“ zwischen Bund und Ländern.

Zu den rechtlichen Vorschriften der Bundeswehr gehörte früher die „Grundsatzweisung für den Umweltschutz der Bundeswehr“, die laut dem „Nachhaltigkeitsbericht des BMVg und der Bundeswehr“ von 2016 durch die Zentrale Dienstvorschrift „Umweltschutz und Umweltmanagement“ im Jahr 2015 ersetzt wurde.<sup>57</sup> Die Hauptziele des eingeführten Umweltmanagements sind „die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und die kontinuierliche Verbesserung der Umweltleistungen“.<sup>58</sup> Die Erfolge in dieser Hinsicht können eher kritisch eingeschätzt werden, weil die Belastung der Truppenübungsplätze hoch ist und Pläne für ihre weitere Nutzung und weiteren Aufbau bestehen (s.u. in den Abschnitten zu den Truppenübungsplätzen Bergen und Altmark).

Die Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD) im Bundesministerium der Verteidigung beschäftigt sich unter anderem mit Fragen zu Umweltschutz und Militär und trägt die ministerielle Verantwortung für den Aufbau und Ablauf des ihr untergeordneten Bereichs.<sup>59</sup> Die Aufgaben des Bereichs werden vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) erfüllt. Das BAIUDBw existiert erst seit der Bundeswehrreform 2012 und der Umweltschutz ist nur ein kleiner Teil seiner Aufgaben. Die Abteilung Gesetzliche Schutzaufgaben (GS) im BAIUDBw ist nicht nur für Umweltschutz, Ökologie und Umweltverträglichkeit verantwortlich, sondern auch für Arbeitsschutz und Abfallwirtschaft. Darüber hinaus ist diese Abteilung die technische Überwachungsstelle der Bundeswehr und „kümmert sich um die Fachaufsicht über die Sicherstellung der Gesetzlichen Schutzaufgaben in der Bundeswehr“.<sup>60</sup> Daraus folgt, dass die Umwelt keine Prioritätsrolle bei der Tätigkeit des BAIUDBw hat, sondern nur einen kleinen Teilbereich darstellt.

Jedoch sollte der Umwelt eine bedeutsame Rolle zugeschrieben werden, besonders auf Truppenübungsplätzen, weil gerade sie zu den Orten gehören, wo das Militär und die Umwelt direkt zusammenkommen. Über 75 % der Wald- und Offenlandflächen auf Truppen- und Standortübungsplätzen sind als Natura 2000-Gebiete<sup>61</sup> und Naturschutzgebiete<sup>62</sup> gemeldet<sup>63</sup>, 50 % der Truppenübungsplatzflächen als Fauna-Flora-Habitat- (FFH)<sup>64</sup>

und/oder Vogelschutzgebiet.<sup>65</sup> Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges hat sich die gesamte Naturschutzgebietsfläche deutlich vergrößert: 1992 lag sie bei 6.270 km<sup>266</sup>, bis 2014 hat sich diese Zahl auf 13.784,1 km<sup>2</sup> verdoppelt.<sup>67</sup> Bemerkenswert ist, dass ein durchschnittlicher Truppenübungsplatz viel größer ist als ein durchschnittliches Naturschutzgebiet, obwohl die militärische Gesamtfläche insgesamt kleiner ist. 1992 betrug die Durchschnittsfläche eines Naturschutzgebietes ca. 1,2 km<sup>268</sup>, zurzeit etwas mehr als 1,56 km<sup>2</sup>.<sup>69</sup> Die durchschnittliche Größe eines Truppenübungsplatzes lag 1992 bei 74 km<sup>2</sup>,<sup>70</sup> derzeit bei etwas weniger als 70 km<sup>2</sup>.<sup>71</sup> Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden die Militärfächen reduziert, aber nach wie vor wird der Ausdehnung von Truppenübungsplätzen mehr Bedeutung zugemessen als jener der Naturschutzgebiete. Die steigende Größe der Naturschutzgebiete zeigt jedoch die besondere Rolle solcher Gebiete.

Naturschutzgebiete und militärisch benutzte Flächen überschneiden sich oft. Dies ist ein weiterer Grund für das Militär, davon zu sprechen, dass es eine positive Wirkung auf die Natur hätte. Wie bereits angedeutet, handelt es sich jedoch um Greenwashing. Drei Beispiele bringen unterstreichen im Folgenden, wie „naturfreundlich“ die Truppenübungsplätze sind. Auf lokaler Ebene gibt es in Deutschland einige Bürgerinitiativen, die direkt vor Ort mit der militärischen Nutzung konfrontiert sind. Sie kämpfen für eine zivile Nutzung der militärischen Flächen in ihren Landeskreisen und bestehen darauf, dass diese Flächen als Naturparks oder Biosphärengebiete eingerichtet werden. Die Geschichte dieser Initiativen und „ihrer“ Truppenübungsplätze zeigt, wie problematisch die Beziehungen zwischen Militär und Natur sind.

### Hohe Heidmark und Truppenübungsplatz Bergen

„Vom ‚Platzrand‘ zum Schatzland“ – mit diesem Motto engagieren sich die Mitglieder der Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark für eine Umwandlung der militärisch benutzten Fläche in ein Naturgebiet. Die Hohe Heidmark (oder auch Ostheidmark) umfasst das Territorium zwischen Bergen, Bad Fallingbostal, Soltau und Winsen/Aller, das schon seit knapp 80 Jahren militärisch benutzt wird.<sup>72</sup> 2013 wurde der Abzug der britischen Streitkräfte – einer der damaligen Hauptnutzer

des Geländes – angekündigt, dementsprechend sollten „[die] militärischen Liegenschaften in Bergen-Hohne (einschließlich Fallingbostal) Ende 2015 geräumt [werden]“.<sup>73</sup> Die Nachricht hat für Aufregung gesorgt und es wurde befürchtet, dass die Natur auf diesem Gebiet „in falsche Hände geraten könnte“, so Sven-Christian Kindler, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen.<sup>74</sup> Das war ein Auslöser für die Gründung der Initiative Hohe Heidmark, die bereits 2013 ins Leben gerufen wurde.

Nach dem Abzug der Briten wurde der Übungsplatz allerdings nicht geschlossen – sondern die Bundeswehr sowie NATO-Truppen führen seit dem dort wie befürchtet wurde ihre Übungen durch.<sup>75</sup> Aber die Idee der Umwandlung des Militärplatzes in einen Naturschutz besteht immer noch und bewegt die Initiative Hohe Heidmark weiter. Die Fläche der Hohe Heidmark hat ihren Wert nicht verloren und auch die Hoffnung, die wertvolle Landschaft für zivile Nutzung zu gewinnen, ist noch nicht verschwunden.

Der Truppenübungsplatz Bergen, der sich über die Fläche der Hohen Heidmark ausdehnt, ist der größte Übungsplatz Deutschlands<sup>76</sup> und Europas mit einer Fläche von 284 km<sup>2</sup>.<sup>77</sup> Teile des Truppenübungsplatzes bestehen aus zwei FFH-Gebieten und zwei Vogelschutzgebieten, der Erhaltungszustand der letzten beiden ist dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) nicht bekannt (Stand 2015), während der Erhaltungszustand der FFH-Gebiete „für den überwiegenden Anteil der Flächen“ als „günstig“ bezeichnet wurde. Allerdings konnten in einer parlamentarischen Anfrage keine genauen Aussagen „zu möglichen Defiziten“ gemacht werden.<sup>78</sup>

Eine jahrzehntelange militärische Nutzung hinterlässt jedoch ihre Spuren. Kleine Teile der Heide wurden schon im 19. Jahrhundert vom Militär benutzt: Die Königlich-Hannoversche Armee bezog zwei Exerzierplätze auf dem Gelände des heutigen Truppenübungsplatzes Bergen.<sup>79</sup> Zu Zeiten des Kaiserreiches war das Territorium des jetzigen Truppenübungsplatzes noch eines der zehn beliebtesten Reiseziele im Land.<sup>80</sup> Die maßgeblichen Bauarbeiten zur Einrichtung eines Übungsplatzes für die Wehrmacht fanden zwischen 1934 und 1938 statt. Um die Fläche dem Militär zur Verfügung zu stellen, wurden rund 24 Dörfer (mit insgesamt 3.650 Einwohner\_innen) trotz Protesten umgesiedelt.<sup>81</sup> „Heute erinnern nur noch vereinzelte Obstbäume oder Schilder an die untergegangenen Ortschaf-



Munitionsreste auf Brandfläche, Truppenübungsplatz Bergen. Quelle: Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark

ten.<sup>82</sup> Laut Arne Hilbich, einem der Vereinsvorsitzenden der Initiative Hohe Heidmark, ist für viele, besonders ältere Leute, die Gegend immer noch ein Teil ihrer Heimat, wo früher ihre Verwandten gelebt haben, der nun hinter dem Militärzaun versperrt liegt.

Im April 1945 haben die Briten den Übungsplatz übernommen, der bis 1952 ausgedehnt wurde und seine aktuelle Größe erreichte.<sup>83</sup> 1957 hat die Bundeswehr den Truppenübungsplatz zum ersten Mal für ihre Übungen genutzt und ein Jahr später hat die British Army den Platz an die Bundeswehr übergeben, seitdem wurde er als „NATO-Schießplatz Bergen-Hohne“ bezeichnet.<sup>84</sup> Der Name spricht für sich selbst: Der Übungsplatz wird nicht durch die Bundeswehr, sondern durch die NATO belegt, „genauer gesagt, durch die Northern Army Group (NORTHAG)“, die vor Ort durch Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Belgien vertreten ist.<sup>85</sup> Diese Länder sind dementsprechend die Hauptnutzerinnen des Truppenübungsplatzes und selbst mit dem Abzug Großbritanniens fallen die anderen Nutzer nicht weg. Das BMVg selbst charakterisiert die Benutzung des Übungsplatzes folgendermaßen: „[...] im Vergleich zu anderen Truppenübungsplätzen [ist der NATO-Truppenübungsplatz Bergen] überdurchschnittlich gut ausgelastet“.<sup>86</sup>

Trotz der falschen Vorstellung, dass die militärische Flächennutzung umweltfreundlich sei, ist der Truppenübungsplatz Bergen wegen der großen Auslastung mit Umweltproblemen konfrontiert, die schwer zu verneinen sind. Zu den größten Problemen auf dem Truppenübungsplatz gehört die Bodenverseuchung durch Schwermetalle (Cadmium, Quecksilber) aufgrund von Munitionsresten und durch das Öl der Panzer.<sup>87</sup> Zu den weiteren Umweltproblemen zählen Erosion und der auf dem Übungsplatz erzeugte Lärm.<sup>90</sup> In der Zeitperiode zwischen 2010-2014 „wurden durch Bundeswehr und Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) keine Ausgaben für Bodensanierung getätigt“.<sup>88</sup> Im Rahmen des Altlastenprogramms der Bundeswehr sind die Untersuchungen bezüglich der Bodenkontamination auf dem Übungsplatz „noch nicht flächendeckend abgeschlossen“, aber laut dem BMVg „ergaben sich [bisher...] keine Anhaltspunkte für das Vorliegen schädlicher Bodenveränderungen“.<sup>89</sup>

Aber die Abwesenheit landwirtschaftlicher Nutzung hat die Erhaltung der seltenen und schutzwürdigen Landschaften gefördert, was eine perfekte Grundlage für ein Biosphärengebiet darstellt.<sup>91</sup> Der Übungsplatz ist darüber hinaus aufgrund der Absperrung ein Lebensraum für zahlreiche seltene Tier-, Vogel- und Pflanzenarten, vor allem in seinen Randflächen. Die Aktivisten\_innen der Initiative Hohe Heidmark sind allerdings davon überzeugt, dass der ausreichende Schutz für die Natur und die Landschaft mit dem Format eines Biosphärengebietes besser gewährleistet werden kann, als mit einer militärischen Nutzung.<sup>92</sup> Sie sehen mehrere Anzeichen für die mögliche Schließung des Truppenübungsplatzes, wie zum Beispiel die Tatsache, dass der Platz vor allem als Panzerübungsplatz diene. Panzertruppen verlieren aber „[m]it dem Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer international einsetzbaren Interventionsarmee“ an Bedeutung.<sup>93</sup> „Die Zeit der Panzerschlachten ist vorbei und damit auch die Zeit des TrÜbPl Bergen“, so die Initiative.<sup>94</sup>

Einmal im Jahr veranstaltet die Bundeswehr „Volksradfahren“ auf dem Truppenübungsplatz Bergen, wofür einige Straßen geöffnet werden. Die Aktivisten\_innen der Initiative Hohe Heidmark nehmen daran, mit ihren „Vom Platz zum Schatz“-Plakaten teil. Nur einmal im Jahr kann man die Schönheit der



Die vielbefahrenen Fahrwege verursachen eine Bodenverdichtung. Quelle: Bernd Luge, BI OFFENE HEIDE

Heide genießen, und das ist natürlich sehr schade, dass die Natur vom Menschen von anderen Menschen weggenommen wird.

## Colbitz-Letzlinger Heide und Truppenübungsplatz Altmark

*„Sag mir, wo die Wälder sind?*

*Wo sind sie geblieben?*

*Sag mir, wo die Wälder sind?*

*Was ist geschehn?*

*Sag mir, wo die Wälder sind?*

*Soldaten haben sie angezünd.*

*Wann wird man je verstehen?“*

*(Colbitz-Letzlinger-Heide-Lied)<sup>95</sup>*

Die Geschichte der militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ist zum Teil ähnlich wie die der Hohen Heidmark, allerdings mit einigen Besonderheiten. Die Colbitz-Letzlinger Heide befindet sich in Sachsen-Anhalt, in der Nähe von Magdeburg. Die Gesamtfläche der Heide beträgt etwa 600 km<sup>296</sup> (nach anderen Angaben 800 km<sup>2</sup>)<sup>97</sup>, aber mehr als 230 km<sup>298</sup> davon sind für Zivilist\_innen unzugänglich: Schon seit fast 80 Jahren wird die wertvolle Landschaft für militärische Zwecke benutzt, und zwar jener Teil, der das Kerngebiet der Heide darstellt. Auf dieser riesigen Fläche liegt der Truppenübungsplatz Altmark mit seinem 1995-1996 gebauten Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Heer<sup>99</sup>, das die Bundeswehr selbst als „eine effektive, kostenwirksame und umweltschonende Einrichtung“<sup>100</sup> beschreibt.

Nach dem 2. Weltkrieg besetzte die sowjetische Armee den Übungsplatz, den die Soldat\_innen der Roten Armee intensiv nutzten.<sup>101</sup> Die „Wende“ hat auch die Hoffnung auf eine zivile Nutzung des Gebietes mit sich gebracht. In einen Naturpark wurde das Gebiet jedoch damals nicht umgewandelt, was ein Anlass zur Gründung der Bürgerinitiative Offene Heide 1993 war.<sup>102</sup> Die Aktivisten\_innen der Initiative kämpfen seitdem und setzen sich für eine zivile Nutzung ein.

Die Heide galt schon vor ihrer Erschließung als eine dünn besiedelte Region.<sup>103</sup> Derzeit ist sie auch „als das größte zusammenhängende Heidegebiet Mitteleuropas“ bekannt.<sup>104</sup> Auf dem Territorium des Truppenübungsplatzes liegen großflächige Vogelschutz- und FFH-Gebiete.<sup>105</sup>

Die Heide war früher „ein beliebtes kaiserliches Jagdgebiet“.<sup>106</sup> „Mitten in der Heide“ befand sich der Luftkurort Schnöggersburg, der für seine reine Luft bekannt war.<sup>107</sup> In den

1930ern wurden die in der Heide liegenden Dörfer umgesiedelt.<sup>108</sup> Malte Fröhlich, einer der Aktivisten\_innen der Bürgerinitiative Offene Heide, erzählt, dass die Heide einst zum größten Teil bewaldet war. Nach der Räumung der Dörfer wurden die ersten 24 km<sup>2</sup> abgeholzt.<sup>109</sup> Teile des Gebietes wurden in den Zeiten des Nationalsozialismus zur Erprobung von Artillerie- und Panzerabwehrwaffen benutzt.<sup>110</sup> „Getestet wurden die Geheimwaffen der Wehrmacht, darunter Hitlers Riesengeschütz Dora.“<sup>111</sup> Nach dem Krieg übernahmen, wie oben bereits erwähnt, die sowjetischen Streitkräfte den Platz und blieben bis 1994.<sup>112</sup> Die meisten noch übrigen Waldteile wurden im Laufe der sowjetischen Stationierung auf dem Platz auch abgeholzt.<sup>113</sup> Die Heideränder sind aber noch gut erhalten, dort können sogar noch 600 Jahre alte Eichen gefunden werden.<sup>114</sup>

Nach der „Wende“ hatte der Landtag Sachsen-Anhalts 1991 die „ausschließlich zivile Nutzung“ der Heide beschlossen.<sup>115</sup> Die Idee der zivilen Nutzung der Heide hat sich schnell entwickelt – sie sollte zu einem Naturpark werden.<sup>116</sup> 1993 entschied allerdings der deutsche Bundestag anders und „beschloss [...] die Weiterführung des Truppenübungsplatzes“, dementsprechend er 1994 von der Bundeswehr besetzt wurde.<sup>117</sup> Die 1993 gegründete Bürgerinitiative Offene Heide versammelt sich „seit dem 1. August 1993 jeden ersten Sonntag im Monat zum Friedensweg in die Colbitz-Letzlinger Heide“<sup>118</sup> „Wir nehmen sie damit Stück für Stück symbolisch in Besitz und erfüllen sie mit friedlichem Leben“.<sup>119</sup> Am 2. Oktober 2016 fand schon der 280. Friedensweg statt. Für ihr Engagement erhielten die Aktivist\_innen am 1. September 2016 den Aachener Friedenspreis.<sup>120</sup>

1997 kam es zu einem Kompromiss zwischen Land und Bund – dem sogenannten Heidekompromiss. Der Kompromiss hat die Wegnahme des Südteils der Heide aus der militärischen Nutzung spätestens im Jahr 2006 vorgesehen.<sup>121</sup> 2003 haben sich aber die Landesregierung und die Mehrheit des Landtags für eine weitere militärische Nutzung des Südteiles entschieden und 2004 wurde eine veränderte Vereinbarung unterzeichnet, nach der auch der Südteil dem Militär zur Verfügung steht.<sup>122</sup>

2012 hat die Bundeswehr „ihre Vorstellung für die weitere Nutzung des Truppenübungsplatzes (TÜP) Altmark [präsentiert]“.<sup>123</sup> Nach den Plänen der Bundeswehr kommt Schnögersburg zurück, aber leider nicht mehr als Luftkurort sondern als eine Übungsstadt. Das heißt, die Stadt wird gar nicht bewohnt, sondern ausschließlich den militärischen Übungszwecken dienen. Teile der Stadt werden schon Ende 2017 fertiggestellt und ab 2018 kann dieser Teilabschnitt für die Übungen benutzt werden. Die komplette Fertigstellung einschließlich Flugplatz ist 2020 vorgesehen.<sup>124</sup> Das Projekt, das auch „Urbaner Ballungsraum“ genannt wird, wurde von den Bundeswehregegner\_innen und Linken-Politiker\_innen kritisiert. Außerdem „[hat] [d]er grüne Landtagsabgeordnete Dietmar Weihrich aus Sachsen-Anhalt nach eigenen Angaben [...] bei der EU-Kommission Beschwerde gegen Schnögersburg eingelegt, weil mit dem Projekt wichtige Umweltschutzbestimmungen verletzt würden.“<sup>125</sup> Das Land Sachsen-Anhalt verweist auf das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und verneint nicht, das Bauvorhaben „Urbaner Ballungsraum“ stelle einen Eingriff in Natur und Landschaft dar.<sup>126</sup> Allerdings ist dieser Eingriff durch den Verursacher (in dem Fall der Bund) laut dem BNatSchG lediglich auszugleichen oder zu ersetzen.<sup>127</sup> Gerade diese Ausgleichsmaßnahmen sprechen laut dem Land dafür, dass es keinen Verstoß gegen die Regelungen gebe.

Mit dem Ausbau des Truppenübungsplatzes wird auch die Intensität seiner Nutzung steigen, weil die Übungsstadt nicht

nur von der Bundeswehr und den NATO-Verbündeten benutzt werden wird, sondern auch von „ausgewählten weiteren Interessenten“.<sup>128</sup> Damit wird auch die Natur auf der Fläche mehr belastet werden, obwohl fast nichts mehr an ihre urwüchsige Form erinnert. Im Kern des Gebiets sieht man nur „eine karge, kaum bewachsene, baumlose [...] Landschaft“.<sup>129</sup> Langjährige militärische Nutzung vernichtete große Teile des Waldes, stattdessen sieht man nur Sandmagerrasen und offenen Sandflächen.<sup>130</sup> „Vegetationsarm sag ich mal. [...] Nur noch Sand“, sagt Bernd Luge aus der BI Offene Heide.<sup>131</sup>

### Ehemaliger Truppenübungsplatz Münsingen

Die Geschichten der Colbitz-Letzlinger Heide und der Hohen Heidmark zeigen die andere Seite des militärischen Greenwashings. Das Militär hat auch in friedlichen Zeiten eine zerstörerische Wirkung, vor allem nach Jahren der ununterbrochen militärischen Nutzung. Was passiert dann aber mit dem Land, das über ein Jahrhundert lang durch das Militär besetzt wurde? Das zeigt die Geschichte der Nutzung und der Nachnutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen auf der Schwäbischen Alb.

Der ehemalige Truppenübungsplatz Münsingen gehört zum Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Einst militärisch benutzt, wurde das Gebiet zum Teil des Biosphärengebietes. An den Orten, wo militärische Gelände aufgegeben werden, ist das auch als „Modell Münsingen“ bekannt,<sup>132</sup> welches man sich zum Vorbild nehmen möchte. Die Fläche des Übungsplatzes beträgt nach unterschiedlichen Angaben zwischen 65<sup>133</sup> und 67 km<sup>2</sup>.<sup>134</sup> Der Truppenübungsplatz bei Münsingen wurde 1895 für das XIII. Königlich Württembergische Armeekorps gebaut, die ursprüngliche Fläche des Platzes lag bei etwa 36,6 km<sup>2</sup>.<sup>135</sup> In den 30ern war die Geschichte des Gebietes ähnlich jener der Hohen Heidmark oder der Colbitz-Letzlinger Heide: es wurde durch die Wehrmacht ausgebaut und dafür wurde das auf dem Territorium liegende Dorf Gruorn trotz der Proteste der Einwohner\_innen umgesiedelt.<sup>136</sup> Nach dem 2. Weltkrieg haben die französischen Streitkräfte den Übungsplatz übernommen, den auch die Bundeswehr 1957 wieder benutzen und ausbauen durfte (Straßen- und Wegenetze wurden erweitert).<sup>137</sup> 1992 haben die französischen Truppen den Platz verlassen, infolgedessen übernahm ihn die Bundeswehr komplett. Nur zehn Jahre später wurde beschlossen, den Truppenübungsplatz außer Betrieb zu setzen und Ende 2004 haben sich die Soldat\_innen vom Ort komplett verabschiedet.<sup>138</sup>

Der ehemalige Truppenübungsplatz wurde schnell in ein Naturgebiet umgewandelt, das von allen Menschen frei betreten werden darf – eine Möglichkeit, die auch viele nutzen. An einem sonnigen freien Tag ist der Parkplatz vor einem der Eingänge auf das Territorium gut gefüllt. Jüngere und ältere Paare, Familien mit Kindern, Einzelpersonen – man trifft viele unterschiedliche Menschen, die meistens mit einem Fahrrad oder mit Nordic-Walking-Stöcken ausgerüstet sind. Trotzdem ist es ziemlich leise und friedlich dort. Man ist von einer fast unendlichen Weite umkreist, die Landschaft sieht aber etwas abwechslungslos aus (dadurch aber, dass diese Landschaft sehr selten ist, gilt sie als erhaltenswert): zum Teil trockene und buschige, vom dicken Gras bewachsene Felder und nur seltene einzelne Bäume oder Baumgruppen. Fast nichts erinnert daran, dass hier einmal Krieg vorbereitet wurde – bis auf die warnenden Schilder, die zeigen, welche Wege nicht betreten werden dürfen. Das sind sehr viele und dafür gibt es einen guten Grund.



Landschaft auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen. Quelle: Eigene Aufnahme

Als die Idee der Umwandlung des Truppenübungsplatzes in ein Biosphärengebiet zuerst geäußert wurde, hat das baden-württembergische Justizministerium mit Skepsis darauf reagiert, weil die Zugänglichkeit so eines Ortes für die Öffentlichkeit in sich eine Gefahr birgt,<sup>139</sup> die mit einem Wort beschrieben werden kann: Munitionsreste. Allerdings wurden viele hunderttausende Euro in die Sanierung der Wege und Einrichtung der Schilder vor der Eröffnung investiert.<sup>140</sup> Die Gefahr besteht jedoch weiterhin. Nach Schätzungen sind noch mehr als 500.000 Geschosse mit Zündern und fast 4 Millionen ohne Zünder auf dem Territorium verstreut.<sup>141</sup> Zwischen 2005 und Anfang 2015 wurden 800 scharfe Munitionsteile gesprengt, jedes Jahr finden 2 bis 4 Sprengungen statt.<sup>142</sup> Es wird geschätzt, eine Vollsanierung wäre nicht nur unbezahlbar, sondern würde auch die ganze Landschaft zu einer „Mondlandschaft“ machen.<sup>143</sup> In der Antwort des Bundestages auf eine Kleine Anfrage bezüglich des Naturschutzes auf Truppenübungsplätzen in Deutschland aus dem Jahr 2012 ist angegeben: „Pauschale flächenbezogene Sanierungskosten sind weder für die Kontaminationsbearbeitung noch für die Kampfmittelräumung bezifferbar“.<sup>144</sup> Die Kosten müssen je nach Landschaft, Fläche und dem Grad der Kontamination sowie weiteren Faktoren berechnet werden. Jedoch „[schwanken] Erfahrungswerte zwischen rund 10.000 Euro/ha (0,01 km<sup>2</sup>) und 100.000 Euro/ha (0,01 km<sup>2</sup>)“.<sup>145</sup>

Die 38 Kilometer lange Panzerringstraße auf dem Territorium des Truppenübungsplatzes darf ebenfalls nicht betreten werden, aber nicht wegen ihrer Gefährlichkeit, sondern wegen ihrem Status – es ist eine Privatstraße.<sup>146</sup> Seit 2014 vermietet sie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an die Daimler AG und Liebherr für Testfahrten,<sup>147</sup> ein Schicksal, das sich Münsingen bald mit dem umgewandelten Bundeswehrstandort Immendingen teilt. Unter den „häufig gestellten Fragen“ auf der Webseite des Bundesforstes – Hauptstelle Meßstetten, die sich mit der Betreuung der ehemaligen Truppenübungsplätze beschäftigt – findet man eine Frage: Wie passen Biosphärengebiet und Testfahrten zusammen? Der Bundesforst argumentiert, dass „zu Militärzeiten die Straße wesentlich stärker befahren wurde“, Tag und Nacht, vor allem „mit Fahrzeugen mit hohem Spritverbrauch“.<sup>148</sup> Im Gegensatz dazu werden heutzutage laut dem Bundesforst bei den Testfahrten „in der Regel“

sparsame moderne Fahrzeuge gefahren.<sup>149</sup>

Das Bild einer friedlichen und ruhigen Landschaft mit der auf den ersten Blick unberührten Natur täuscht also, obwohl man im Fall des ehemaligen Truppenübungsplatzes von einem Naturgebiet spricht. Durch die Naturalisierung der militärischen Altlasten geraten diese leicht aus dem Auge der Betrachtenden<sup>150</sup>, aber es ist klar, dass die Überreste der Munition nicht zur urwüchsigen Natur gehören.

## Fazit

Drei verschiedene Militärfelder, drei unterschiedliche Geschichten, die jedoch etwas Gemeinsames haben – sie illustrieren den Fußabdruck des Militärs klarer und zeigen, dass es gar nicht „grün“ ist, wie es vorgibt. Positive Auswirkungen eines Sperrgebietes auf die Natur, die dabei von Landwirtschaft geschont bleibt, sind, wie das Beispiel vom „Grünen Band“ zeigt, unbestreitbar. Die Frage ist aber, ob diese Bedingungen ausschließlich vom Militär geschaffen werden können? Die von den Bürgerinitiativen vorgestellten Konzepte eines Biosphärengebietes und von Naturparks können das auch gewährleisten. Mittlerweile werden diese positiven Auswirkungen dem Militär zugeschrieben, mit dem Ziel, die negativen Nebenwirkungen der militärischen Tätigkeiten auf die Umwelt zu verschleiern. Genau so funktioniert Greenwashing. Aber die drei Beispiele deuten darauf hin, dass das „Grüne“ im Versuch, ein grünes Image zu pflegen, eine schwache Grundlage hat. Das Militär hat allerdings eine starke gesetzliche Unterstützung: Die dem Militär eingeräumten Privilegien ermöglichen ihm in Hinblick auf Naturschutz, dass die Natur doch geschädigt wird. Drei Beispiele haben diese Schäden gezeigt, jedoch gibt es noch Menschen, die sich engagieren und versuchen, weitere militärische Schäden zu verhindern.

Umweltbelastungen, nicht nur durch Kriege oder Militär, sondern generell durch alle Tätigkeiten der Menschheit verändern das Klima. Was vielleicht weniger offensichtlich ist – der Klimawandel wiederum kann in der nicht mehr fern liegenden Zukunft massive bewaffnete Konflikte oder sogar Kriege verursachen. Solche Kriege werden als „Klimakriege“<sup>151</sup> bezeichnet und künftig werden sie sich vor allem um die Knappheit von Ressourcen, Rohstoffen und Flächen drehen, weil gerade

diese wegen dem Klimawandel immer weniger Menschen zur Verfügung stehen werden.<sup>152</sup> Das Verhältnis Militär – Umweltbelastung – Klimawandel – Klimakriege stellt einen Teufelskreis dar. Um in Kriege zu intervenieren, greift man zum Militär, wenn das Militär sich auf einen Krieg vorbereitet, verursacht es Umweltbelastung, welche den Klimawandel nach sich zieht. Der Klimawandel führt eventuell zum Krieg und so fängt man wieder mit dem Militär, der Umweltbelastung usw. an. Klimakriege sind noch keine unmittelbare Gefahr und sie können auch verhindert werden. Sehr viele Bereiche arbeiten derzeit daran, ihre Umweltbelastungen zu verringern. Dies sollte auch das Militär betreffen. Das Thema bleibt aktuell aber untererforscht und etwas vergessen. Damit tut sich auch ein großes Betätigungsfeld für Umweltorganisationen auf, die sich mit dem Themenbereich erneut auseinandersetzen können und die Vielfältigkeit der Problematik vom Militär und Umwelt beleuchten sollten. Militär und Umweltschutz schließen sich aus, es kann kein grünes Militär geben und man sollte sich nicht vom Greenwashing täuschen lassen.

### Anmerkungen

- 1 Sirota, David ([salon.com](http://salon.com), 23.5.2011): The Pentagon's attempt to greenwash the military.
- 2 Rentzsch, Stefan ([bundeswehr.de](http://bundeswehr.de), 20.7.2016): Aktiv im Umweltschutz: Die Bundeswehr ist grün!
- 3 Lenius, Thomas (1995): [Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär](#), in: Wissenschaft & Frieden 1995-1: Atomwaffen abschaffen, o.S.
- 4 Achilles, Olaf (Hrsg.) (1988): Natur ohne Frieden. Die Umwelt-sünden der Bundeswehr: Militär kontra Natur. Knaur, München.
- 5 Achilles, Olaf (Hg.) (1987): Tiefflug. In Zusammenarbeit mit der Arbeits- und Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung“. Bornheim-Merten: Lamuv Verlag.
- 6 Achilles, Olaf (1991): Militär-Rüstung und Klima. Eine Studie zu den Klimafolgen von Militär und Rüstung. Herausgeber: Die GRÜNEN im Bundestag/ BÜNDNIS 90. Verlagshaus Riedmühle GmbH.
- 7 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9367, 20.4.2012, S. 2.
- 8 Lenius, Thomas (1995): [Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär](#).
- 9 Brandt, Götz (2011): Im Krieg und im Frieden - Militär vernichtet Umwelt. Beiträge zur Umweltpolitik 2/2011. Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE. BAG Frieden und internationale Politik der Partei DIE LINKE, S. 22.
- 10 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9367, 20.4.2012, S. 2.
- 11 Brandt, Götz (2011): Im Krieg und im Frieden - Militär vernichtet Umwelt, S. 31.
- 12 Ebd.
- 13 Berg, Hans-Martin/ Bieringer, Georg (2001): Sind Truppenübungsplätze die besseren Naturschutzgebiete? Naturschutz auf militärischen Übungsflächen im Steinfeld - Stapfia 0077, S. 286-287.
- 14 Harris, Peter (2015): Militarism in Environmental Disguise: The Greenwashing of an Overseas Military Base, in: International Political Sociology, Vol. 9, Issue 1, S. 20.
- 15 Die 7 Greenwashing-Sünden ([papyrus.com](http://papyrus.com)).
- 16 Harris, Peter (2015): Militarism in Environmental Disguise: The Greenwashing of an Overseas Military Base, S. 20.
- 17 Ebd. S. 21.
- 18 Sirota, David ([salon.com](http://salon.com), 23.5.2011): The Pentagon's attempt to greenwash the military.
- 19 Ebd.
- 20 The Sins of Greenwashing. Home and Family Edition: [sinsofgreenwashing.com](http://sinsofgreenwashing.com)
- 21 TerraChoice veröffentlicht den „Greenwashing Report 2010“ ([greenality.de](http://greenality.de), 8.12.2010)
- 22 Die 7 Greenwashing-Sünden ([papyrus.com](http://papyrus.com)).
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 TerraChoice Environmental Marketing Inc. (2007): The „Six Sins of Greenwashing“, S. 4.
- 26 The Seven Sins ([sinsofgreenwashing.com](http://sinsofgreenwashing.com))
- 27 Ebd.
- 28 Die 7 Greenwashing-Sünden ([papyrus.com](http://papyrus.com))
- 29 Ebd.
- 30 Nevins, Joseph ([commondreams.org](http://commondreams.org), 14.6.2010): Greenwashing the Pentagon.
- 31 Eine unabhängige US-amerikanische Non-Profit Organisation, die unter anderem im Bereich Umwelt-, Klima- und Meerschutzz aktiv ist (Wikipedia).
- 32 Nevins, Joseph ([commondreams.org](http://commondreams.org), 14.6.2010): Greenwashing the Pentagon.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Woodward, Rachel (2004): Military Geographies. Blackwell Publishing, S. 91.
- 36 BMVg (2000): Natur auf Truppenübungsplätzen, S. 14.
- 37 Woodward, Rachel (2004): Military Geographies, S. 92.
- 38 Ebd.
- 39 Rentzsch, Stefan ([bundeswehr.de](http://bundeswehr.de), 20.7.2016): Aktiv im Umweltschutz: Die Bundeswehr ist grün!
- 40 Landeskommando Rheinland-Pfalz ([streitkraeftebasis.de](http://streitkraeftebasis.de), 1.7.2016): Natur verträgt Militär - Artenerhalt auf Truppenübungsplatz
- 41 Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr. Berichtszeitraum 2012-2013, S. 18.
- 42 Woodward, Rachel (2004): Military Geographies, S. 93.
- 43 Rentzsch, Stefan ([bundeswehr.de](http://bundeswehr.de), 20.7.2016): Aktiv im Umweltschutz: Die Bundeswehr ist grün!
- 44 Ökologie von rechts: Das Lesertreffen von „Umwelt & Aktiv“ ([npd.de](http://npd.de), 20.4.2016)
- 45 Der 3. Weg ([der-dritte-weg.info](http://der-dritte-weg.info), 14.8.2016): Umweltschutz ist Heimatschutz.
- 46 Tiedke, Markus ([bundeswehr.de](http://bundeswehr.de), 29.2.2016): Großübung mit Umweltzertifikat.
- 47 Woodward, Rachel (2004): Military Geographies, S. 93.
- 48 Bundesministerium für Verteidigung (1988): Bundeswehr und Umweltschutz - Zahlen, Daten, Fakten; Bonn.
- 49 Lenius, Thomas (1995): [Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär](#).
- 50 Ebd.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd.
- 53 BMVg (2002): Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Übungsplätzen der Bundeswehr, S. 7.
- 54 Lenius, Thomas (1995): [Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär](#).
- 55 Militär und Naturschutz ([bfn.de](http://bfn.de), 21.3.2011).
- 56 Bundesamt für Naturschutz (2010): Natura 2000. Kooperation von Naturschutz und Nutzern, S. 23.
- 57 Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr. Berichtszeitraum 2014-2015, S. 26.
- 58 Ebd.
- 59 PIZ IUD ([iud.bundeswehr.de](http://iud.bundeswehr.de), 2.12.2013): Organisation – Aufbau der Bundeswehrverwaltung.
- 60 Redaktion IUD ([iud.bundeswehr.de](http://iud.bundeswehr.de), 19.9.2016): Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr.
- 61 „Natura 2000 ist ein EU-weites Netz von Schutzgebieten zur Erhaltung gefährdeter oder typischer Lebensräume und Arten. Es setzt sich zusammen aus den Schutzgebieten der Vogelschutz-Richtlinie [...] und den Schutzgebieten der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie [...]“ (<http://www.bmub.bund.de/themen/natur-arten-tourismussport/naturschutz-biologische-vielfalt/natura-2000/>).
- 62 „Gemäß § 23 Abs. 1 BNatSchG sind Naturschutzgebiete (NSG) „rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzel-

- nen Teilen erforderlich ist“ ([https://www.bfn.de/0308\\_nsg.html](https://www.bfn.de/0308_nsg.html)).
- 63 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9367, 20.4.2012, S. 5.
- 64 „FFH-Gebiete sind spezielle europäische Schutzgebiete in Natur- und Landschaftsschutz, die nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ausgewiesen wurden und dem Schutz von Pflanzen (Flora), Tieren (Fauna) und Habitaten (Lebensraumtypen) dienen“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:FFH-Gebiet>).
- 65 Militär und Naturschutz ([bfm.de](http://bfm.de), 21.3.2011).
- 66 Lenius, Thomas (1995): *Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär*.  
[https://www.bfn.de/0308\\_nsg.html](https://www.bfn.de/0308_nsg.html)
- 67 Lenius, Thomas (1995): *Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär*.  
[https://www.bfn.de/0308\\_nsg.html](https://www.bfn.de/0308_nsg.html)
- 68 Lenius, Thomas (1995): *Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär*.  
[https://www.bfn.de/0308\\_nsg.html](https://www.bfn.de/0308_nsg.html)
- 69 Lenius, Thomas (1995): *Truppenübungsplatz als Biotop? Ökologie und Militär*.  
[https://www.bfn.de/0308\\_nsg.html](https://www.bfn.de/0308_nsg.html)
- 70 Militär und Naturschutz ([bfm.de](http://bfm.de), 21.3.2011).
- 71 Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V. Startseite ([hoheheidmark.de](http://hoheheidmark.de)).
- 72 Dewitz, Christian ([bundeswehr-journal.de](http://bundeswehr-journal.de), 16.4.2013): Farewell - britische Streitkräfte ziehen früher ab.
- 74 Walsroder Zeitung vom 14.3.2015 ([gruene-heidekreis.de](http://gruene-heidekreis.de)).
- 75 Truppenübungsplatz Bergen ([wikipedia.org](http://wikipedia.org))
- 76 Hartziele auf dem Truppenübungsplatz Bergen ([hartziel.de](http://hartziel.de)).
- 77 Presse- und Informationszentrum Streitkräftebasis ([kommando.streitkraeftebasis.de](http://kommando.streitkraeftebasis.de), 5.9.2016): Truppenübungsplatz Bergen.
- 78 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), Antwort auf schriftliche Frage 2/231 vom 3.3.2015.
- 79 Relikte. Der Truppenübungsplatz Bergen ([relikte.com](http://relikte.com))
- 80 Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V. Das Gebiet ([hoheheidmark.de](http://hoheheidmark.de)).
- 81 Relikte. Der Truppenübungsplatz Bergen ([relikte.com](http://relikte.com))
- 82 Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V. Das Gebiet ([hoheheidmark.de](http://hoheheidmark.de)).
- 83 Relikte. Der Truppenübungsplatz Bergen ([relikte.com](http://relikte.com))
- 84 Ebd.
- 85 Ebd.
- 86 BMVg, Antwort auf die schriftlichen Fragen 1/319 bis 1/322 vom 25.2.2015.
- 87 Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V. Das Gebiet ([hoheheidmark.de](http://hoheheidmark.de)).
- 88 BMVg, Antwort auf die schriftlichen Fragen 1/319 bis 1/322 vom 25.2.2015.
- 89 Ebd.
- 90 Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V. Das Gebiet ([hoheheidmark.de](http://hoheheidmark.de)).
- 91 Ebd.
- 92 Ebd.
- 93 Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V. Welche Anzeichen gibt es für ein Ende des Truppenübungsplatzes? ([hoheheidmark.de](http://hoheheidmark.de)).
- 94 Ebd.
- 95 Homepage der OFFENE HEIDE. Das Heidelied ([offeneheide.de](http://offeneheide.de)).
- 96 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/10445, 8.8.2012, S. 2.
- 97 Homepage der OFFENE HEIDE ([offeneheide.de](http://offeneheide.de)).
- 98 Ebd.
- 99 Bundeswehr ([deutschesheer.de](http://deutschesheer.de), 2.8.2016): Gefechtsübungszentrum Heer - Geschichte.
- 100 Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) ([baainbw.de](http://baainbw.de), 7.1.2015): Das Gefechtsübungszentrum des Heeres.
- 101 Richter, Christoph D. ([deutschlandradiokultur.de](http://deutschlandradiokultur.de), 17.2.2015): Militärische Übungsstadt. U-Bahn in der Heide.
- 102 Aachener Friedenspreis e.V. Preisträger 2016 ([aachenerfriedenspreis.de](http://aachenerfriedenspreis.de)).
- 103 Sachsen-Anhalt Natura 2000. Vogelschutzgebiet Colbitz-Letzlinger Heide (SPA0012) ([natura2000-lsa.de](http://natura2000-lsa.de)).
- 104 Richter, Christoph D. ([deutschlandradiokultur.de](http://deutschlandradiokultur.de), 17.2.2015): Militärische Übungsstadt. U-Bahn in der Heide.
- 105 Ebd.
- 106 Ebd.
- 107 Ebd.
- 108 Sachsen-Anhalt Natura 2000. Vogelschutzgebiet Colbitz-Letzlinger Heide (SPA0012) ([natura2000-lsa.de](http://natura2000-lsa.de)).
- 109 Ebd.
- 110 Ebd.
- 111 Richter, Christoph D. ([deutschlandradiokultur.de](http://deutschlandradiokultur.de), 17.2.2015): Militärische Übungsstadt. U-Bahn in der Heide.
- 112 Sachsen-Anhalt Natura 2000. Vogelschutzgebiet Colbitz-Letzlinger Heide (SPA0012) ([natura2000-lsa.de](http://natura2000-lsa.de)).
- 113 Ebd.
- 114 Richter, Christoph D. ([deutschlandradiokultur.de](http://deutschlandradiokultur.de), 17.2.2015): Militärische Übungsstadt. U-Bahn in der Heide.
- 115 Aachener Friedenspreis e.V. Preisträger 2016 ([aachenerfriedenspreis.de](http://aachenerfriedenspreis.de)).
- 116 Ebd.
- 117 Ebd.
- 118 Ebd.
- 119 Homepage der OFFENE HEIDE ([offeneheide.de](http://offeneheide.de)).
- 120 Aachener Friedenspreis e.V. Preisträger 2016 ([aachenerfriedenspreis.de](http://aachenerfriedenspreis.de)).
- 121 OFFENE HEIDE. Friede, Freude, Sandsäcke? ([offeneheide.de](http://offeneheide.de)).
- 122 Heidekompromiss ([wikipedia.org](http://wikipedia.org)).
- 123 Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 6/1584, vom 17.11.2012, S. 1.
- 124 Koslowski, Carsten ([iud.bundeswehr.de](http://iud.bundeswehr.de), 1.10.2015): Großer Bahnhof für große Baustelle - Medientag in Schnöggersburg.
- 125 Wiegold, Thomas ([augengeradeaus.net](http://augengeradeaus.net), 7.1.2013): Vögel statt Plattenbauten: Grünen-Umweltpolitiker will Bundeswehr-Übungsstadt stoppen.
- 126 Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 6/1584, vom 17.11.2012, S. 10.
- 127 Ebd.
- 128 Ebd., S. 1.
- 129 Richter, Christoph D. ([deutschlandradiokultur.de](http://deutschlandradiokultur.de), 17.2.2015): Militärische Übungsstadt. U-Bahn in der Heide.
- 130 BfN. Landschaftsteckbriefe ([bfm.de](http://bfm.de), 1.3.2012): 86302 Truppenübungsplatz Letzlinger Heide.
- 131 Luge, Bernd zitiert nach Richter, Christoph D. ([deutschlandradiokultur.de](http://deutschlandradiokultur.de), 17.2.2015): Militärische Übungsstadt. U-Bahn in der Heide.
- 132 Lenk, Joachim ([swp.de](http://swp.de), 29.12.2015): Truppenübungsplatz Münsingen: Spazieren statt marschieren.
- 133 Gutsbezirk Münsingen ([wikipedia.org](http://wikipedia.org)).
- 134 NABU Baden-Württemberg. Truppenübungsplatz Münsingen ([baden-wuerttemberg.nabu.de](http://baden-wuerttemberg.nabu.de)).
- 135 Lenk, Joachim: Militär in Münsingen, Feldstetten und Breithülen. Truppenübungsplatz Münsingen ([garnisonsstadt.de](http://garnisonsstadt.de)).
- 136 Ebd.
- 137 Ebd.
- 138 Ebd.
- 139 Lenk, Joachim ([swp.de](http://swp.de), 29.12.2015): Truppenübungsplatz Münsingen: Spazieren statt marschieren.
- 140 Ebd.
- 141 Lenk, Joachim ([swp.de](http://swp.de), 4.4.2015): Tödliche Gefahr auf Truppenübungsplatz Münsingen.
- 142 Ebd.
- 143 Ebd.
- 144 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9367, 20.4.2012, S. 5.
- 145 Ebd.
- 146 Bundesforst - Hauptstelle Meßstetten. FAQ ([muensingen.com](http://muensingen.com)).
- 147 Lenk, Joachim ([gea.de](http://gea.de), 19.2.2016): Panzerringstraße als exklusives Testgelände.
- 148 Ebd.
- 149 Ebd.
- 150 Woodward, Rachel (2004): *Military Geographies*, S. 94.
- 151 Welzer, Harald (2008): *Klimakriege: wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt am Main. Fischer.
- 152 Bittner, Jochen ([zeit.de](http://zeit.de), 3.5.2007): Die Klima-Kriege.

# Merkel in Äthiopien

## Deutsche Rückendeckung für Landraub, Vertreibung und Aufrüstung

von Christoph Marischka

Zum Abschluss ihrer „Afrikareise“ besuchte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel am 11. Oktober 2016 die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba und eröffnete dort u.a. „das neue Tagungsgebäude der Afrikanischen Union“, wie es im Eigenbericht der Bundesregierung heißt.<sup>1</sup> Tatsächlich handelt es sich dabei v.a. auch um ein militärisches Hauptquartier für Einsätze der Afrikanischen Union (AU), das vom Auswärtigen Amt mit 30 Mio. Euro finanziert und von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) geplant und errichtet wurde. Das „neue Friedens- und Sicherheitsgebäude“, wie es von der GIZ genannt wird,<sup>2</sup> reiht sich ein in eine rege Bautätigkeit in der äthiopischen Hauptstadt, seit sich die westlichen Staaten entschlossen haben, den Ausbau der Afrikanischen Union und insbesondere ihrer „sicherheitspolitischen“ – heißt: militärischen – Strukturen massiv zu fördern. Im Eigenbericht der Bundesregierung rühmt sich diese: „In den vergangenen zehn Jahren hat Deutschland die AU mit insgesamt 500 Millionen Euro unterstützt“. Zusammen mit den Beiträgen der EU und ihrer Mitgliedstaaten ergibt sich ein vierstelliger Milliardenbetrag, der Addis Abeba einen sichtbaren Boom als Hauptstadt der Afrikanischen Union beschert hat. Seither sitzt neben den Finanziers aus EU und USA auch die Regierung Äthiopiens bei allen zentralen Verhandlungen und „Friedensgesprächen“ – etwa zwischen den rivalisierenden Parteien im Südsudan – mit am Tisch. Erkauft hat sie sich diesen Status durch die Entsendung vieler tausender Soldaten in UN- und AU-Missionen. Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes heißt es dazu anerkennend: „Äthiopien hat insgesamt circa 7.600 Soldaten zu den VN- Missionen UNAMID [in Darfur], UNISFA [Sudan/ Abyei] sowie UNMISS [Südsudan] abgestellt und ist damit [weltweit] viertgrößter UN-Truppensteller sowie größter UN-Truppensteller Afrikas. Nimmt man die 4.400 bei AMISOM (African Union Mission in Somalia) im Einsatz befindlichen Soldaten noch hinzu, so ist Äthiopien weltweit der bei Weitem größte Truppensteller für friedenserhaltende Maßnahmen.“<sup>3</sup> Letztere Mission wird wie alle Missionen der Afrikanischen Union ganz überwiegend aus der „Afrikanischen Friedensfazilität“ (APF), einem Teilbudget des Europäischen Entwick-

lungsfonds (EDF), finanziert, womit die EU letztlich entscheidet, wo und wie Einsätze der AU überhaupt stattfinden. Seit 2004 flossen aus der APF 1,5 Mrd. Euro in Militäreinsätze und 160 Mio. Euro in ein kontinentales Frühwarnsystem für Konflikte und sonstigen Kapazitätsaufbau,

darunter Ausbildungsprogramme und Trainingszentren für Militär und Polizei, die Ausrüstung des AU-Hauptquartiers mit Kommunikationstechnik (C3I), Verbindungsbüros bis hin zur Entlohnung von „Expert\_innen“ und Bürokrat\_innen innerhalb der so geschaffenen „Afrikanischen Sicherheitsarchitektur“.<sup>4</sup>

### Militarisierung, Gentrifizierung und Landraub

Bezeichnender Weise steht die politisch-militärische Bürokratie zumindest in mittelbarem Zusammenhang mit jenen Protesten, bei denen nach konservativer Schätzung etwa von Human Rights Watch seit November 2015 „mindestens 400“ Menschen „bei überwiegend friedlichen Protesten“ durch jene Sicherheitskräfte getötet wurden,<sup>5</sup> die der äthiopischen Regierung ihren Status als „Stabilitätsanker“ (so Merkel bei ihrem Besuch),<sup>6</sup> Quasi-Hauptstadt Afrikas und Statthalter westlicher Interessen sichern. Denn vom Bauboom in Addis Abeba profitierten primär internationale Unternehmen und die neu entstandenen Verwaltungs- und Diplomatenviertel bieten v.a. internationalen und einer kleinen nationalen, regierungsnahen Elite Arbeitsplätze und Wohnraum.<sup>7</sup> Die damit einhergehende Ausdehnung des Stadtgebietes verdrängt auch in der Peripherie ganze Bevölkerungsgruppen und zerstört kleinwirtschaftliche Existenzgrundlagen. Deshalb entzündete sich die aktuelle Protestwelle auch am sog. Master Plan (Addis Abeba Integrated Regional Development Plan) der Regierung, der vorsieht, das Stadtgebiet um 17 umliegende Distrikte und 36 Gemeinden zu erweitern und dort umfangreiche Infrastrukturprojekte und ökonomische Aktivitäten zu entfalten. Selbst jene, die keine offene Kritik an der Regierung äußern wollen, weisen in einem legalistischen Diskurs aber vehement darauf hin, dass dies eine Verletzung der formal föderalen Verfassung bedeute, u.a. weil die Bundesregierung mit der Ausweitung der Metropolregion de facto die Kontrolle über weite Teile des umliegenden Bundesstaats Oromia übernehme und damit die Rechte der dort lebenden Bevölkerung verletze,<sup>8</sup> die im Wortsinn eine andere Sprache (Oromo) spricht, als die Regierung in Addis Abeba, in der auch der Master Plan verfasst wurde.



Baustelle für das AU-Konferenzgebäude 2012.  
Quelle: Elmschrat Coaching-Blog, via Wikimedia Commons



Bericht zur Eröffnung des „Gebäudes für Frieden und Sicherheit“ auf der Homepage der GIZ.

Ausschnitt aus einem Video von Human Rights Watch über die Repression in Äthiopien.  
Quelle: HRW



Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe, die bislang die Masse der Protestierenden stellt und auch der heftigsten Repression ausgesetzt ist, beziehen sich zwar tw. auch auf die Verfassung, sprechen aber v.a. schlicht von „Landgrabbing“ (Landraub).<sup>9</sup> Tatsächlich hat der Konflikt zwar eine sprachräumliche („ethnische“) Komponente, ist aber primär sozialer Natur. Denn die Regierungspartei EPRDF (Ethiopian People’s Revolutionary Democratic Front), die durch massive Unterdrückung der Opposition sämtliche Sitze im Parlament kontrolliert, interpretiert die Verfassung, wonach alles Land in Äthiopien dem Gemeinwesen gehöre, so dass sie darüber verfügen und es und hemmungslos an internationale Investoren verkaufen könne. Äthiopiens Ruf als „Stabilitätsanker“ und der Boom in der Hauptstadt locken in Verbindung mit dem einfachen und billigen Landerwerb somit internationale Großinvestoren ins Land, deren Aktivitäten die ansässige Bevölkerung verdrängen. Die Proteste richteten sich entsprechend u.a. gegen überdimensionale Plantagen, auf denen Blumen für den Weltmarkt angebaut werden, statt Nahrung für die Bevölkerung. Dieses Phänomen ist nicht auf die Hauptstadt und ihre unmittelbare Umgebung beschränkt, sondern betrifft die Menschen in allen Landesteilen. Im Süden des Landes werden durch Staudammprojekte wie den Gibe-III-Damm und die Anlage riesiger Zuckerplantagen mindestens 200.000 Menschen ihrer bisherigen Lebensgrundlagen beraubt und zehntausende vertrieben.<sup>10</sup> Die Resettlement-Camps bieten der Bevölkerung, die zuvor von Ackerbau und Viehzucht gelebt hat, kaum Versorgungs- und Erwerbsmöglichkeiten. Ein Bericht internationaler Diplomaten, die die Folgen des von der Weltbank finanzierten Entwicklungsprogramms untersuchen sollten, ist etwa zu entnehmen, dass eines der neuen Dörfer nur über die naheliegende Zuckerplantage zeitlich beschränkten Zugang zu Trinkwasser hätte.<sup>11</sup> Die britische Regierung, die ebenfalls umfangreich an der Finanzierung der Bauprojekte beteiligt war, versuchte die Veröffentlichung dieses Berichts zu verhindern,<sup>12</sup> Teile gelangten dann jedoch trotzdem über Umwege an die Öffentlichkeit.

### Eskalation der Proteste, Deutsche Schützenhilfe

Die Bezugnahme der Proteste auf die äthiopische Verfassung und den darin verankerten Föderalismus birgt Fallstricke, weil

dieser Ethnizität reproduziert, die es der Regierung immer wieder ermöglicht, verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Das trägt auch dazu bei, dass sich innerhalb der Bewegungen Gruppen radikalisieren und deren Sezessionsbestrebungen dann offen bekämpft werden können. Boom und Landraub haben jedoch mittlerweile eine Dimension angenommen, die gemeinsame Kämpfe und Bewegungen möglich erscheinen lassen. Im Juli 2016 intensivierten sich auch nördlich von Addis Abeba die Proteste, in einem Gebiet, in dem überwiegend Amharisch gesprochen wird. An der Oberfläche geht es auch hier um umstrittene föderale Zuordnungen und Grenzen, letztlich entzündeten sich die so verhandelten Fragen um politische Kontrolle und Mitbestimmung aber ebenfalls an Infrastrukturprojekten und Landrechten. Auf den Demonstrationen im Norden tauchten dann auch Transparente auf, die sich mit den Oromo solidarisierten und die Freilassung inhaftierter Vertreter dieser Sprachgruppe forderten,<sup>13</sup> was Beobachter und sicher auch die Regierung überraschte. Sie reagierte jedoch in einer Weise, die die wechselseitige Solidarisierung weiter befeuern könnte, indem sie in beiden Landesteilen Internet und soziale Medien blockierte, zusätzlich Polizei und Militär auffahren ließ. Eine andere Repressionsmaßnahme am 2. Oktober 2016 mag hingegen explizit auf die Spaltung und Ethnisierung der Proteste abgezielt haben: „An diesem Tag wurde das oromische Fest Raja begangen, zu dem mindestens eine Million Menschen in die Stadt Debre Zeit Bishoftu kamen. Als dort über Lautsprecher politische Ansprachen gehalten wurden, setzte die Polizei Nebelbomben und Tränengas ein. Unter den feiernden Menschen brach Panik aus, als zusätzlich Schüsse fielen. Etwa 400 Personen starben, als sie aufgrund der schlechten Sehverhältnisse und des Gedränges in Gruben fielen oder zertrampelt wurden.“<sup>14</sup> Daraufhin intensivierten sich die Proteste wieder und verschärften sich, im Umland Addis Abebas wurden Fabriken und Hotels in Brand gesteckt. Das Regime rief daraufhin am 10. Oktober 2016, einen Tag vor dem Besuch der deutschen Bundeskanzlerin, das Kriegsrecht aus.<sup>15</sup> Das war sicher auch als Signal gedacht, dass am Tag des Staatsbesuches keine Störungen und Proteste geduldet würden. Zugleich konnte die Regierung somit den Besuch Merkels als internationale Rückendeckung für das weitere repressive Vorgehen nutzen, schließlich wurde der Ausnahmezustand gleich für ein halbes Jahr verhängt.

## Stabilitätsanker und Beispiel für erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung

„[M]it Blick auf die anhaltenden Proteste und den Ausnahmezustand in Äthiopien“, so die Bundesregierung in ihrem Eigenbericht, habe Merkel bei ihrem Besuch die „Bedeutung von Demokratie und Dialog“ unterstrichen – und „Unterstützung bei der Polizeiausbildung“ angeboten. Sie kündigte an, sich für eine umfangreichere Finanzierung der Einsätze der äthiopischen Armee in ihren Nachbarstaaten aus Europa einzusetzen und gab bekannt, dass die EU 50 Mio. Euro für die militärische Bekämpfung von Boko Haram zahlen werde. Außerdem wolle sie „deutsche Unternehmen ... ermutigen, in Äthiopien künftig stärker zu investieren“. Schließlich sei Äthiopien ein „Stabilitätsanker und ein Beispiel für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung“, so die Kanzlerin.

Sofern mit wirtschaftlicher Entwicklung die polizeilich und militärisch gestützte Vertreibung und Pauperisierung der Bevölkerung durch Landgrabbing und Infrastrukturprojekte gemeint ist, mag Äthiopien tatsächlich als beispielhaft gesehen werden; die Rede vom „Stabilitätsanker“ ist jedoch selbst dann irrwitzig, wenn man von internen Protesten mit hundert Toten und Ausnahmezustand absieht. Sie stützt sich auf den Vergleich mit den von Bürgerkrieg geplagten Nachbarstaaten Somalia und Südsudan und den nicht weniger autoritären, westlichen Interessen gegenüber jedoch ungleich widerspenstigeren Regimen in Sudan und Eritrea. Im Vergleich mit diesen mag Äthiopien womöglich tatsächlich – gerade durch die internationale Unterstützung und Rückendeckung für ihr repressives Vorgehen – als stabilste Diktatur erscheinen; dass von ihr jedoch eine positive Wirkung auf die Nachbarstaaten ausginge, ist Humbug. Somalia etwa befand sich 2006 in einer Phase der Konsolidierung unter der Union Islamischer Gerichtshöfe, bevor Äthiopien, das bereits Jahrzehnte zuvor jede somalische Regierung bekämpft hatte, diesen den Krieg erklärte und mit US-amerikanischer Unterstützung einmarschierte. Seitdem nutzt die Regierung in Addis Abeba ihre mit dreistelligen Millionenbeträgen finanzierte Präsenz in Somalia u.a. für einen Stellvertreterkonflikt mit Kenia und Uganda, beides ebenfalls Aspiranten auf die Rolle des „Stabilitätsankers“ in der Region und Konkurrenten um die Kontrolle des 2011 gegründeten und seither ebenfalls im Zerfall begriffenen Südsudan. Die Aufrüstung des äthiopischen Sicherheitsapparates wird vom benachbarten Eritrea, das sich mit Äthiopien in einem latenten Kriegszustand befindet und von einem westlichen Regime Change bedroht sieht, als ein Anlass genommen, mit Zwangsrekrutierungen seinerseits einen völlig überdimensionierten, diktatorischen Apparat zu unterhalten.

Die äthiopische Hochrüstung wird neben den erwähnten finanziellen Beiträgen bereits seit Jahren auch von einer Beratergruppe der Bundeswehr und allein zwischen 2013 und 2016 mit kostenloser Ausstattungshilfe im Umfang von 3,7 Mio. Euro unterstützt.<sup>16</sup> Wenn nun im Angesicht des Ausnahmezustands zusätzlich von der Bundeskanzlerin Polizeihilfe angeboten wird, kann sie dabei nicht nur an vorangegangene Projekte der GIZ wie das „Polizeiprogramm Afrika“ anknüpfen, sondern auch an einen kolossal gescheiterten Versuch, die Ausbildung von etwa 1.000 somalischen „Polizisten“ durch Äthiopien mit einer Mio. Euro durch das Auswärtige Amt zu finanzieren. Die so geschaffene Polizeitruppe, deren Sold zunächst ebenfalls aus Deutschland bezahlt werden sollte, wurde offenbar vom Militär ausgebildet, umfasste wahrscheinlich auch Minderjährige und galt nach ihrer Ausbildung zunächst als verschwun-

den, bevor sie angeblich mitten im somalischen Bürgerkrieg wieder auftauchte.<sup>17</sup>

## Anmerkungen

- 1 Engagement für Afrikanische Union stärken, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) vom 11.10.2016.
- 2 „Ein Gebäude für Frieden und Sicherheit“, [www.giz.de](http://www.giz.de). Darin heißt es: „Klimagerecht und energieeffizient ist das neue Friedens- und Sicherheitsgebäude der Afrikanischen Union (AU), das in deutsch-äthiopischer Zusammenarbeit in Addis Abeba errichtet wurde. 360 AU-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten nach vier Jahren Bauzeit neue Arbeitsmöglichkeiten und verfügen nun neben modernen Büros über einen Plenarsaal für die Sitzungen des Friedens- und Sicherheitsrats, ein Lage- und Einsatzzentrum für die Leitung von Friedensmissionen sowie eine Bibliothek und Konferenzräume. Das Gebäude ist eine Schenkung der Bundesrepublik Deutschland an die AU... Bauherr war die AU, finanziert wurde es vom Auswärtigen Amt. Mit der Planung und Errichtung war die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH beauftragt, die das Projekt managte und auch die Baukosten in Höhe von rund 30 Millionen Euro verwaltete“.
- 3 „Außenpolitik“, Länderinformationen Äthiopien des Auswärtigen Amtes ([www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)) Stand 21.10.2016.
- 4 Europäische Kommission: African Peace Facility Annual Report 2015, [www.africa-eu-partnership.org](http://www.africa-eu-partnership.org).
- 5 „Such a Brutal Crackdown“ - Killings and Arrests in Response to Ethiopia's Oromo Protests, [www.hrw.org](http://www.hrw.org) vom 16.6.2016. Bakara Merle zitiert im Oktober Schätzungen, wonach zwischen 500 und 800 Menschen getötet wurden, siehe: Bakara Merle: Ausnahmezustand im Vorzeigestaat, ak - analyse & kritik Nr. 620, [www.akweb.de](http://www.akweb.de).
- 6 Eigenbericht der Bundesregierung, s. Fn. 1.
- 7 Verdrängungsprozesse im Umland Addis Abebas werden jedoch schon länger beobachtet und häufig ethnisch untermalt, wie in diesem lezenswerten Kommentar eines anonymen Autors auf [allafrica.com](http://allafrica.com): „Why Oromo Protests Isn't Just a Protest Against a ‚Master Plan‘?“. Darin wird behauptet, Oromos hätten heute die größte Bevölkerungsgruppe in der äthiopischen Hauptstadt ausgemacht, würden heute aber nur noch ein Fünftel der Bevölkerung stellen.
- 8 Tsegaye R. Ararssa: Why Resist the Master Plan? A Constitutional Legal Exploration, <http://hornaffairs.com> vom 12.6.2014.
- 9 „Why the Oromo protests mark a change in Ethiopia's political landscape“, Interview mit Asafa Jalata auf [www.theconversation.com](http://www.theconversation.com) vom 14.8.2016.
- 10 Auch hierzu findet sich unter dem Titel „South Omo: Pastoralists Forced from their Land“ ein eindrückliches Video auf der Homepage von Human Rights Watch, [www.hrw.org](http://www.hrw.org) vom 18.6.2012.
- 11 Donor Advisory Group Informal Field Visit Report, veröffentlicht unter [survivalinternational.org](http://survivalinternational.org).
- 12 John Vidal: EU diplomats reveal devastating impact of Ethiopia dam project on remote tribes, [www.theguardian.com](http://www.theguardian.com) vom 3.9.2015.
- 13 Salem Solomon: What Is Fueling Ethiopia's Protests?, Voice of America vom 10.8.2016, [www.voanews.com](http://www.voanews.com).
- 14 Bakara Merle, a.a.O.
- 15 Dagmar Dehner: Ausnahmezustand in Äthiopien, [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de) vom 11.10.2016.
- 16 Bundestags-Drucksache 18/8086.
- 17 Christoph Marischka: Deutschland hat schlechte Rezepte für Somalia, [Telepolis](http://Telepolis) vom 6.12.2010, sowie: Marc Engelhardt: Deutsches Debakel in Somalia, [taz.de](http://taz.de) vom 29.7.2010.

# Die Bundeswehr im Mittelmeer

## Von Migrationsbekämpfung zur permanenten Militärpräsenz?

von Jacqueline Andres

In den bedeutenden Militärhafenstädten des Mittelmeers bekommt man die Dichte der laufenden Missionen in der Region hautnah mit. Ein Beispiel dafür ist Chania, eine mittelgroße Stadt im Westen der griechischen Insel Kreta, in der die Soldat\_innen unterschiedlicher Einsätze ihre freien Stunden verbringen. Auf der an die Stadt angrenzenden Halbinsel Akrotiri befinden sich zahlreiche Militärstrukturen der griechischen Streitkräfte, des US Militärs und der NATO. Von dem zivil-militärischen Flughafen „Ioannis Daskalogiannis“ heben neben den Charterflügen nach Deutschland fast täglich auch Kampfjets ab.

Kreta liegt nördlich von Libyen und Ägypten und damit unweit des wirtschaftlich fundamentalen Nadelöhrs Suezkanal, von Israel, Libanon, Syrien, Irak und dem Schwarzen Meer, kurz: die Insel liegt an einem geostrategisch bedeutsamen Punkt. Sie ist einer der Knotenpunkte für alle Aktivitäten der NATO- und EU-Mitgliedstaaten im östlichen Mittelmeer und das Sprungbrett für Manöver im Schwarzen Meer. Die Operationsräume, Infrastruktur und Logistik der Migrationsbekämpfungsmissionen und weiterer Militäroperationen überschneiden sich, teilen sich zunehmend die Aufgaben und lassen gemeinsame unausgesprochene geopolitische Interessen durchscheinen.

Diese erklären ansatzweise auch, weshalb heute noch immer Geflüchtete und Migrant\_innen im Mittelmeer ertrinken müssen, obwohl es mittlerweile durch seine starke Militarisation zu den am intensivsten überwachten Gebieten weltweit gehören dürfte.

Zu den Überwachungsbausteinen zählen neben der Grenzschutzagentur FRONTEX, die im Oktober 2016 zur Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache umgebaut und umbenannt wurde, auch das Europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR, bei dem Drohnen, Aufklärungsgeräte, Sensoren, hochauflösende Kameras und Satellitensuchsysteme eingesetzt werden.

Im Jahr 2015 beschloss die Bundeswehr, mit Marineschiffen offiziell zur Seenotrettung und Bekämpfung der Schleuser-

strukturen beizutragen. Seither beteiligt sich die Bundesmarine neben der UNFIL-Mission vor der Küste Libanons und der offiziell gegen den IS gerichteten Operation Inherent Resolve an drei zivil-militärischen Operationen zur Migrationseindämmung im Mittelmeer: Operation

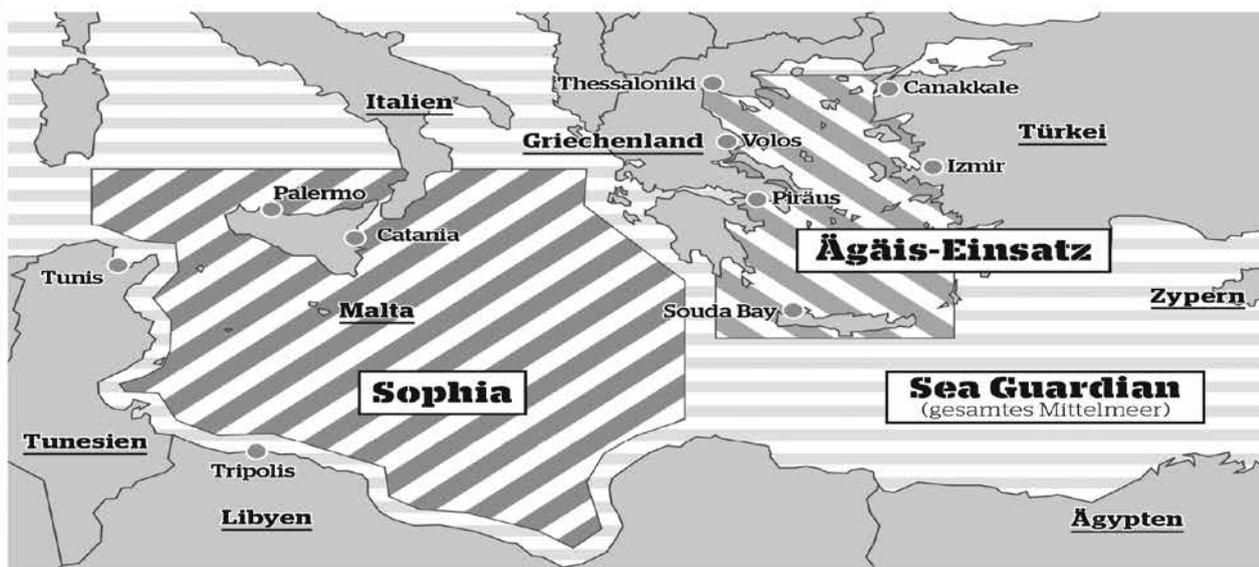
Sophia, dem NATO-Ägäis Einsatz und Sea Guardian.

Damit beansprucht die Bundeswehr gemeinsam mit Militärverbänden weiterer Staaten das Recht, den kompletten See- und Luftraum des Mittelmeers zu patrouillieren und zu kontrollieren. Die Migrationskontrolle scheint als Spielball in der Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen der deklarierten Großmacht Deutschland zu fungieren – auf Kosten Tausender Menschenleben.

### EUNAVFOR MED aka Operation Sophia

Nachdem sich im April 2015 erneut große Schiffbrüche mit hohen Opferzahlen ereigneten, schickte die Bundesregierung im darauf folgenden Monat die Fregatte „Hessen“ und den Einsatzgruppenversorger „Berlin“ ins Mittelmeer. Die Schiffe der deutschen Marine wurden Ende Juni 2015 in die schnell konzipierte EU-Mission European Union Naval Force Mediterranean (EUNAVFOR MED) eingegliedert. Seither beteiligt sich Deutschland mit zwei Marineschiffen und bis zu 950 Soldat\_innen an der von Italien geführten EU-Mission, die die Botschafter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union im September 2015 nach einem an Bord der Fregatte „Schleswig-Holstein“ zur Welt gekommenen somalischen Mädchen in „Operation Sophia“ umbenannten.<sup>1</sup> Auch wenn diese Namensgebung sowie zahlreiche Äußerungen verschiedener Regierungsvertreter\_innen versuchen, dem Einsatz nach außen hin einen primär humanitären Anstrich zu verleihen, täuscht dies nicht darüber hinweg, dass die Kernaufgabe eine andere ist.<sup>2</sup> Offiziell sollen die eingesetzten Schiffe, Flugzeuge und Hubschrauber in drei Phasen zur Bekämpfung der Schleusernetzwerke bzw. der irregulären Migration im zentralen Mittelmeer zwischen Libyen und Italien beitragen.

In der ersten Phase, welche seit Ende Juni 2015 aktiv ist und durchgehend Bestandteil der Mission bleibt, erstellen die eingesetzten Militäreinheiten ein umfassendes Lagebild für die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten. Seit Beginn



Aktuelle Bundeswehr-Einsätze im Mittelmeer.  
Quelle: analyse & kritik Nr. 620

des ersten Teils der zweiten Phase im Oktober 2015 halten sie verdächtige Schiffe auf Hoher See an, welche sie durchsuchen, beschlagnahmen und gegebenenfalls zerstören. In der zweiten Stufe der zweiten Phase ist ein Einsatz in libyschen Gewässern und in der dritten Phase auf libyschem Territorium vorgesehen, um die Schleuserorganisationen direkt in den Küstenstädten zu bekämpfen.

Die Operation übergab seit Einsatzbeginn 84 vermeintliche Schmuggler an die zuständigen italienischen Behörden, beschlagnahmte oder zerstörte 255 Boote und rettete in Zusammenarbeit mit weiteren zivilen und militärischen Schiffen im libyschen Meer mehr als 21.958 Menschen<sup>3</sup> - die Bundesmarine behauptet, seit Mai 2015 allein mehr als 17.972 Menschen aus Seenot gerettet zu haben.<sup>4</sup> Dennoch stellt Operation Sophia alles andere als einen humanitären Erfolg dar. In den ersten neun Monaten des Jahres 2016 starben mehr als 3.364 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren<sup>5</sup> - das sind mehr als zur gleichen Zeit 2015. Wie aus dem von Wikileaks veröffentlichten ersten Halbjahresbericht des Missionskommandanten Enrico Credendino hervorgeht, änderten die Schmuggler ihre Geschäftsmethoden und die Migrationswege verlagerten sich. Mittlerweile setzen diese günstigere und unsicherere Boote ein, die sie mit weniger Benzin betanken, denn schließlich müssen die Migrant\_innen theoretisch nur in internationale Gewässer kommen, um von dort an Bord der Militärschiffe bis nach Italien zu gelangen. Diese vorhersehbare Reaktion auf die Militärpräsenz vor der libyschen Küste erhöht das Risiko der gefährlichen Überfahrt. Das gilt allgemein für die erhöhte Überwachung und Militarisierung der EU-Außengrenzen.

Der Rat der Europäischen Union beschloss im Juni 2016, der Mission zwei weitere Unterstützungsaufgaben aufzutragen. Die eingesetzten Streitkräfte sollen in drei Phasen libysche Grenzschützer und die Marine ausbilden: anfangs auf hoher See an Bord der EU-Schiffe, später an Land in einem EU-Mitgliedstaat oder in Libyen und zuletzt bei der libyschen Küstenwache.<sup>6</sup> Die zweite Unterstützungsaufgabe sieht eine vom UN-Sicherheitsrat autorisierte Durchsetzung des Waffenembargos gegen Libyen vor. Es ist wahrscheinlich, dass diese zwei weiteren Aufgaben den Fokus der Mission noch weiter weg von der unzureichenden Seenotrettung auf andere Tätigkeiten richten. Abgesehen davon sind diese zwei neuen Unterstützungsaufgaben in sich widersprüchlich. Einerseits sollen Streitkräfte ausgebildet und ausgestattet werden, andererseits soll das UN-Waffenembargo durchgesetzt werden. Die Ausbildung einer Küstenwache und einer Marine ist ein heikles Unterfangen in Libyen, da viele bewaffneten Fraktionen und Milizengruppen die international anerkannte Einheitsregierung ablehnen.<sup>7</sup> Im Rahmen der im Jahr 2013 initiierten European



NATO-Generalsekretär Stoltenberg mit dem Kommandeur der Standing Maritime Group 2. Quelle: NATO

Border Assistance Mission (EUBAM) Libyen wurden mindestens hundert Milizen zu Grenzschützern ausgebildet, die nicht nur die Grenzen, sondern auch sensible Infrastrukturen wie westliche Ölförderungsanlagen im Land sichern sollten. Im Jahr 2014 schlossen sie sich zum Teil dem Militärgeneral Chalfi Haftar an,<sup>8</sup> der die Einheitsregierung ablehnt. Die EUBAM Libyen musste 2014 von Tripolis nach Tunesien verlegt werden, da die Sicherheit der europäischen Expert\_innen nicht weiter gewährleistet werden konnte. Weder Einheitsregierung noch NATO und EU vermögen es momentan, die ausgebildeten Kräfte zu kontrollieren. Die Milizen erhalten Unterstützung von unterschiedlichen Staaten und das Land droht in einem Stellvertreterkrieg zu versinken. Eine EU-Ausbildungs- und Ausstattungshilfe könnte einen solchen nur stärken. In der Erklärung des NATO-Gipfeltreffens in Warschau im Juli 2016, bot auch die Militärallianz der libyschen Einheitsregierung eine Ausbildungsmission an.<sup>9</sup> Durch EUNAVFOR MED hat die EU ein Instrument an der Hand, um die Waffenlieferungen nach Libyen zu kontrollieren. Das Mandat gilt vorerst bis zum 30. Juni 2017 und wird wie alle vorangegangenen Missionen ähnlichen Charakters höchstwahrscheinlich verlängert werden. Eine solche Mission mit unerfüllbaren Aufgaben wird sich in die Länge ziehen und womöglich liegt in der zeitlich unbegrenzten Militärpräsenz vor Libyen und seinem Ölreichtum auch der wahre „Erfolg“ der Mission.

### Ägäis-Einsatz der NATO

Seit Februar 2016 erstellen NATO-Partner für die griechische und türkische Küstenwache sowie für die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (zuvor FRONTEX) ein umfassendes Lagebild der Ägäis. Offiziell sollen diese durch die zusätzliche Informationsgewinnung effektiver gegen Schleuser vorgehen können. Deutschland gewann die Türkei und Griechenland für die Antragstellung dieser NATO-Operation, deren eingesetzte Schiffe des ständigen NATO-Marineinsatzverbands SNMG2 (Standing NATO Maritime Group 2) auch unter Führung eines deutschen Admirals stehen.

Aus der Türkei kommende gerettete Migrant\_innen sollen grundsätzlich den türkischen Behörden übergeben werden – nur falls diese türkische Staatsangehörige sein sollten, werde eine Einzelfallprüfung gemacht.<sup>10</sup> De facto kann ein solches Vorgehen als völkerrechtswidrige Zurückweisungen – auch Push-Back-Operationen genannt – eingestuft werden.

Die in die Mission eingebundenen griechischen Häfen sind Souda Bay, Piräus, Volos und Thessaloniki, während die türkischen Häfen in der nördlichen, an den Dardanellen gelegenen Stadt Canakkale, in Izmir und im südlichen Aksaz liegen.<sup>11</sup> Damit umschließt das kontrollierte Seegebiet auch das wichtigste Zugangstor Russlands zum Mittelmeer. Vom Schwarzen Meer kann die russische Marine durch die Meerenge am Bosphorus und an den Dardanellen seinen letzten Mittelmeerhafen in der syrischen Stadt Tartus erreichen.<sup>12</sup> Diese geopolitische Analyse ist auch in einer von hochrangigen NATO-Strategen – wie u.a. Karl-Heinz Kamp, dem Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik – erstellten und vom German Marshall Fund im März 2016 veröffentlichten Studie zu erkennen: „Russland wird seine Rückkehr als Sicherheitsakteur am Mittelmeer konsolidieren, in Syrien und, weniger sichtbar, aber dennoch in wichtiger Form in Ägypten und Algerien. Ein Resultat dessen wird das Ausgreifen von militärischen Risiken zwischen der NATO und Russland nach Süden sein, zum Schwarzen Meer und dem östlichen Mittelmeer.“<sup>13</sup> Deshalb, aber auch generell wegen

der wachsenden Konflikte in der Region, müsse die NATO laut dieser Studie eine „robustere Rolle im Süden entwickeln“.<sup>14</sup> Ein solcher Ansatz erklärt vielleicht auch die US-Beteiligung an der Mission, die seit Juni 2016 mit dem Schiff USNS Grapple der Safeguard-Klasse präsent sind, obwohl sie sich recht wenig für die Sicherung der europäischen Außengrenzen interessieren dürften. Eine verstärkte Präsenz in dieser relevanten Region ist im Kontext der wachsenden Spannungen mit Russland als klare Machtdemonstration zu werten.<sup>15</sup> Zudem stellt die ausgeweitete Militärpräsenz ein mögliches materielles Rückgriffpolster für NATO-Operationen im arabischen Osten dar.

## Operation Sea Guardian

Im Oktober 2016 löste die maritime Sicherheitsoperation der NATO „Sea Guardian“ (OSG) die seit 2001 andauernde Antiterror-Operation „Active Endeavour“ (OAE) ab. Das auf dem NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 beschlossene neue Aufgabenfeld umfasst neben der Terror- jetzt auch die Schleuserbekämpfung im gesamten See- und Luftraum von der Straße Gibraltars im äußersten Westen bis ans östliche Ende des Mittelmeers. OSG soll als Scharnier zwischen dem NATO-Einsatz in der Ägäis und der Operation Sophia fungieren. Die Bundeswehr unterstützt die Mission mit bis zu 650 bewaffneten Soldat\_innen und trägt dafür Personal- und Beschaffungskosten von 2,6 Millionen Euro für das Jahr 2016 und von 10,5 Millionen Euro für 2017. In Kooperation mit den erwähnten Missionen soll eine umfassende See- und Luftraumüberwachung erfolgen, jedoch in diesem Fall auch durch die Nutzung multinationaler, netzwerkgestützter Informationssysteme der NATO-Bündnispartner – einschließlich der AWACS-Aufklärungsflugzeuge, die die Bundesregierung auch im Syrienkrieg u.a. zur Luftbetankung von Kampfjets anderer Bündnispartner einsetzt.

Marineschiffe, die sich im Operationsraum im Transit befinden, sollen dem NATO-Kommando unterstellt werden. Diese sollen gegen den IS eingesetzt werden sowie gegen Schleusernetzwerke in Kooperation mit der NATO-Operation in der Ägäis und der Operation Sophia im libyschen Meer. Zudem sollen sie helfen, das Waffenembargo gegen Libyen durchzusetzen. Kurz: eine weitere eierlegende Wollmilchsau à la NATO.

Die NATO verzahnt sich zusehends mit der EU und rückt damit immer weiter als fester Baustein der EU-Migrationsbekämpfung vor. Unter dem Vorwand der Zerschlagung von Schleusernetzwerken legitimiert die NATO militärische Bewegungen, die generell zur Stärkung der Südflanke Europas beitragen.<sup>16</sup> Einen weiteren Beitrag für diese Verzahnung wird das im kommenden Jahr in Betrieb gehende Alliance Ground Surveillance System der NATO leisten, welches u.a. in der Überwachung der EU-Außengrenzen Verwendung finden soll. Es besteht aus mobilen Bodenstationen und fünf Global Hawk Drohnen, die gemeinsam mit ihrer Hauptsteuerungszentrale in der NATO-Militärbasis Sigonella auf Sizilien stationiert sind.

## Von Migrationskontrolle zur permanenten Militärpräsenz?

In dem Falblatt „Unsere Marine hilft Menschen in Not“ betont die Bundeswehr, Deutschland habe im April 2015 unverzüglich Schiffe der Marine geschickt, um die ertrinkenden Flüchtlinge zu retten. Auf der Rückseite des Falblatts schlägt das Presse- und Informationszentrum des Marinekommandos

ehrlichere Töne an: „Unser Wohlstand hängt wesentlich vom Handel über die Weltmeere ab. Der Handel über die Weltmeere erfordert sichere Seewege. Eine starke Marine schützt diese Seewege.“ Durch die öffentlichkeitswirksam als Seenotrettungsmissionen stilisierten Einsätze vertritt die Bundeswehr gemeinsam mit den anderen Instrumenten der deutschen Außenpolitik geopolitische und wirtschaftliche Interessen, denen eine permanente Präsenz im Mittelmeer zugute kommt. Selbst wenn die Bundeswehr in den vergangenen Monaten mehr als 17.972 Menschen aus Seenot gerettet haben sollte, geht das Sterben im Mittelmeer und auf dem Weg der Herkunftsländer an die EU-Außengrenzen weiter und es wird auch durch die weiteren Militärmissionen nicht gestoppt werden, da der politische Wille dazu fehlt. Im Gegenteil, ihre Präsenz im Mittelmeer verklärt die Bundeswehrrolle in der Migrationseindämmung und lenkt ab von der durch erpresserische Entwicklungshilfe und kostspieligen Ausstattungshilfe erzielten Grenzvorderverlagerung. Es sind nicht primär die Schmuggler\_innen, die Migrant\_innen auf die unsicheren Schlauchboote locken, sondern es sind u.a. die durch Freihandelsabkommen, Waffenexporte und Kriegseinsätze geschaffenen Fluchtursachen, die die Menschen zu dieser riskanten Überfahrt bewegen. Die Kosten dieser Politik tragen wie immer die Schutzsuchenden. Die radikale Forderung gegen die tödliche EU-Migrationspolitik muss weiterhin das Recht auf Bewegungsfreiheit aller beinhalten – Fahren statt FRONTEX, Fahren statt Kriegsschiffe.

## Anmerkungen

- 1 Es ist eine makabre Namensgebung angesichts der Tatsache, dass im Rahmen des Karthum-Prozesses versucht wird, durch Ausbildungs- und Ausstattungshilfen der EU, die Sicherheitskräfte der Länder am Horn von Afrika zu befähigen und zu verpflichten, keine Flüchtlinge an die EU Außengrenzen vordringen zu lassen.
- 2 Plenarprotokoll 18/124, [dipbt.bundestag.de](http://dipbt.bundestag.de), 24.09.2015.
- 3 Operation SOPHIA: signed the agreement on Libyan Coast Guard and Navy Training, [eeas.europa.eu](http://eeas.europa.eu), 23.08.2016.
- 4 Gegen Schleusernetzwerke - Der Einsatz im Mittelmeer, [einsatz.bundeswehr.de](http://einsatz.bundeswehr.de), 29.09.2016.
- 5 Mixed Migration Flows in the Mediterranean and Beyond, [migration.iom.int](http://migration.iom.int), 21.09.2016.
- 6 EU im Einsatz gegen Menschenmuggel: Abkommen über Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine unterzeichnet, [ec.europa.eu](http://ec.europa.eu), 24.08.2016.
- 7 Christoph Marischka: Mission Creep im Mittelmeer, IMI-Analyse 2016/030, [imi-online.de](http://imi-online.de), 27.07.2016.
- 8 Matthias Monroy: Von der EU aufgebaute “Grenzschutztruppen” in Libyen verselbständigen sich, [heise.de](http://heise.de), 29.05.2014.
- 9 Jürgen Wagner: NATO-Gipfeltreffen in Warschau: Das 360-Grad-Bündnis geht in die Offensive, IMI-Analyse 2016/029, [imi-online.de](http://imi-online.de), 11.06.2016.
- 10 [Bundestagsdrucksache 18/8654](http://Bundestagsdrucksache%2018/8654)
- 11 Ebd.
- 12 Die letzte weit kompliziertere Möglichkeit Russlands, Marineeinheiten ins Mittelmeer zu verlegen, ist vom Westen über die Straße Gibraltars. Doch die wird seit 2001 durch die NATO Operation Active Endeavour und seit Oktober 2016 durch die Nachfolgeoperation Sea Guardian patrouilliert.
- 13 Baranowski, Michal und Lete, Bruno: NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw, [German Marshall Fund](http://German Marshall Fund), März 2016, S. 16
- 14 Ebd., S. 2.
- 15 Christoph Marischka: NATO steigt in Syrienkrieg ein, IMI-Standpunkt 2016/005, [imi-online.de](http://imi-online.de), 12.02.2016.
- 16 Sicherheitsoperation im Mittelmeer. Bundeswehr nimmt an Sea Guardian teil, [bundesregierung.de](http://bundesregierung.de), 29.09.2016.

# FAZ: Atommacht Deutschland?

von Marius Pletsch

Der Mitherausgeber der [Frankfurter Allgemeinen Zeitung](#) Berthold Kohler fordert im Angesicht des Wahlsiegs Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA eine „Revision“ der deutschen Außenpolitik. Die Wahl Trumps sei eine „Kontinentalverschiebung“, auf die reagiert werden müsse. Russland und China könnten nach dem Ende der Amtszeit Obamas ohne starke Vereinigte Staaten an Macht und Einfluss(-sphären) gewinnen. Trump hätte bei seinem Wahlkampf Zweifel daran geweckt, dass die USA in Zukunft noch ihre schützende Hand über die Alliierten in der NATO und im Pazifikraum halten. Und diese Zweifel gefährden „die den Frieden sichernde Macht der Abschreckung“ ([FAZ](#), 27.11.2017).

Hier die entscheidende Passage aus dem Artikel: „Wenn Trump bei seiner Linie bleibt, dann wird Amerika die Verteidigung Europas in einem Maße den Europäern überlassen, das sie seit 1945 nicht mehr kennen. Das wäre so widernatürlich nicht, für viele Europäer aber dennoch eine Zumutung, weil damit unangenehme Folgen verbunden wären, denen man unter dem oft verteuflten, aber bequemen amerikanischen Schutzschirm ausweichen konnte: höhere Ausgaben für die Verteidigung, die Wiederbelebung der Wehrpflicht, das Ziehen roter Linien – und das für deutsche Hirne ganz und gar Undenkbare, die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit, welche die Zweifel an Amerikas Garantien ausgleichen könnte. Die französischen und britischen Arsenale sind dafür in ihrem gegenwärtigen Zustand zu schwach. Moskau aber rüstet auf.“

Zu dem Thema Moskau rüstet auf: Ja, Russland modernisiert aktuell sein nukleares Arsenal und die Trägerplattformen, wie auch die USA. Beide Modernisierungsprogramme sind extrem kostspielig, wie Hans M. Kristensen bei der [Arms Control Association](#) 2014 ausführte.

Land	Aufgestellte Atomwaffen	Weitere Atomwaffen	Gesamt
USA	1930	5070	7000
Russland	1790	5500	7290
Großbrit.	120	95	215
Frankreich	280	20	300
China		260	260
Indien		100-120	100-120
Pakistan		110-130	110-130
Israel		80	80
Nordkorea		10	10
Gesamt	4120	11275	15395

Russland wird zwischen 2014 und 2024 geschätzt 54 Mrd. US-Dollar für seine nuklearen Fähigkeiten ausgeben. Die USA werden zwischen 2014 und 2024 geschätzt 355 Mrd. US-Dollar ausgeben, bis 2044 sollen insgesamt ca. eine Billion US-Dollar in das amerikanische Nuklear-

waffenprogramm geflossen sein. So unberechenbar Trump außenpolitisch sein mag, noch hat er seine Meinung, mehr für das US-Militär ausgeben zu wollen, nicht geändert und er hätte die Möglichkeiten durch den von den Republikaner\_innen kontrollierten Kongress die Möglichkeit, die Grenzen für das Militärbudget weiter auszuhebeln, wie [war-on-the-rocks](#) (10.11.2016) schreibt. Hier war er bislang konsistent, während er bei anderen Themen nicht einmal binnen weniger Augenblicke bei einer Meinung bleiben konnte. So geschehen in der Sendung „60-Minutes“, wo er innerhalb einer Minute auf die Frage, ob er auf die obersten US-Militärs hören würde, völlig verschiedene Antworten gab (siehe [politico](#), 22.11.2016).

Frankreich ist in den letzten Zügen der Modernisierung seiner gut 300 Atomsprengköpfe und der Trägersysteme, so dass diese mindestens bis 2050 einsatzbereit bleiben können. Auch Großbritannien möchte seine U-Boote, die als Trägerplattform dienen, gerne in den 2020ern durch neue ersetzen. Die derzeit noch 225 Sprengköpfe sollen bis dahin auf ca. 180 Stück reduziert werden. Wenn diese originär europäischen Arsenale (heißt ohne die nukleare Teilhabe der fünf NATO-Staaten Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien und Türkei) „zu schwach sind“, was soll dann zusätzlich an Sprengkraft nötig sein, damit auch die FAZ wieder ruhig schlafen kann? (Eine aktuelle Aufstellung der Anzahl von Sprengköpfen der Nuklearmächte findet sich bei [SIPRI](#)).

Hier sind wir dann auch beim eigentlichen Punkt des Artikels: das „Undenkbare“, also die eigene nukleare Bewaffnung Deutschlands, wird hier ins Gespräch gebracht. Begründet wird diese Forderung mit der auf den Neorealismus zurückgehenden Idee der stabilen, friedlichen Koexistenz durch Nuklearwaffen. Auch ließe sich erst aus einer Position der Stärke und mit der Gewissheit der sicheren gegenseitigen Vernichtung (im Englischen: Mutual Assured Destruction, kurz: MAD) erst so richtig über Abrüstungsinitiativen verhandeln. Dass Deutschland für den Aufbau entsprechender Kapazitäten erst einmal völkerrechtliche Verträge, wie den Nicht-Verbreitungsvertrag, brechen und den 2011 beschlossenen Atomausstieg kassieren müsste, scheint an diesem Punkt auch egal zu sein. Trump wurde ja gewählt. Wenn Franz Josef Strauß das noch hätte erleben dürfen.

Umso schlimmer, dass Kohler hier mit seiner Forderung nicht alleine steht. Auch der prominente CDU-Politiker Roderich Kiesewetter forderte zum Beispiel, in Fragen der nuklearen Abschreckung dürfe es „keine Denkverbote geben.“ ([Deutschlandfunk](#), 18.11.2016) In welche Richtung der CDU-Mann hier konkret denkt, berichtet [German-Foreign-Policy.com](#) (29.11.2016): „Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roderich Kiesewetter [hat] gefordert, Berlin solle in Paris und in London dafür werben, einen ‚Nuklearschirm‘ für die EU zu errichten. Kiesewetter gibt an, dafür schon vor den Wahlen in den USA geworben, aber erst nach Trumps Sieg Zustimmung geerntet zu haben. Es sei möglich, den teuren Nuklearschirm aus dem EU-Militäretat zu finanzieren, der 2019 eingerichtet werden solle.“

# Donald Trump

## Zweischneidiges Schwert als EU-Rüstungskatalysator?

von Jürgen Wagner

Egal wie sie bewertet wird, überrascht hat der Ausgang der US-Wahlen am 8. November 2016 wohl nahezu jeden. Regelrechte Schockwellen löste Donald Trumps Sieg in den Chefetagen der europäischen Hauptstädte aus, wo es ganz offensichtlich lieber gesehen worden wäre, wenn seine Kontrahentin Hillary Clinton in Kürze ins Weiße Haus einziehen würde. Blendet man die – zahlreichen extrem problematischen – Vorhaben und Äußerungen zur Innenpolitik aus, die Trump im Wahlkampf von sich gab und betrachtet lediglich mögliche außenpolitische Folgen, so fällt eine erste vorsichtige Bewertung zwiespältig aus.

Unterstellt man dabei, dass Trump sich im Großen und Ganzen an den Positionen orientieren wird, die er in seinen wenigen Grundsatzzreden formulierte, so finden sich darin positive Ankündigungen, beispielsweise ein entspannteres Verhältnis zu Russland anzustreben, die aber fast im selben Atemzug von Aussagen konterkariert werden, wie etwa eine massive Aufrüstung des US-Militärs einleiten zu wollen. Überdies ist auch fraglich, inwieweit er überhaupt seine Wahlkampfankündigungen wahr machen kann oder auch will. Einmal, weil bestimmte Vorhaben Trumps – etwa seine Ablehnung des „Transatlantischen Partnerschafts- und Investitionsabkommen“ (TTIP) – auf mächtigen Widerstand in der US-Industrie stoßen dürften, aber auch, weil Trump nicht gerade große Begeisterung für außenpolitische Fragen nachgesagt wird. Es könnte also durchaus auch möglich sein, dass er die Außen- und Militärpolitik im Wesentlichen an sein Kabinett delegieren wird. Obwohl zum aktuellen Zeitpunkt (29.11.2016) notgedrungen alle Einschätzungen zur künftigen US-Politik einen stark spekulativen Charakter haben, sind die bisherigen Ernennungen und die in der Diskussion befindlichen Kandidaten aus friedenspolitischer Sicht nicht gerade ermutigend.

Egal welcher Politiker zu den Konsequenzen der Wahl befragt wurde, sie alle waren sich einig in der Schlussfolgerung, die EU habe nun überhaupt keine andere Möglichkeit, als mit einem großen Militarisierungssprung nach vorn zu reagieren.

### Gemischtwarenladen I: Politische Positionen

Die größte Sorge dürfte darin bestehen, dass der zu testosteronschwangeren Schnellschüssen neigende Trump einer fixen Idee folgend irgendein halsbrecherisches Vorhaben auf seine Agenda setzen könnte. Diese Sorge ist alles andere als unberechtigt, schließlich gibt es hierfür allein schon aus dem Wahlkampf eine Reihe von Beispielen, etwa die Schnapsidee, Japan nuklear aufrüsten<sup>1</sup> oder per Flächenbombardements die „Scheiße aus dem Islamischen Staat“ prügeln zu wollen.<sup>2</sup> Aber auch ein US-Präsident ist nicht gänzlich frei in seinen Entscheidungen – Barack Obama kann hiervon ein Lied singen. So besteht die Hoffnung, dass sein Beraterstab und daran angeschlossene Funkhäuser aus Industrie und Politik die idiotischsten Vorhaben torpedieren bzw. einkassieren dürften.

Abgesehen von solchen Westentaschenäußerungen gab es nicht allzu viele Anlässe, bei denen Trump systematisch und

vorbereitet seine Position zu außenpolitischen Fragen formuliert hätte. Insofern lohnt es sich einen genaueren Blick auf die seltenen Reden zu werfen, in denen er exakt dies getan hat, unter anderem bei einem Auftritt vor der „Union League of Philadelphia“ im September 2016<sup>3</sup>

und Ende April 2016 beim Nixon Center.<sup>4</sup> In seiner April-Rede bekannte er sich in aller Deutlichkeit zu dem Ziel, aus der aktuellen Eskalationsdynamik im Verhältnis zu Russland und China aussteigen zu wollen: „Wir wünschen uns, mit Russland und China in Frieden und Freundschaft zu leben. Wir haben ernste Differenzen mit diesen beiden Ländern [...], aber wir müssen nicht gezwungenermaßen Feinde sein. Wir sollten Gemeinsamkeiten auf der Basis gemeinsamer Interessen suchen.“ Auf der anderen Seite schlug er in seiner Philadelphia-Rede vor allem gegenüber China, aber auch Russland etwas kritischere Töne an.<sup>5</sup>

Begrüßenswert ist auch Trumps scharfe Kritik an den verschiedenen Formen der US-Interventionen im Irak, in Libyen und in Syrien, die den Eindruck erweckt, er könnte gegenüber US-Militäreinsätzen eine deutlich skeptischere Haltung vertreten, als dies im Falle eines Wahlsieges von Hillary Clinton der Fall gewesen wäre: „Am einen Tag bombardieren wir Libyen, um einen Diktator loszuwerden und für Zivilisten die Demokratie voranzubringen. Am anderen Tag sehen wir, wie dieselben Zivilisten leiden, während ihr Land vollständig auseinanderbricht.“<sup>6</sup>

Auf der anderen Seite zeigen allein schon seine IS-Äußerungen, aber auch seine Rede beim Nixon Center, dass Trump auch alles andere als ein Pazifist ist: „Ich werde nicht zögern, das Militär einzusetzen, sollte es keine andere Alternative geben.“ Auch sonst ist die Rede gespickt mit einer Reihe von Positionen, die davor bewahren sollten, Trump allzu sehr über den friedenspolitischen Klee zu loben. Da wäre etwa seine Kritik, dass die USA „den Sturz eines freundlichen ägyptischen Regimes unterstützt haben.“ Ginge es nach Trump, wäre der extrem repressive Diktator Mubarak, der sich aber gegenüber US-Interessen stets aufgeschlossen gezeigt hatte, wohl immer noch an der Macht.

Auch der in großen Teilen des US-Establishments nahezu pathologische Hass auf den Iran ist Teil der Trump-Agenda. Er geißelte die Einigung über das iranische Atomprogramm als „desaströse Vereinbarung“, womit er nahelegte, sie nach



Donald Trump im Wahlkampf. Quelle: Wikipedia

seinem Amtsantritt zur Disposition stellen zu wollen: „Dem Iran darf es nicht erlaubt werden, eine Atomwaffe zu besitzen, es darf ihm nicht erlaubt werden. [...] Und von einer Trump-Regierung würde es ihm auch nie erlaubt werden, über eine Atomwaffe zu verfügen.“ Es gehört zu den Eigenheiten nicht nur Trumps, sondern zahlreicher US-Politiker, einerseits die Gefahr einer iranischen Nuklearbewaffnung zu betonen, im gleichen Atemzug dann aber gegen die Atomvereinbarung zu wettern, die genau dies verhindern hilft.

Obwohl unter Barack Obama zudem ein „Modernisierungsprogramm“ der US-Atomwaffen beschlossen wurde, das je nach Schätzung einen Umfang zwischen 355 Mrd. und 1.000 Mrd. Dollar haben wird,<sup>7</sup> geht auch dies Trump augenscheinlich nicht weit genug: „Unserem Atomwaffenarsenal – unserem ultimativen Abschreckungsmittel – wurde es erlaubt zu verkümmern. Es benötigt dringend eine Auffrischung und Modernisierung.“ Nicht ganz sachrichtig ist auch seine Kritik, das US-Raketenabwehrprogramm sei unter Barack Obama „demontiert“ worden.

Schließlich ließ auch Trump – wie allerdings eigentlich jeder seiner Vorgänger – keine Zweifel aufkommen, die Überlegenheit des US-Militärs sicherstellen zu wollen, wie er etwa im April 2016 betonte: „Unsere militärische Überlegenheit muss außer Frage stehen.“ In seiner Rede in Philadelphia im September 2016 nannte Trump eine Reihe an Details, wie er dies gewährleisten möchte. Das Heer soll von aktuell 490.000 Soldaten auf 540.000 Soldaten vergrößert und die Marineinfanterie von aktuell 23 Bataillonen (je ca. 1.000 Soldaten) auf 36 Bataillone aufgestockt werden. Die Navy soll deutlich mehr Schiffe erhalten und auch der Luftwaffe will Trump mehr Kampfflieger gönnen. Die Liste ließe sich noch eine Weile fortsetzen, das Genannte dürfte aber ausreichen, um nachvollziehen zu können, weshalb sich nach Trumps Wahlsieg vor allem eine Branche satte Profite verspricht: „Der Schock nach dem unerwarteten Wahlsieg von Donald Trump währt nur kurz: Am Aktienmarkt stellen sich Investoren schnell auf die neue politische Realität in den USA ein. Die Aktien von Rüstungsunternehmen sind auffallend stark gefragt.“<sup>8</sup> Genaue Aussagen zur künftigen Höhe eines Trump-Rüstungshaushaltes blieb der künftige US-Präsident zwar schuldig, da er sich aber stark an Vorschlägen des „National Defense Panel“ sowie der „Heritage Foundation“ orientierte, rechnet der US-Militär-Experte William Hartung mit einem Anstieg der Ausgaben um 80 bis 90 Milliarden Dollar jährlich.<sup>9</sup>

## Gemischtwarenladen II: Beraterstab

Wie bereits erwähnt, ist allerdings ohnehin unklar, wie stark sich der eher an Innenpolitik interessiert zu scheinende Trump in außen- und militärpolitische Fragen einbringen wird. Normalerweise gibt deshalb ein Blick in den Beraterstab und das Schattenkabinett zusätzliche Hinweise, in welche Richtung sich die Politik eines Kandidaten bewegen könnte. Im Falle Clintons war dies relativ aufschlussreich,<sup>10</sup> nicht so aber bei Trump. So schreibt German-Foreign-Policy.com: „Im deutschen Außenministerium könne man auf die Frage nach außenpolitischen Beratern des US-Republikaners die verärgerte Antwort hören: ‚Er hat keine.‘ Trump habe ein ‚paar Figuren um sich herum versammelt, die alle nicht ernst genommen‘ worden seien, wird ein Experte von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zitiert.“<sup>11</sup>

Tatsächlich war ein Großteil derjenigen, denen ein gewisser Einfluss auf die außenpolitische Agenda Trumps nachgesagt

wurde, recht unbeschriebene Blätter, die somit wenig Rückschlüsse zuließen. Was neuere Spekulationen über mögliche Kabinettposten anbelangt, ist dies bei den meisten Personen nicht mehr der Fall, ohne dass dies aber allzu optimistisch stimmen könnte. So wurde zunächst Newt Gingrich als aussichtsreichster Kandidat für den Posten als Außenminister gehandelt, der sich ein ums andere Mal als „rechtskonservativer Scharfmacher“ profiliert hat.<sup>12</sup> Kurz darauf galt dann mit John Bolton ein noch üblerer Hardliner als Favorit, aktuell (Stand: 29.11.2016) wird entweder der – etwas – moderatere Rudy Giuliani oder Mitt Romney gehandelt, der als republikanischer Präsidentschaftskandidat 2012 mit Robert Kagan den prominentesten Neokonservativen zu seinem Chefberater gemacht hatte. Auch die Ernennung des Hardliners Mike Pompeo zum CIA-Chef kann Anlass zur Sorge geben. Und auch angesichts des designierten Vizepräsidenten, Mike Pence, der nach allgemeiner Einschätzung künftig über beträchtlichen Einfluss verfügen dürfte und im Gegensatz zu Trump als ausgewiesener Russland-Hardliner gilt, können friedenspolitisch nicht gerade die Sektkorken knallen.<sup>13</sup>

Schwieriger fällt es da schon, die Ernennung von Michael Flynn zum Nationalen Sicherheitsberater zu bewerten. Einerseits fiel er teils durchaus positiv auf, als er in seiner Zeit als DIA-Direktor (2012 bis 2014) eine überaus kritische Einschätzung seines Hauses zur US-Syrienpolitik vehement verteidigte und als Konsequenz seines Amtes enthoben wurde.<sup>14</sup> Unklar ist, ob hier Flynns Handschrift zu lesen ist, aber Aussagen in einem Interview, das Trump nur kurz nach seiner Wahl gab, ähneln ganz den vom ehemaligen DIA-Direktor bereits vor einiger Zeit formulierten Kritikpunkten. So gab Trump an, „wir unterstützen Aufständische gegen Syrien und wir haben nicht den Hauch einer Ahnung, was das für Leute sind.“ Weiter warnte er, würden die USA weiter versuchen, den syrischen Machthaber Assad zu stürzen, „könnte dies auf einen Kampf mit Russland hinauslaufen.“<sup>15</sup> Auf der anderen Seite aber zeichnet sich Flynn durch eine sehr feindselige Haltung gegenüber dem Iran aus. Er gab an, „ein Regimewechsel im Iran sei der beste Weg, um das iranische Atomprogramm zu stoppen.“<sup>16</sup> In dieser aggressiven anti-iranischen Position trifft sich Flynn nicht nur mit Trump selbst, sondern auch mit dem künftigen Verteidigungsminister. So gab James Mattis etwa an: „Ich betrachte den IS nicht mehr als eine Ausrede für Iran, Unheil in der Region anzurichten. [...] Welches ist das eine Land im Mittleren Osten, das vom IS noch nicht angegriffen wurde? Das ist Iran.“<sup>17</sup>

Eines deutet sich jedenfalls angesichts dieser Ernennungen bereits an: Wer darauf spekuliert hatte, unter Trump würden



Die Bundeswehr übt schon für mehr Einsätze (ILÜ 2016).  
Quelle: Bundeswehr/Marco Dorow

beinharte Isolationisten, etwa aus dem Umfeld des CATO-Institutes, an die Schalthebel der Macht gelangen, dürfte enttäuscht werden. Zwar dürfte sich Trumps Politik in vielen Punkten von einer Clinton-Präsidentschaft unterscheiden, aber womöglich nicht in dem Ausmaß, wie sich das viele erhofft hatten. Mit die größten Änderungen sind dabei nicht zuletzt im transatlantischen Verhältnis zu erwarten.

## Nützlicher Idiot

Eine Sache wurde Trump im Wahlkampf nicht müde zu betonen: Die schon von den Vorgängern immer wieder angemahnte „fairere“ Lastenteilung in Form höherer EU-Rüstungsausgaben und militärischer Kapazitäten müsse endlich umgesetzt werden. Dies dürfte von Trump tatsächlich in ungleich schärferer Form als bislang eingefordert werden, schließlich betonte er auch mehrfach, hiervon werde das weitere US-Engagement in der NATO abhängen. So äußerte er sich in seiner Grundsatzzrede im April 2016: „Unsere Verbündeten müssen sich an den finanziellen, politischen und menschlichen Kosten unserer enormen Sicherheitsbelastungen beteiligen. Viele von ihnen tun dies jedoch einfach nicht. [...] Die Länder, die wir verteidigen, müssen für die Kosten hierfür bezahlen – sollten sie dies nicht tun, müssen die USA bereit sein, diese Länder sich selbst verteidigen zu lassen.“

Auch wenn sich sonst die Begeisterung über Trumps Wahl in engen Grenzen hält, in diesem Punkt scheint ein gewisser Kollateralnutzen gesehen zu werden. Schließlich lässt sich der Bevölkerung nun unter Verweis auf Trump die mit der „Bratislava-Agenda“ ohnehin massiv ins Auge gefasste Militarisation der Europäischen Union<sup>18</sup> noch „besser“ als Sachzwang verkaufen. Jedenfalls war die Forderung nach einem EU-Rüstungsschub die am häufigsten gehörte Konsequenz, die laut führender Politiker nun aus der US-Wahl gezogen werden müsse. Noch am Wahlabend äußerte sich beispielsweise Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur Notwendigkeit höherer Rüstungsausgaben: „Dieser Trend hat sich schon abgezeichnet vor der Wahl und es war uns auch immer völlig klar [...], unabhängig davon, wie die Präsidentschaftswahl in den USA ausgehen wird: Europa muss sich darauf einstellen, dass es besser selber vorsorgt [...], deshalb auch mein Vorstoß mit den französischen Kollegen, dass wir stärker in eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion investieren müssen.“<sup>19</sup> Dass dies gerade für die „Führungsmacht Deutschland“ bedeuten müsse, sich künftig noch häufiger an Militäreinsätzen zu beteiligen, betonte etwa Henning Otte, der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion: „Wir können uns weniger darauf verlassen, dass die USA sich in den Krisengebieten der Welt engagieren und damit auch zur Sicherheit hier in Europa beitragen [...] Das wird mehr Einsätze für die Europäer bedeuten, speziell für die Rahmennation Deutschland.“<sup>20</sup>

Auch EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker sekundierte: „Die Amerikaner, denen wir viel verdanken, [...] die werden nicht auf Dauer für die Sicherheit der Europäer sorgen. [...] Das müssen wir schon selbst tun. Deshalb brauchen wir einen neuen Anlauf in Sachen europäische Verteidigungsunion bis hin zu dem Ziel der Einrichtung einer europäischen Armee.“<sup>21</sup> Am deutlichsten wurde die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini: „In den kommenden Monaten und Jahren – man kann sogar sagen: in diesen Stunden – wird es eine zunehmende Nachfrage nach Europa geben von unseren Nachbarn uns unseren Partnern in der Welt. Die Forderung nach einem

von Prinzipien geleiteten globalen ‚Sicherheits-Dienstleister‘ wird wachsen. Die Forderung nach einer Supermacht, die an mehrseitige Bündnisse und Zusammenarbeit glaubt.“<sup>22</sup>

Ganz besonders zu Herzen nahmen sich die Sache mit der Supermacht acht Zeit-Redakteure, die sich in einem gemeinsamen Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Weltmacht! Echt jetzt?“ folgendermaßen äußerten: „Nach der Wahl Donald Trumps erkennen die Europäer, dass sie künftig selbst ihre Interessen durchsetzen und ihre Sicherheit garantieren müssen – und was dem noch alles im Wege steht. [...] Europa muss nicht ‚Weltmacht‘ werden im amerikanischen Sinne, mit Flugzeugträgergruppen, die stählern durch alle Weltmeere pflügen. [...] Europa hat Interessen in Afrika, in einem Teil von Asien (Syrien! Afghanistan!) und an all seinen Außengrenzen, vom Balkan bis Marokko, vom Atlantik bis tief ins südliche Mittelmeer. Hier Mitverantwortung zu übernehmen, weit über den eigenen Kontinent hinaus – auch das ist Weltmacht. Regional begrenzte Weltmacht ganz gewiss, aber auch zum Glück. Aber für eine ziemlich große Region.“<sup>23</sup>

## Anmerkungen

- 1 Trump will Atomwaffeneinsatz in Europa nicht ausschließen, [Der Westen](#), 01.04.2016.
- 2 ‘I would bomb the s--- out of’ ISIS, [Business Insider](#), 13.11.2015.
- 3 Transcript of Donald Trump’s speech on national security in Philadelphia, [The Hill](#), 07.09.2016.
- 4 Trump, Donald J.: America First will be the major and overriding theme of my administration, [Rede, Nixon Center](#), 27.04.2016.
- 5 Unklar ist allerdings, ob hier das primäre Ziel nicht eher darin bestand, Clinton als schwach darzustellen: „China ist aggressiver geworden und Nordkorea gefährlicher und kriegerischer. Russland hat dieser Regierung bei jeder Gelegenheit getrotzt.“
- 6 Noch deutlicher wurde Trump in seiner Rede in Philadelphia: „Im Gegensatz zu meiner Gegnerin wird meine Außenpolitik Diplomatie statt Zerstörung in den Vordergrund stellen. Hillary Clintons Vermächtnis im Irak, Libyen und Syrien hinterließ nur Tumult und Leid. [...] Die aktuelle Strategie, Regime ohne eine Vorstellung davon, was danach geschehen soll, zu stürzen, erzeugt nur ein Machtvakuum, das von Terroristen gefüllt wird.“
- 7 Collina, Tom: The Unaffordable Arsenal, [Arms Control Association Report](#), October 2014.
- 8 Rüstungsaktien ziehen an, [n-tv](#), 09.11.2016.
- 9 Hartung, William: Trump’s Pentagon Plan Could Cost Almost \$1 Trillion, [Huffington Post](#), 19.09.2016.
- 10 Farley, Keegan: Die Hochzeit der Kriegstreiber, [IMI-Studie 2016/09](#).
- 11 Druck auf Trump, [German-Foreign-Policy.com](#), 11.10.2016.
- 12 Das Kabinett in seinem Schatten, [Zeit Online](#), 10.11.2016.
- 13 Five things to watch for with Trump’s Pentagon, [The Hill](#), 12.11.2016.
- 14 Wagner, Jürgen: Der kurze Aufstand des US-Militärs, in: [AUSDRUCK](#) (Februar 2016).
- 15 Donald Trump, in Exclusive Interview, [Wall Street Journal](#), 11.11.2016.
- 16 Flynn and Ledeen’s Imaginary ‘Alliance’, [The American Conservative](#), 23.11.2016.
- 17 Wird James Mattis Verteidigungsminister?, [FAZ](#), 22.11.2016.
- 18 Wagner, Jürgen: Bratislava-Agenda: EU-Rüstungsschub nach dem Brexit, in: [AUSDRUCK](#) (Oktober 2016).
- 19 „Ein schwerer Schock“, [tagesschau.de](#), 09.11.2016.
- 20 Verteidigungspolitiker erwartet mehr Bundeswehr-Einsätze, [Die Welt](#), 10.11.2016.
- 21 Juncker macht sich für europäische Armee stark, [Handelsblatt](#), 10.11.2016.
- 22 Mehr Sicherheit mit einer europäischen Armee? [Deutschlandfunk](#), 14.11.2016.
- 23 Weltmacht! Echt jetzt? [Zeit Online](#), 19.11.2016.

# Drohnenexporte

## Auf dem Weg zu internationalen Standards?

von Marius Pletsch

DefenseNews hatte am 25. August 2016 gemeldet, die-US Regierung bemühe sich, internationale Standards für den Export von Drohnen zu schaffen. Ein erster Schritt dahin soll eine gemeinsame Erklärung von Staaten sein. Schon über diesen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung hieß es, dass die Sprache in dem Text weit unter dem liegt, was Kritiker von Drohnen und die Rüstungskontrollgemeinschaft gerne sehen würden.<sup>1</sup> Seitdem wurde der Entwurf aber wieder verändert – und das nicht zum Besseren.

Zunächst sollte sich das Dokument an den Rüstungsexportrichtlinien für Drohnen orientieren, die sich die USA im Februar 2015 selbst auferlegt haben. Die eigenen Richtlinien sind wohl auch unter dem Lobbydruck der US-Rüstungsindustrie zustande gekommen, damit die Unternehmen einen rechtlichen Rahmen haben, in dem sie ihre Geschäfte abwickeln können. Da es keine klaren Richtlinien gab, entstand keine Planungsunsicherheit für die Firmen, ob exportiert werden kann, denn die US-Regierung stoppte nicht wenige Exporte bis dahin.<sup>2</sup> In den Exportrichtlinien des State Department waren die wichtigsten Punkte: die Empfängerstaaten sollen sich an Internationales Recht, an humanitäres Völkerrecht und an Menschenrechte halten; die Drohnen sollen nur zu „rechtmäßigen“ Zwecken wie der Selbstverteidigung eingesetzt werden; mit den Drohnen soll die Bevölkerung in den Empfängerstaaten nicht unrechtmäßig überwacht oder angegriffen werden; das Bedienpersonal soll so geschult und trainiert werden, dass das Risiko von Verletzungen und weiteren Schäden reduziert wird.<sup>3</sup>

In einem Factsheet des State Department zu den nun geplanten internationalen Richtlinien heißt es, die USA seien führend bei der Entwicklung und dem Einsatz von Drohnen, darum hätten sie auch eine besondere Verantwortung: „Die Vereinigten Staaten haben eine Verantwortung um sicherzustellen, dass der Verkauf, der Transfer und der anschließende Gebrauch aller UAS [Unbemannte Luftfahrtsysteme, Anm. d. Autors] aus den USA verantwortlich und konsistent mit den nationalen sicherheits- und außenpolitischen Interessen, einschließlich der ökonomischen Sicherheit, sowie mit den Werten der USA und den internationalen Standards sind.“<sup>4</sup> Um die Standards bemühe man sich auch (und gerade) deshalb, weil immer mehr Staaten Drohnen entwickeln, produzieren und einsetzen.<sup>5</sup>

### „Manchmal ist es besser nichts zu tun“

Im ersten Entwurf der gemeinsamen Erklärung wurden fünf Prinzipien aufgelistet: die Anwendbarkeit von internationalem Recht und Menschenrechten bei der Benutzung von Drohnen; eine Zusage, bestehende Rüstungskontrollregime für den Verkauf von Drohnen in Betracht zu ziehen, wie das Raketentechnologie-Kontrollregime (engl. Missile Technology Control Regime, kurz MTCR); die Exportstaaten sollten ferner die Geschichte und die Verpflichtungen des Empfängerlandes in Bezug auf die Einhaltung von internationalen Normen beachten; Staaten, die bewaffnungsfähige Drohnen exportieren,

sollen „angemessene Transparenzmaßnahmen“ ergreifen; und zuletzt eine Resolution, womit sicher gestellt werden soll, dass alle Staaten Drohnen „verantwortungsvoll“ überführen und nutzen.<sup>6</sup>

Der finale Text, wie er nun auch veröffentlicht wurde, ist demgegenüber noch einmal deutlich abgeschwächt. Zunächst steht vor den strukturell beibehaltenen Hauptaspekten, dass keiner davon so „aufgefasst werden sollte, dass das legitime Recht eines jeden Staates unterbunden werden kann, selbst solche Systeme für legitime Zwecke zu produzieren, zu exportieren oder zu erwerben.“<sup>7</sup> Da der Volltext des früheren Entwurfs der Initiative nicht öffentlich ist, lässt sich nur punktuell ein direkter Vergleich ziehen. Aus den schon sehr vagen „angemessenen Transparenzmaßnahmen“<sup>8</sup> sind zum Beispiel „angemessene freiwillige [Hervorhebung d. Autors] Transparenzmaßnahmen“<sup>9</sup> geworden. Rachel Stohl, Analystin beim Stimson Center, wo sie eine Abteilung zu Drohnen leitet, kritisierte die vorgenommenen Änderungen im Text. So sei das Schriftstück zu einer leeren Hülle geworden. Durch die gemeinsame Erklärung würden bestehende Rüstungskontrollregime unterlaufen, die auf den Export von Drohnen bereits anwendbar seien. Die Obama-Regierung hätte Druck auf andere Regierungen ausgeübt, den USA zu folgen und das Dokument zu unterzeichnen. Einige Regierungen fürchten, durch die Erklärung würden sich die USA der Rechenschaft für ihren bisherigen Gebrauch der Drohnentechnik entziehen wollen und andere Staaten könnten nach der Unterzeichnung so verfahren wie die USA dies getan haben. Auch bezweifeln sie die Hoffnung der US-Administration, nach der Erklärung könnte man weitere Standards auf diesem Gebiet schaffen. Manchmal wäre auch nichts tun besser, schließt sie.<sup>10</sup>

### Bislang kurze Liste von Unterzeichnerstaaten

Das US-State Department hat bekannt gegeben, dass 48 weitere Staaten die gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben.<sup>11</sup> Auch wurden weitere Gespräche im Frühjahr 2017 angekündigt. Ob hieran auch zivilgesellschaftliche Akteure teilnehmen und sich in den Prozess einbringen können, an dessen Ende ein völkerrechtlich verbindliches Rüstungskontrollregime stehen soll, ist bislang unklar. Dies wird zum Beispiel von Chris Cole von DroneWars.net gefordert.<sup>12</sup> Deutschland hat sich der Initiative ohne großes Aufsehen angeschlossen, nicht einmal eine Pressemitteilung ist zu finden. Die einzige Äußerung der Bundesregierung zu dem Schriftstück kam aus dem Auswertigen Amt noch vor der Unterzeichnung, in der es vorsichtig hieß, man stehe „der Initiative prinzipiell aufgeschlossen gegenüber.“<sup>13</sup> Interessant ist aber, wer sich der Initiative (noch) nicht angeschlossen hat. China, Russland, Israel, Indien, Iran die Vereinigten Arabischen Emirate und die NATO-Verbündeten Frankreich und Türkei fehlen bislang auf der Liste. Allesamt Staaten, die bewaffnungsfähige Drohnen entwickeln, produzieren und auch exportieren und zum Teil auch schon selbst tödlich einsetzen. 60,7% der zwischen 1985 und 2014 exportierten Drohnen wurden in Israel hergestellt, von Frankreich 1,6% (zum Vergleich: die USA exportierten im selben Zeitraum 23,9%).<sup>14</sup> Ob diese Staaten sich noch anschließen, ist trotz der sehr schwachen Worte mehr als fraglich, schließlich könnte eine solche Selbstverpflichtung spätere



US-Exportschlager „Reaper“. Quelle: Air Force/Ridgeway

Geschäfte verbauen. Auch in den USA macht man sich um das große Geschäft Gedanken. Da die US-eigenen Standards von 2015 etwas restriktiver sind als die nun auf der internationalen Bühne präsentierten, wird befürchtet, dass hier ein Nachteil für die heimische Rüstungsindustrie entstehen könnte.<sup>15</sup>

In der Sendung „Streitkräfte und Strategien“ sagte Ulrike Franke, die sich an der Universität Oxford mit Drohnen auseinandersetzt, dass nun zwei Möglichkeiten existieren, wie es mit der US-Initiative weitergeht: „Entweder wir kommen recht schnell zu einer Unterzeichnung allgemeiner Normen. Das würde aber relativ wenig heißen, wenn dort wie derzeit von einem ‚verantwortungsvollen Einsatz‘ die Rede ist. Das ist eine leere Phrase. Wenn die nicht mit mehr gefüllt wird, können da natürlich alle Staaten ihre Unterschrift drunter setzen. Aber das wird nicht viel heißen. Die andere Version ist, und das wäre wünschenswerter, dass es tatsächlich zu einer Diskussion kommt und man sich zumindest auf gewisse Standards einigt.“<sup>16</sup>

Letzteres würde die jetzige US-Administration sicherlich gerne erreichen, auch um zum Ende der Amtszeit Obamas ein positiveres Image zu schaffen. Weg vom Drohnenpräsidenten, der Hochzeitsgesellschaften in den Stammesgebieten in Pakistan beschießen lässt, hin zu dem Präsidenten, der immerhin internationale Standards und Beschränkungen schafft, die jedoch für seine Amtszeit gar nicht galten. Wie dann der Amtsnachfolger weiter verfährt und was sich dann aus der Initiative ergibt, bleibt abzuwarten.

Aber auch die ökonomischen und sicherheitspolitischen Aspekte können den nun gewählten Zeitpunkt für den Vorstoß erklären. Immer mehr Staaten produzieren Drohnen und bringen sie in Umlauf. So entstand eine neue Konkurrenz für die US-Industrie in diesem Rüstungsindustriesegment. Und auch die Gefahr vor Angriffen gegen US-Ziele mit Hilfe von Drohnen, ob nun durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure, nimmt zu, weshalb nun vermehrt in Abwehrwaffen investiert wird. So plant das DARPA, die Rüstungsforschungsabteilung des Pentagon, eine auf Trucks und Schiffen montierbare Laserwaffe, um Drohnen damit zum Absturz bringen zu können, bis 2020 einsatzbereit zu haben.<sup>17</sup>

Wenn die Standards so niedrig sind und auch bleiben, ist die Gefahr groß, dass Staaten im Prinzip mit einem Blankoscheck versorgt werden, so dass die „Regierungen ungestraft handeln können und behaupten können, sie handelten verantwortungsvoll“, so Rachel Stohl.<sup>18</sup>

## Anmerkungen

- 1 Aaron Mehta ([DefenseNews.com](#), 25.8.2016): US Seeking Global Armed Drone Export Rules.
- 2 Andreas Flocken ([NDR.de](#), 8.10.2016): Streitkräfte und Strategien. Sendungsmanuskript vom 8.10.2016, S. 15.

- 3 Aaron Mehta ([DefenseNews.com](#), 25.8.2016): US Seeking Global Armed Drone Export Rules.
- 4 Office of the Spokesperson ([state.gov](#), 17.2.2016): U.S. Export Policy for Military Unmanned Aerial Systems. Englisch Original, Deutsche Übersetzung durch Autor: „the United States has a responsibility to ensure that sales, transfers, and subsequent use of all U.S.-origin UAS are responsible and consistent with U.S. national security and foreign policy interests, including economic security, as well as with U.S. values and international standards.“
- 5 Ebd.
- 6 Aaron Mehta ([DefenseNews.com](#), 25.8.2016): US Seeking Global Armed Drone Export Rules.
- 7 Office of the Spokesperson ([state.gov](#), 5.10.2016): Joint Declaration for the Export and Subsequent Use of Armed or Strike-Enabled Unmanned Aerial Vehicles (UAVs). Im englischen Original, deutsche Übersetzung durch Autor: „should be construed to undermine the legitimate interest of any State to indigenously produce, export, or acquire such systems for legitimate purposes.“
- 8 Zitiert nach Aaron Mehta ([DefenseNews.com](#), 25.8.2016): US Seeking Global Armed Drone Export Rules. Im englischen Original, deutsche Übersetzung durch Autor: „appropriate transparency measures.“
- 9 Office of the Spokesperson ([state.gov](#), 5.10.2016): Joint Declaration for the Export and Subsequent Use of Armed or Strike-Enabled Unmanned Aerial Vehicles (UAVs). Im englischen Original, deutsche Übersetzung durch Autor: „appropriate voluntary transparency measures.“
- 10 Rachel Stohl ([DefenseNews.com](#), 29.9.2016): New Draft on Drone Export Rules ‘More Problematic’ Than Original.
- 11 Office of the Spokesperson ([state.gov](#), 5.10.2016): Joint Declaration for the Export and Subsequent Use of Armed or Strike-Enabled Unmanned Aerial Vehicles (UAVs).
- 12 Chris Cole ([DroneWars.net](#), 14.10.2016): Armed drones control process must be opened to civil society groups and drone victims.
- 13 Maria Böhmer (Antwort auf Schriftliche Frage der Abgeordneten Inge Höger, DIE LINKE. [Bundestag.de](#), 9.9.2016): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 5. September 2016 eingegangenen Antworten der Bundesregierung.
- 14 George Arnett ([The Guardian](#), 16.3.2016): The numbers behind the worldwide trade in drones.
- 15 Jaqueline Klimas ([Washington Examiner](#), 7.10.2016): New drone export rules could give foreign firms an edge over U.S. industry.
- 16 Andreas Flocken ([NDR.de](#), 8.10.2016): Streitkräfte und Strategien. Sendungsmanuskript vom 8.10.2016, S. 16.
- 17 Kelsey D. Atherton ([PopularScience.com](#), 18.08.2016): DARPA Wants A New Anti-Drone Weapon By 2020.
- 18 Aaron Mehta ([DefenseNews.com](#), 5.10.2016): White House Rolls Out Armed Drone Declaration. Englisch Original, deutsche Übersetzung durch Autor: „they provide a blank check to governments to act with impunity and claim they have acted responsibly.“

# Wird Japan um Kriegsstaat? Ist die ostasiatische Gemeinschaft eine Utopie?

von Eiichi Kido

Seit einiger Zeit ist Ostasien ein politisch-militärisches Pulverfass. Am 9. September 2016 hat Nordkorea zum fünften Mal einen Atomsprengkopf getestet. Im Südchinesischen Meer treibt China trotz des Schiedsspruchs des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag vom 12. Juli 2016 die künstliche Inselnweiterungen weiter, um die angebliche territoriale Souveränität zu untermauern und Militärstützpunkte zu errichten. China und Südkorea streiten um die Stationierung des US-amerikanischen Raketenystems THAAD. Japan hat Territorialprobleme mit China, Südkorea und Russland.

Der ostasiatische Raum hat sich inzwischen so enorm militarisiert, dass sich unter den zehn Ländern mit den höchsten Militärausgaben allein vier Länder aus dieser Region (China, Russland, Japan und Südkorea) befinden. Auch die USA als die größte Militärmacht der Welt sind mit großen Stützpunkten präsent und lassen ihre Muskeln spielen. Um die Spirale der Aufrüstung und der Gewalt zu durchbrechen, sollte man kurzfristige Reaktionen vermeiden und weitsichtige Aspekte fördern.

71 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs liegt der wesentliche Unterschied zwischen den damals führenden Achsenmächten Japan und Deutschland in der Frage, ob die Versöhnung mit den Nachbarländern im Rahmen der regionalen Integration als Antikriegspakt geleistet worden ist. In diesem Sinne wird die Idee von der Ostasiatischen Gemeinschaft von japanischen Liberalen angestrebt, obwohl die beiden Regionen natürlich nicht einfach zu vergleichen sind.

## Einige Betrachtungen aus der Geschichte Ostasiens

Aus der jüngeren Geschichte Ostasiens kann man ersehen, dass diese Region trotz Kolonialherrschaft und Invasionen mit der Modernisierung im Grunde genommen „erfolgreich“ war. Der Aufstieg ostasiatischer Volkswirtschaften lässt verschiedene Gemeinsamkeiten und Parallelen erkennen. Breite Teile der Bevölkerung halten nicht an einer Religion, aber am Wirtschaftswachstum fest und sind auf eine Massenkonsumgesellschaft orientiert. Sie akzeptieren sozialdarwinistisches Gedankengut und das Modell des modernen „Nationalstaates“. Nationalismus, Kollektivismus, Unterordnung unter den Willen der Obrigkeit und Bevorzugung der Männer sind in allen Gesellschaften der Region gleichermaßen zu beobachten.

Diese Gemeinsamkeiten haben ihre historische Wurzel. China war immer und ist auch heute ein Riesenstaat. Die Existenz des Hegemonialstaates hat die Vorstellung verbreitet, der Staat stehe über allem, Zentralismus sei alternativlos, Bürokraten seien entscheidend. Anders formuliert, die Leute haben Schwierigkeiten mit der Gesellschaftsvertragstheorie, lokaler Selbstverwaltung und repräsentativer Demokratie. Diese politische Kultur zeigt sich deutlich daran, dass alle politischen Führer dieser Region – mit Ausnahme der taiwanesischen Staatspräsidentin – Erbpolitiker sind.

China wurde immer wieder von nomadischen Völkern bedrängt und angegriffen. Aus dieser geschichtlichen Erfahrung heraus haben die Chinesen weniger militärische Stärke als zivilisatorische Überlegenheit betont, wie Schriftzeichen, Bildung, Moral und Rechtssystem. Dabei hat der Konfuzianismus

eine große Rolle gespielt. Charakteristisch für den Konfuzianismus ist, dass sich die Tugend eines Herrschers durch die Geschichte seiner Herrschaft beweist. Deshalb hat jeder Gründer einer neuen Dynastie fleißig das offizielle Geschichtswerk – eine „wahre Geschichte“ – neu herausgegeben, um die Macht und Autorität zu rechtfertigen. Damit ist die Vorstellung, dass Geschichte immer mit Staatsgewalt eng verbunden ist, auch bei der Bevölkerung tief verankert.

Die Staaten an der Peripherie Chinas wie Korea, Japan und Vietnam waren ständig dem politisch-kulturellen Druck Chinas ausgesetzt. Sie haben die Denkweise des Etatismus, kultureller Homogenität und Rangordnung der Menschen und Staaten nach einem einzigen Maßstab angenommen. Auf der anderen Seite hatten sie gegenüber China eine ambivalente Einstellung zwischen Minderwertigkeitskomplex und Orientierung auf die Eigenständigkeit.

## Keine Bereitschaft Japans, die Vergangenheit aufzuarbeiten

Diese Hintergründe zu erklären bedeutet keineswegs Determinismus. Es ist eine Herausforderung, die als historisches Trauma besonders bei Chinesen und Koreanern durch die Angriffe und Kolonialherrschaft Japans immer noch tief sitzt.

Nachdem Japan bis Mitte der 1990er Jahre, wenn auch zögerlich, Richtung Versöhnung mit den Nachbarstaaten gegangen war, erleben wir nun eine sehr heftige geschichtsrevisionistische Gegenreaktion. Shinzô Abe, Enkelkind des Kriegsverbrechers Shinsuke Kishi,<sup>1</sup> ist eine führende Figur dieser rechtsnationalen Kräfte, die diesen Prozess verfolgen.

Das japanisch-südkoreanische Abkommen vom 28. Dezember 2015, das den Streit um die „Trostrfrauen“-Problematik<sup>2</sup> beilegen sollte, ist dabei alles andere als ein Zeichen der Versöhnung. Zu diesem Kompromiss wurden die beiden Regierungen von der US-Regierung gezwungen, weil diese in diesem Streit ein Hindernis für ihre Sicherheitspolitik sahen.

So wurden bei der Verhandlung die betroffenen Frauen zum Beispiel völlig ignoriert. Die japanische Regierung hat zwar endlich seine staatliche Verantwortung eingeräumt. Aber es reicht nicht, wenn sie nur von der „Beteiligung des Militärs“ spricht. Das japanische Militär hatte eigenständig das System des Kriegsbordells geplant, eingerichtet und kontrolliert. Das war eine schwere Menschenrechtsverletzung, die gegen das damalige Völkerrecht und das nationale Recht verstieß. Es ist nicht besonders aufrichtig, dass Tokio dieses Problem anscheinend mit diesem angeblich „endgültigen und unwiderruflichen Abkommen“ in die Vergessenheit führen will.

Die südkoreanische Regierung versprach im Gegenzug de facto, die Statue zum Gedenken an die „Trostrfrauen“ vor der japanischen Botschaft in Seoul wegzuräumen. Das zeigt, dass es auch ihr nicht um die Gerechtigkeit und die Zurückgewinnung der Würde der Frauen ging. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Korea die etwa 7,6 Millionen Euro der

japanischen Regierung als eine Art Schweigegeld angenommen hat. Besonders problematisch ist, dass das Abkommen die Schulbildung und die Vermittlung der Geschichte gar nicht erwähnt.

Die „Trostfrauen“-Problematik ist dabei nicht nur ein bilaterales Problem zwischen Japan und Südkorea. Japan sollte auch seine Verantwortung als Staat für diese Art von Verbrechen in anderen asiatischen Ländern anerkennen.

## Zu Obamas Hiroshima-Besuch

Auch Japaner haben historische Traumata. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sind prägend. Am 27. Mai 2016 reiste Barack Obama als erster US-Präsident nach Hiroshima. Die Szene, in der er einen Überlebenden umarmte, fand als „bewegend“ weltweit Verbreitung. Aber kann man damit schon von Versöhnung sprechen?

Obama besuchte Hiroshima, nachdem er in der US-Militärbasis Iwakuni die Bedeutung des US-japanischen Militärbündnisses gelobt hatte. In Hiroshima hielt er sich keine 50 Minuten auf, im Hiroshima Peace Memorial Museum nur 10 Minuten. Man muss sich fragen, was er dort gesehen und gedacht hat. Und es war ein bössartiger Witz, dass der US-Präsident in der von einer Atombombe heimgesuchten Stadt von einem US-Offizier mit dem Atomkoffer, der im Ernstfall vom Präsidenten benutzt werden kann, um den Einsatz von Atomwaffen zu autorisieren, begleitet wurde.

Seine 17-minütige Rede war ebenfalls problematisch.<sup>3</sup> Den Atombombenabwurf formulierte er wie eine Naturkatastrophe: „Der Tod fiel vom Himmel.“

Weiter sagte Obama: „Die radikale und notwendige Erkenntnis, dass wir alle Teil derselben menschlichen Familie sind – das ist die Geschichte, die wir erzählen müssen.“ Das ist auch eine Redewendung, um die Verantwortung auf die Menschheit schlechthin zu übertragen und die konkrete Verantwortung seines Landes zu vertuschen. Und Obama betonte erneut die Bedeutung des US-japanischen Militärbündnisses und ließ das Staatsprinzip der Atomkraft, einen möglichen Massenmord durch Kernwaffen zu rechtfertigen, unberührt.

Auch die Haltung der japanischen Regierung war alles andere als aufrichtig. Für sie war es von Anfang an ausgeschlossen, von den USA eine Entschuldigung für die Atombombenabwürfe zu verlangen. Es wäre für Tokio unangenehm gewesen, wenn Obama eine Entschuldigung vorgetragen hätte, weil Japan dann seinerseits um Entschuldigung für seine Verbrechen hätte bitten müssen. Dies aber ist für einen Geschichtsrevisionisten wie Abe unmöglich.



*Ehemalige Trostfrauen vor der japanischen Botschaft in Seoul. Quelle: Claire Solery via Wikipedia*

Der Ministerpräsident sagte in hochmütiger Weise: „Japan und die Vereinigten Staaten werden ein ‚Licht der Hoffnung‘ für die Menschen in der Welt werden.“<sup>4</sup> Die britische Tageszeitung The Guardian hat ein kritischer Kommentar zu dieser betrügerischen Haltung zitiert: „Dies [das Fehlen einer Entschuldigung] wird dafür verwendet werden, viele rechten Aspekte der Abe-Regierung und anderer japanischer Eliten zu unterstützen, die gerne eine stärkere japanische militärische Rolle in Ostasien sehen würden und die lieber vergessen, ja abstreiten würden, was in den 1930ern und 1940ern geschehen ist.“<sup>5</sup> Die New York Times hat es mit folgender Schlagzeile deutlich gemacht: „Japans Führer gibt wenig auf die Lehren Hiroshimas für den Pazifismus.“<sup>6</sup>

Hier zeigt sich die doppelte Verantwortungslosigkeit der Japaner nach dem Zweiten Weltkrieg. Indem sie von den USA keine Rechenschaft für deren Kriegsverbrechen forderten, weigerten sie sich auch, Rechenschaft für ihre eigenen Kriegsverbrechen abzulegen. Dieser Selbstbetrug wurde in einer Äußerung von Kaiser Hirohito sehr deutlich. Bei der Pressekonferenz nach seinem USA-Besuch am 31. Oktober 1975 sagte er über seine Verantwortung für den Krieg: „So eine Frage kann ich nicht beantworten, weil ich nicht viel über so eine Floskel weiß, weil ich nicht das Gebiet der Literatur erforsche.“ Und über den Atombombenabwurf auf Hiroshima sagte er: „Dass die Atombombe abgeworfen wurde, bedauere ich. Aber das passierte während des Krieges. Deshalb war das unvermeidlich, obwohl ich für die Bürger von Hiroshima Mitleid empfinde.“ Der Atombombenabwurf wäre allerdings vermeidbar gewesen, wenn er den Vorschlag des ehemaligen Ministerpräsidenten Fumimaro Konoe vom 14. Februar 1945 angenommen hätte, den Krieg recht bald zu beenden.<sup>7</sup>

Wegen dieser doppelten Verantwortungslosigkeit ordnete sich Japan der Militärherrschaft der USA sklavisch unter und konnte so auch kein Vertrauen unter den Nachbarländern gewinnen. Es ist somit verständlich, dass Japan auch heute noch keine friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarländern aufbauen kann. Die verfassungsfeindliche, antidemokratische Politik der Abe-Administration deckt die Widersprüche auf, die mit dem Problem der Kriegsverbrechen von Japan und den USA eng verbunden sind.

## Zunehmende Militarisation Japans

„Wir sollten uns die Kniffe der Nazis abgucken.“ Dem Ratsschlag des Vize-Ministerpräsidenten Tarô Asô im Juli 2013 folgend, betreibt die Regierung von Shinzô Abe Schlag auf Schlag eine Politik, die die Demokratie aushöhlt, indem sie sich



*Shinzô Abe und Barack Obama geben sich am Friedensdenkmal in Hiroshima die Hand. Quelle: Wikipedia*

demokratisch gibt. Sie versucht, einen Atomreaktor nach dem anderen wieder ans Netz zu bringen. Im Dezember 2013 wurde das Geheimhaltungsgesetz verabschiedet, das die Verbreitung von „Staatsgeheimnissen“ mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft. Im August 2015 hielt Abe eine Rede zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, in der er nur halbherzig von „tiefer Trauer“ um die Opfer des Krieges sprach. Im September 2015 wurde das sogenannte „Kriegsgesetz“ beschlossen, das es Japan ermöglicht, jederzeit und weltweit auf der Seite der USA militärisch einzugreifen.<sup>8</sup>

Abes Ziel ist die Änderung der Verfassung, vor allem die Abschaffung des Artikels 9.<sup>9</sup> Er hegt Ressentiments gegen das „Nachkriegsregime“, in dem sein Großvater als Kriegsverbrecher einmal verhaftet wurde. Weil es aber schwierig ist, die Verfassung auf einen Schlag drastisch zu ändern, versucht Abe nun einen Verfassungsartikel für den Notstand einzuführen, der es der Regierung ermöglicht, in Krisensituationen Gesetze ohne das Parlament zu beschließen. Das erinnert an das Ermächtigungsgesetz im NS-Deutschland 1933. Denn im Verfassungsentwurf der LDP (Liberal-Demokratischen Partei) vom 27. April 2012 heißt es, dass Gesetze durch die Regierung beschlossen werden können, wenn der Ministerpräsident den Notstand erklärt hat. In diesem Fall sollte jeder den Anweisungen der Regierung folgen. Dabei sollten die Grundrechte angeblich „maximal beachtet werden“.

Darüber hinaus offenbarte die LDP im Verfassungsentwurf ihre Absicht, einen Regimewechsel in Japan durchzuführen, nämlich den Tennô zum Staatsoberhaupt zu machen, statt die Selbstverteidigungstreitkräfte „Landesverteidigungstruppen“ (Kokubô-Gun) zu schaffen und die Bürgerrechte drastisch einzuschränken. Enge Vertraute von Abe sagen hierzu ganz offen, das Wesentliche der Verfassungsänderung sei die totale Verneinung von Volkssouveränität, Achtung der Grundrechte und Pazifismus.

Trotzdem erlangten Abe und die LDP bei der Parlamentswahl einen Sieg nach dem anderen. Laut einer neuen Umfrage (Asahi, 13.9.2016) unterstützen 52% der Befragten die Abe-Administration. Laut einer anderen Umfrage (Nikkei, 29.8.2016) wünschen sich sogar 59%, dass Abe bis zur Sommerolympiade in Tokio 2020 weiter regiert.

An diesen Ergebnissen sind fügsame Massenmedien schuld. Im April 2016 hat der Berichtstatter des UN-Menschenrechtsrats eine Woche lang die Situation der Medienfreiheit in Japan recherchiert und die Regierung Abe und die LDP scharf für ihren starken Druck auf Presse und Rundfunk kritisiert. Gleichzeitig hat er darauf hingewiesen, dass sich japanische Medien dem Druck und der Lenkung der Regierung nur allzu leicht fügen.

Da hat er leider vollkommen Recht. Besonders bitter ist die freiwillige Unterwerfung des Fernsehens. Die NHK, die einzige öffentlich-rechtliche Rundfunkgesellschaft in Japan, ist unter dem amtierenden Vorsitzenden seit Januar 2014 buchstäblich zum „Kanal Abe“ geworden. Sie bemüht sich, möglichst regierungsfreundliche „Nachrichten“ zu senden. Private Fernsehsender lassen sich einschüchtern, weil die Regierung droht, ihnen wegen eines angeblich „tendenziösen“ Programms die Lizenz zu entziehen.<sup>10</sup>

Während des Wahlkampfes für das Oberhaus im Juli 2016 gab es im Fernsehen insgesamt 30% weniger Meldungen über die Wahl als bei vergleichbaren vergangenen Wahlen. Das half der Taktik der Regierungsparteien, das eigentlich Wahlkampfhema, nämlich die Verfassungsänderung, zu verstecken.

## Zweidrittel Mehrheit für die Verfassungsänderung im Parlament

Nach der Wahl für das Oberhaus am 10. Juli 2016 gibt es nun sowohl im Unter- wie im Oberhaus eine Zweidrittel-Mehrheit für die LDP und rechtskonservative Parteien und damit für eine Verfassungsänderung. Obwohl Abe während des Wahlkampfes die Verfassungsfrage total verschwiegen hatte, sagte er einen Tag nach dem Wahltag seine Absicht ganz offen, auf Grundlage des LDP-Entwurfes mit der „Technik der Politik“ die Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung zu mobilisieren.

Nach der Wahl fanden 40% der Bürger, dass zu viele Parlamentarier für die Verfassungsänderung sind (Asahi, 14.7.2016). 78% der Japaner sind gegen eine Verfassungsänderung unter der Regierung Abe. Diese Zahlen und öffentlicher Protest stören Abe aber offensichtlich nicht, wenn man sich vor Augen hält, wie er den Militarisierungskurs unbeeindruckt durchgesetzt hat.

Anfang August nahm das dritte Kabinett Abe seine Arbeit auf. Besonders provokant ist die Besetzung des Postens des Verteidigungsministers mit Tomomi Inada. Sie ist eine ultranationalistische Politikerin, die den Krieg verherrlicht und den Yasukuni-Jinja-Schrein lobt.<sup>11</sup> Sie tritt sogar offen für die atomare Bewaffnung Japans ein. 2013 hat sie sich mit dem Führer der NSJAP (Nationalsozialistische Japanische Arbeiterpartei) getroffen. Die Aufgabe von Inada als Ministerin ist es natürlich, das „Kriegsgesetz“ konkret mit „Leben“ zu füllen und Kriegseinsätze zu planen.

Im November 2016 wurde bereits eine Truppe der „Selbstverteidigungstreitkräfte“ (JSDF Japanese Self Defense Force) in den Südsudan entsandt, wo der Bürgerkrieg immer wieder aufflammt. Spiegel Online schrieb über die Tragweite des Einsatzes: „Bislang nahmen Japans Streitkräfte ausschließlich an friedenserhaltenden Einsätzen teil. Nun hat das Militär den ersten Kampfeinsatz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs: Im Krisenland Südsudan sollen die Soldaten bedrängten Uno-Friedenstruppen und verbündeten Einheiten helfen. Im Rahmen eines Uno-Einsatzes sind japanische Soldaten bereits seit 2012 im Südsudan, um die Infrastruktur aufzubauen. Nun dürften japanische Soldaten im Südsudan auch Warnschüsse abgeben, auf lebensbedrohliche Gefahren sowie gegnerisches Feuer reagieren.“<sup>12</sup> Die Voraussetzungen für Japan, Blauhelmsoldaten dorthin zu schicken, sind eigentlich gar nicht gegeben. Trotzdem beharrt die Regierung auf dieser Mission. Sie scheint sehnsüchtig darauf zu warten, dass ein JSDF-Soldat dort getötet wird. In dem Fall würde sie lautstark propagieren, dass nicht die politische Entscheidung, sondern die pazifistische Verfassung an dem Tod des Soldaten schuld sei. Die ohnehin ziemlich gleichgeschalteten Medien würden die hysterische Stimmung mitschüren.

Um die Verfassung zu ändern, braucht man nach der Zweidrittelmehrheit in den beiden Häusern eine einfache Mehrheit bei einer Volksabstimmung. Deswegen hat die Regierung auch mit der „Graswurzelarbeit“ begonnen. The Association of Shinto Shrines (Jinja Honchô) hat schintoistischen Schreinen landesweit verordnet, Unterschriften für die Verfassungsänderung zu sammeln. Die Japan Conference (Nippon Kaigi), zu der alle LDP-Kabinettsmitglieder gehören, mobilisiert „Karawanentruppen“ im ganzen Land, um bei lokalen Parlamenten einen Beschluss zur Verfassungsänderung zu organisieren.

Dabei appelliert man immer wieder an den Nationalstolz. Für die Leute, die angesichts der Unterwürfigkeit zu den USA

durch den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und die Nuklearkatastrophe von Fukushima Selbstvertrauen verloren haben und Irritation empfinden, ist diese Losung „Stolz von Japan“ gerade willkommen.

Dabei spielt der Antiintellektualismus eine große Rolle. Für Teile der Bevölkerung ist die (historische) Tatsache gar nicht interessant, sondern die gefühlte Wahrheit. Sie wünschen sich, ein ihnen angenehmes Geschichts- und Gesellschaftsbild vermittelt zu bekommen und emotional mobilisiert zu werden, was die Obrigkeit gerne manipuliert. Dieses Phänomen ist natürlich nicht nur in Japan, sondern in aller Welt immer häufiger zu beobachten.

Außerdem ist damit zu rechnen, dass die Wahl Donald Trumps – ähnlich wie in Deutschland und der Europäischen Union – zusätzlichen Rückenwind für ohnehin vorhandene Militarierungspläne geben wird. Schließlich forderte Trump im Wahlkampf auch von Japan größere militärische Beiträge ein, obwohl Japan schon großzügigerweise Dreiviertel der Stationierungskosten von den USA übernimmt (in Deutschland ist es „nur“ ein Drittel). Am 17. November 2016 ist Shinzō Abe in großer Eile zur Audienz beim designierten US-Präsidenten erschienen, um der Weltöffentlichkeit die Unerschütterlichkeit des Bündnisses der beiden Länder zu zeigen. Nach dem Treffen sagte Abe: „Ich bin überzeugt, dass Herr Trump eine Führungspersönlichkeit ist, zu der ich großes Vertrauen haben kann.“ Schützenhilfe für Abes Bestrebungen kommt ausgerechnet aus Deutschland: „Bundespräsident Joachim Gauck wirbt in Japan für eine weitere Militarisierung der japanischen Außenpolitik. Tokio stehe wie Berlin ‚in der Verpflichtung, mehr Verantwortung‘ in der Weltpolitik zu übernehmen, erklärte Gauck mehrmals während seines heute zu Ende gehenden Aufenthalts in dem ostasiatischen Land; dabei gebe es ‚Extremfälle‘, in denen ‚Diplomatie nicht mehr ausreicht‘. Gaucks Äußerungen, die seinem Beitrag zu der vor rund drei Jahren gestarteten Kampagne für eine aggressivere deutsche Weltpolitik gleichen, erfolgen zu einer Zeit, zu der die japanische Regierung das Kriegsverbot der Verfassung immer mehr aushöhlt und im Südsudan den ersten Kampfeinsatz japanischer Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg in Aussicht nimmt. [...] Strategischer Hintergrund der deutschen PR-Intervention ist das Streben nach einer Stärkung der westlichen Positionen in Ostasien – gegen China.“<sup>13</sup>

## Positives Zeichen

Seit 2015 hat sich in Japan eine neue Friedensbewegung entwickelt und inzwischen gibt es eine einheitliche Bürgerbewegung zum Schutz der Verfassung (Sōgakari Kōdō: Aktion vereinter Kräfte gegen Krieg und Zerstörung des Verfassungsartikels 9). Das hat einen Schlusstrich unter die Geschichte von Spaltung und Gegensatz in der Friedensbewegung gezogen. An der neuen Bewegung haben selbstständige Individuen freiwillig und in unterschiedlichen Formen teilgenommen, haben demonstriert, waren in sozialen Netzwerken aktiv oder haben ihre Meinung in Zeitungsanzeigen publik gemacht. Früher wurden die Teilnehmer ausschließlich von der Gewerkschaft mobilisiert. Diese Bewegung ist ein gewaltfreier Widerstand gegen den Machtmissbrauch der Abe-Administration. Dieser Anspruch der Gewaltlosigkeit hat die Vielfalt der Teilnehmer geeint und garantiert die Nachhaltigkeit der Bewegung. Die Bürgerbewegung hat sich bis heute so weit entwickelt, dass sie nun politisch in der Lage ist, mit den Oppositionsparteien zu kooperieren und eine Kooperation unter den Oppositionsparteien zu vermitteln.



*Japanese Self-Defense Forces (JSDF) bei einer Übung.  
Quelle: Wikipedia*

Am 19. Dezember 2015 trafen sich die Vorsitzenden der vier Oppositionsparteien. Sie haben sich darüber verständigt, eine gemeinsam koordinierte Politik zu entwickeln, wie die Ablehnung der Anhebung der Verbrauchersteuer auf 10% im April 2016, gemeinsame Kandidaten für alle Einzelsitz-Wahlbezirke bei der Wahl zum Oberhaus zu stellen und auch bei der Wahl zum Unterhaus zusammenzuarbeiten und schließlich einen Misstrauensantrag gegen die Abe-Administration voranzubringen. Am 20. Dezember wurde die „Bürgerallianz“ (Shimin Rengō: Civil Alliance for Peace and Constitutionalism) gegründet. Sie besteht aus fünf Organisationen: Sōgakari Kōdō, der Studentenorganisation SEALDs (Students Emergency Action for Liberal Democracies), der Gelehrtenorganisation (Association of Scholars Opposed to the Security-related Bills), dem Verein der Rechts- und Politikwissenschaftler (Save Constitutional Democracy Japan 2014) und der Mütterinitiative (Mothers against War).

Am 7. Juni 2016 hat sich die „Bürgerallianz“ mit vier Oppositionsparteien über eine gemeinsame Politik verständigt:

- das „Kriegsgesetz“ abschaffen und den Konstitutionalismus zurückgewinnen;
- verhindern, dass die Regierungsparteien und regierungsnahen Parteien zwei Drittel der Mandate im Oberhaus erlangen;
- die Arbeitsbedingungen der Kinderpfleger drastisch verbessern;
- den Mindestlohn auf 1.000 Yen erhöhen;
- das Freihandelsabkommen TPP (Trans-Pacific Partnership) ablehnen;
- den Bau des neuen US-Militärstützpunktes in Okinawa stoppen, der gegen den Willen der Bevölkerung von Okinawa gestartet wurde;
- die Dezentralisierung und Lokalisierung von Energie fördern.

Es ist bemerkenswert, dass die Bürgerinitiative die politischen Parteien gedrängt hat, zusammenzuarbeiten. Bei der Wahl zum Oberhaus war diese Zusammenarbeit trotz der kurzen Vorbereitungszeit relativ erfolgreich. Ihre gemeinsamen Kandidaten haben in 11 von 32 Einzelsitz-Wahlbezirken gewonnen. In Fukushima und Okinawa haben sie jeweils einen amtierenden Minister besiegt.<sup>14</sup>

Aber in einigen Mehrzahlsitz-Wahlbezirken haben die Kandidaten der Opposition auch gemeinsam verloren. Besonders im Raum Kansai war die neoliberale „Ōsaka Ishin no Kai“ (Initiatives from Osaka), die seit August 2016 „Nippon Ishin no Tō“ (eine offizielle Übersetzung gibt es noch nicht, sie könnte aber wie früher als „Japan Restoration Party“ bezeichnet werden) heißt, besonders stark. Die Anhänger betrachten sie als „echte Reformpartei“, obwohl sie mit ihrem Kurs von Sozialabbau

## Ergebnis der Wahl zum Oberhaus am 10. Juli 2016

	Für Verfassungsänderung				Gegen Verfassungsänderung				
Partei	Liberal-Demokratische Partei	Neobuddistische KOMEITO	Initiatives from Osaka	andere	Demokratische Partei	Kommunistische Partei	Sozialdemokratische Partei	People's Life Party	andere
Prozentsatz bei der Verhältniswahl in einem nationalen Wahlkreis	35,91%	13,52%	9,20%		20,98%	10,74%	2,74%	1,91%	
Sitze (insgesamt 121 zur Wahl gestellt)	56	14	7		32	6	1	1	4
Gesamte Sitze im Oberhaus (Vergleich zu 2013)	121 (+6)	25 (+5)	12 (+5)	7	49 (-15)	14 (+3)	2 (-1)	2 (-1)	5

Die Haltung der 5 unabhängigen Mitglieder zur Verfassungsfrage ist nicht deutlich.

und Militarisierung nichts anderes als ein Sondereinsatzkommando von Abe ist.

Die Zukunft der Zusammenarbeit der Oppositionsparteien sieht allerdings nicht besonders rosig aus. Die Haltung der größten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei, ist wacklig, weil es dort viele Politiker gibt, die kaum einen Unterschied zur LDP machen und eigentlich zufrieden damit sind, Scheinopposition zu sein. Sie zeigen deutlich ihre antikommunistische Haltung. Offensichtlich haben sie immer noch nicht begriffen, dass es nicht parteipolitisches Kalkül, sondern das Engagement der Bürgerbewegung ist, die für die Zusammenarbeit der Opposition gesorgt hat.

Die Kommunisten versuchen zwar fleißig, mit den anderen Oppositionsparteien weiter zusammenzuarbeiten. Aber obwohl sie den Sozialdemokraten ideologisch am nächsten stehen, haben sie doch auch Probleme, noch enger mit ihnen zusammenzuarbeiten, da die beiden Parteien sich in Fragen der Gewerkschafts-, Friedens- und Buraku(ghettoähnliche Sondergemeinde)-Befreiungsbewegung bekämpft haben.

### Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen?

Im Grunde genommen muss man feststellen, dass die Mehrheit der Japaner bei der Wahl zum Oberhaus ohne Bedenken die Regierung von Shinzô Abe trotz oder wegen ihrer Gewaltmaßnahmen, Kriegsbereitschaft, Orientierung auf Allmacht der Konzerne, wachsender Kluft zwischen Arm und Reich, Überwachungsgesellschaft und Beschränkung der Redefreiheit gewählt hat. Die Wahlen sind fast zu einem Popularitätswettbewerb geworden. Offensichtlich inkompetente LDP-Kandidaten wie manch Schlagersänger oder Sportler konnten problemlos gegen kompetente und engagierte Kandidaten anderer Parteien gewinnen.

Man mag die Schuld daran auf das unfaire Wahlsystem schieben können, oder auf die Massenmedien, die ihren Job nicht machen. Aber man sollte nicht die Tatsache ignorieren, dass es so viele gedankenlose Wähler gibt, die im Rahmen der Unternehmenstätigkeit oder Religionsaktivität einfach die Regierungsparteien wählen.

Bei der Wahl zum Oberhaus im Juli waren 18- und 19-Jährige zum ersten Mal wahlberechtigt. Junge Wähler haben mehr als die anderen Generationen die LDP gewählt. Sie sind also

tatsächlich noch konservativer - so, wie es die Regierung beabsichtigt hatte.

Im Mai 1937 hat der Philosoph Kiyoshi Miki einen Aufsatz mit dem Titel „Über den Untergang der Intelligenz der Studenten“ geschrieben. Er meinte die Haltung der japanischen Studenten nach dem Mukden-Zwischenfall 1931.<sup>15</sup> Damit kritisierte Miki die damalige Situation, in der junge Menschen einseitig durch ultranationalistische Ideologie indoktriniert waren und den kritischen Geist verloren hatten.

Aus meiner eigenen Erfahrung als Forscher und Hochschuldozent in Japan, in der ich seit 2004 eine Ringvorlesung und ein Seminar zur Friedensforschung organisiere, habe ich heute ein ähnliches Gefühl. Die heutigen Studierenden in Japan sind in die Schule gegangen, nachdem die erste Regierung Abe im Dezember 2006 das Rahmengesetz für Erziehung grundsätzlich geändert hatte, um die Vaterlandsliebe zu fördern. Seit einiger Zeit bekomme ich immer mehr nationalistisch-irrationale gewaltbereite Reaktion wie „Wir Japaner sind die Besten in der Welt“ und „Wer von der Selbstbestimmung Okinawas spricht, ist ein Verbrecher“ zu hören.

Okinawa wird wie eine amerikanisch-japanische Doppelkolonie behandelt. Die japanische Regierung hat die Absicht, ohne Rücksicht auf Gesetz und Menschenrechte, neue US-Militärbasen (aus)zubauen. Dazu hat sie nicht nur Polizei, sondern auch die JSDF-Truppen mobilisiert, um die Bevölkerung einzuschüchtern und zu demütigen. Die Orte, an denen die Leute Widerstand leisten, sind zu gesetzlosen Zonen geworden. Trotzdem haben sie nicht resigniert. Die Bewegung gegen den (Aus)Bau der Militärbasen ist nach wie vor gewaltfrei.

Yukio Hatoyama, der nach dem Machtwechsel 2009 zum Ministerpräsidenten wurde, hat eine „Ostasiatische Gemeinschaft“ (nach dem Vorbild der EU) angeregt. Er hat damals versucht, die in Okinawa stationierten US-Militärbasen in eine andere Region zu verlegen. Aber er wurde von seinen eigenen Bürokraten belogen, seine Idee habe die USA verärgert, was schließlich seinen Rücktritt verursachte. Ende Juni 2013 hat er die von ihm mitgegründete Demokratische Partei verlassen.

Im März 2013 hat Hatoyama das East Asian Community Institute gegründet und im April 2014 ein Büro des Instituts in Naha, der Präfekturhauptstadt Okinawas, eröffnet.<sup>16</sup> Er ermutigt immer wieder die Widerstandsbewegung vor Ort. Er sucht nach einer Lösung des Militärbasenproblems, so dass Okinawa ein Zentrum der Ostasiatischen Gemeinschaft sein könnte. Immerhin

liegt Naha viel näher zu Taipei (630 km), Shanghai (820 km) und Seoul (1260 km) als zu Tokio (1.600km).

Seit Dezember 2005 fand das jährliche, vom Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN: Association of Southeast Asian Nations) initiierte Ostasiatische Gipfeltreffen (EAS: East Asia Summit) bereits elf Mal statt Die Haltung der LDP-Regierung Japans ist ziemlich zurückhaltend, weil die Reaktion der USA auf eine regionale Integration in Ostasien für sie wichtiger ist.

Der von Abe und der LDP gehasste Verfassungsartikel 9 hat die Überzeugung konkretisiert, dass keiner das Recht hat, Menschen zu töten, und dass niemand getötet werden darf, aus welchem Grund auch immer. Diese Idee hat man durch die Geschichte vom japanischen Kolonialismus, Imperialismus und Militarismus und vom amerikanischen Atomkrieg erworben.

Die Verfassungsfrage Japans ist keine nationale Angelegenheit, sondern eine internationale. Sollte die „Armee“ in der Verfassung festgeschrieben werden, ohne dass eine Aufarbeitung der Geschichte stattgefunden hat, wäre das ein fatales Signal. Zur Verwirklichung der Idee, Frieden ohne Waffen zu schaffen, braucht man internationale Solidarität. Es reicht einfach nicht, oberflächlich von der „atomwaffenfreien Welt“ (Obama) oder von „Sicherheit, Frieden und Wohlstand“ (Abe) zu sprechen.

Seit mehr als zehn Jahren haben die Zivilgesellschaften in Nordostasien durch GPPAC (Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict) zusammengearbeitet, um die Lage der Region zu entspannen. In der „Tokyo Agenda“ towards creation of a regional mechanism for peace, die von der nordasiatischen Konferenz von GPPAC in Tokio 2005 angenommen wurde, heißt es, dass Japan den Artikel 9 beibehalten und auch andere Länder so einen Verfassungsartikel einführen sollten.<sup>17</sup> Im Jahresbericht 2015 von GPPAC ist der Beginn des Ulaanbaatarer Prozesses besonders erwähnt, mit dem die nordasiatische Sektion einen zivilgesellschaftlichen Dialog über Frieden und Sicherheit eingeleitet hat.<sup>18</sup> Es ist dringend notwendig, diese Vernetzung der Zivilgesellschaften noch weiter zu verbreiten und zu vertiefen.

*Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 21. September 2016 an der Uni Bochum gehalten hat.*

## Anmerkungen

- 1 Kishi hatte sich ursprünglich als ultranationalistischer Beamter im Handels- und Industrieministerium ausgezeichnet. Von 1936 bis 1939 war er wesentlich zuständig für die Kolonialherrschaft im japanischen Marionettenstaat „Mandschukuo“. Als Japan im Dezember 1941 den Krieg gegen die USA und Großbritannien begann, trieb er als Handels- und Industrieminister die totale Mobilisierung, die Aufrüstung und die Etablierung der „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ voran. Obwohl er im September 1945 als Kriegsverbrecher verhaftet wurde, wurde er dank des Wandels der Besatzungspolitik der USA im Dezember 1948 auf freien Fuß gesetzt. 1960 setzte Kishi als Ministerpräsident die Vertiefung des Militärbündnisses mit den USA gewaltsam durch. Übrigens, Abe spricht kaum von seinem väterseitigen Großvater Kan Abe, der als Parlamentsabgeordneter seine kritische Haltung zum Militarismus behielt.
- 2 Der Begriff „Trostfrauen“ bezeichnet Mädchen und Frauen, die für die japanischen Kriegsbordelle zwangsprostituiert wurden. Das erste Kriegsbordell beim japanischen Militär wurde Anfang 1932 in Shanghai gegründet. Besonders seit dem Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg ab 1937 wurden derartige Häuser immer mehr gebaut. Die Zahl der Sex-Sklavinnen beträgt schätzungsweise zwischen mehreren Tausend und 200.000. Sie wurden meistens aus Korea entführt. In China und Südostasien wurden viele Frauen „vor Ort“ gezwungen, als „Trostfrauen“ den japanischen Soldaten zu dienen.

- 3 Remarks by President Obama and Prime Minister Abe of Japan at Hiroshima Peace Memorial, 27.05.2016. Für alle englischen Originalzitate siehe [IMI-Analyse](#) 2016/40.
- 4 Offizielle englische Übersetzung: Remarks by Prime Minister Abe during the visit to Hiroshima with President Obama of the United States, 27.05.2016
- 5 G7 summit: Obama makes historic visit to Hiroshima – as it happened, [The Guardian](#), 27.05.2016.
- 6 Japan's Leader Has Little Use for Hiroshima's Lessons of Pacifism, [New York Times](#), 26.05.2016.
- 7 Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es dem herrschenden Kreis Japans gelungen, den Mythos zu verbreiten, Hirohito habe mit seiner „heiligen Entscheidung“ den Krieg beendet. Als er am 7. Dezember 1947 zum ersten Mal nach dem Krieg Hiroshima besuchte, wurde er von fünfzigtausend Bürgern mit voller Begeisterung empfangen.
- 8 Eiichi Kido, Japan auf dem Weg zur Wiederbelebung des Militarismus, in: AUSDRUCK, 5/2014. Derselbe, Japan - 70 Jahre nach Kriegsende. Erinnerungskultur - Pazifismus-Gebot - Remilitarisierung?, in: AUSDRUCK, 5/2015.
- 9 Der Artikel ist die Basis der pazifistischen Verfassung Japans und lautet: „§9.1 In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. §9.2 Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegführung wird nicht anerkannt.“
- 10 Vgl. Japans fügsame Fernsehmanager, in: FAZ vom 20.04.2016.
- 11 Der Yasukuni-Jinja-Schrein war und ist der geistige Hort des japanischen Militarismus. Vor 1945 waren dafür das Heeres- und das Marineministerium zuständig, während für andere religiöse Einrichtungen das Innenministerium zuständig war. 2006 sagte Inada selber, der Yasukuni sei kein Ort zu schwören, keinen Krieg mehr zu führen, sondern in einer Notsituation des Vaterlandes den „Heldenseelen“ (Kriegsgefallenen) zu folgen.
- 12 Erster Kampfeinsatz für Japans Militär, [Spiegel Online](#), 15.11.2016.
- 13 Der Militarisierungshelfer, [German-Foreign-Policy.com](#), 18.11.2016
- 14 Außerdem hat dieses Bündnis die Wahl zum Gouverneur von Kagoshima gewonnen, die am gleichen Tag stattfand. Dort befindet sich das AKW Sendai, das die Abe-Ministration im August 2015 wieder betreiben ließ. Am 16. Oktober 2016 hat das Bündnis die Wahl zum Gouverneur von Niigata gewonnen. Dort hat Tepco das AKW Kashiwazaki-Kariwa. Obwohl die Demokratische Partei, zu der der Kandidat des Bündnisses eigentlich gehört hatte, während des Wahlkampfes in Rücksichtnahme auf die Gewerkschaft des Stromkonzerns nicht besonders fleißig war, ist es ihm gelungen, die politische Stimme gegen die Wiederbetreibung zu mobilisieren.
- 15 Der Mukden-Zwischenfall, ein Sprengstoff-Anschlag auf eine Eisenbahnlinie in der Mandschurei, bildete den Auftakt der japanischen Expansion nach China im Zweiten Weltkrieg.
- 16 <http://www.eaci.or.jp/> Die englische Seite ist noch in Vorbereitung.
- 17 'Tokyo Agenda' Towards Creation of a Regional Mechanism for Peace, Adopted at the United Nations University, [Tokyo](#), 02.02.2005.
- 18 Working Together for Peace, [GPPAC](#), Annual Report 2015.

# Kein Frieden mit der Europäischen Union

## Bericht vom 20. Kongress der Informationsstelle Militarisierung

*Vom 18. bis zum 20. November 2016 lud die Informationsstelle Militarisierung (IMI) zu ihrem inzwischen zwanzigsten jährlichen Kongress nach Tübingen ein. Insgesamt nahmen über 150 Interessierte an dem Kongress mit dem Titel „Kein Frieden mit der Europäischen Union“ teil, der sich intensiv mit verschiedensten Aspekten der EU-Außen- und Militärpolitik beschäftigte. Einigkeit bestand dabei vor allem in drei Dingen, die gleichzeitig auch wesentliche Schlussfolgerungen des Kongresses darstellen: Erstens, dass sich der bevorstehende britische Austritt aus der EU in Kombination mit der Wahl Donald Trumps als Brandbeschleuniger auswirken werden, da beide Ereignisse genutzt werden sollen, um die Militarisierung der Europäischen Union und ihr Aufstieg zu einer „Supermacht“ in bislang ungekanntem Ausmaß voranzutreiben. Zweitens, dass eine grundsätzliche EU-Kritik auch nicht davor halt machen darf, die Organisation selbst in Frage zu stellen. Und schließlich drittens, dass alle wesentlichen linken alternativen Europakonzeptionen daran kranken, auf dem „Militärauge“ blind zu sein. Die Aufgabe der Friedens- und Antikriegsbewegung besteht deshalb unmittelbar auch darin, diese Lücke zu schließen und antimilitaristische Fragen aktiv in die linke EU-Debatte hineinzutragen.*

Der Auftakt des IMI-Kongress am Freitagabend startete in bester Tradition im Wohnprojekt Schellingstraße, einer ehemaligen Kaserne, in entspannter Atmosphäre. Bei gemeinsamem Essen lud dies zu Diskussionen als Einstimmung auf die kommenden zwei Tage ein. Begleitet wurde der erste Abend von einem zumeist nicht ganz so ernst gemeinten Programm, das aber neben einigen scharfen Seitenhieben auch nachdenkliche Momente mit sich brachte: Ein Zusammenschritt mit zahllosen prominenten politischen Stimmen aus dem Off zur Rolle der EU nach der Wahl von Trump zeigte gleich zu Beginn, zu welchem neuen Militarisierungsschub dieses politische Ereignis instrumentalisiert werden soll. Christoph Marischka führte dann in das Programm ein. Im Anschluss ging es amüsanter und beschaulicher mit einem Vortrag zur Ideologie Europas „auf Postwertzeichen unter besonderer Berücksichtigung der Michelnummer 2113“ durch Thomas Mickan weiter. Anhand einer bestimmten Europabriefmarke zeichnete er dabei die Idee Europas nach und wie diese ganz unterschiedlich verstanden werden kann. Vera Lebedeva offerierte dem Publikum einen differenzierten Blick von Russland auf die EU, und den krönenden Abschluss lieferte ein musikalisches Duett über die „normative Macht Europa“.

### EUropa und die Neusortierung der Welt

Am Samstag startete der Kongress mit dem Panel „EUropa und die Neusortierung der Welt“, wobei der erste Beitrag von Erhard Crome die Auswirkungen der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten auf die internationale Politik und das künftige transatlantische Verhältnis in den Blick nahm. Mit dessen Wahl werde deutlich, dass drei, viele Jahre prägende

Tendenzen in den internationalen Beziehungen ihrem Ende zugehen: Erstens werde durch die zunehmende Verlagerung des weltwirtschaftlichen Zentrums nach Ostasien die lang anhaltende Vorherrschaft des Westens zu einem Ende kommen. Zweitens habe sich der spätes-

tens seit der Zeit Reagans und Thatchers Anfang der 1980er Jahre dominierende Neoliberalismus weitgehend diskreditiert: „Nichts von dem, was versprochen wurde, hat sich für die abhängig Beschäftigten und die Armen erfüllt“, so Cromes Urteil. Und drittens sei davon auszugehen, dass auch die Phase der unilateralen US-Machtentfaltung, die im „Krieg gegen den Terror“ ihren unrühmlichen Höhepunkt fand, vorbei sei. „Die Kriege, die dieser Spätimperialismus geführt hat, haben nichts als zerstörte Städte und Länder hinterlassen.“ Unter dem Vorbehalt, dass sehr vieles noch nicht sicher zu bewerten sei, formulierte Crome anschließend folgende wahrscheinliche Richtungen für eine Trump'sche Außen- und Militärpolitik: Auf der einen Seite bestehe erstens offenbar die Chance auf eine Entspannung mit Russland; und zweitens gäben Trumps wiederholte Verweise, der Menschenrechtsimperialismus vergangener Jahre sei ein Irrweg gewesen, Anlass zur Hoffnung auf einen Kurswechsel. Auf der anderen Seite sei in der Israel-Politik, angesichts des Vorhabens, den US-Militärapparat weiter massiv ausbauen zu wollen, mit neuen Verschärfungen zu rechnen. Ebenso problematisch seien die Ankündigungen, einen Wirtschaftskrieg gegen China zu führen. „Vieles wird anders, aber es wird deshalb nicht notgedrungen besser“, so Cromes abschließendes Fazit. Dies gelte insbesondere auch, weil sich in Deutschland und in der Europäischen Union unter Verweis auf Trump das Bestreben verstärke, den eigenen Militärapparat massiv auszubauen.

An dieser Stelle setzte auch der zweite Beitrag von Jürgen Wagner, geschäftsführendes IMI-Vorstandsmitglied, an. Er beschäftigte sich mit der „EU-Globalstrategie nach dem Brexit“, indem er zunächst auf Aussagen, wie u.a. der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini einging, nun, nach der Wahl Donald Trumps, bleibe der EU überhaupt nichts anderes mehr übrig, als massiv aufzurüsten und sich zu einer „Supermacht“ aufzuschwingen. Wagner verwies hier allerdings darauf, dass diese Pläne keineswegs neu seien, bislang aber am umfassenden Aufbau militärischer Kapazitäten gescheitert wären. Nun sei aber eine neue Situation eingetreten, so Wagner: „Der 2014 eingeleitete Schwenk Deutschlands zu einer militaristischen Weltmachtspolitik sorgt in Kombination mit der Eskalation im Verhältnis zu Russland für einen enormen Militarisierungsschub. Hinzu kommt nun auch noch der britische Austritt aus der EU und die Wahl Donald Trumps, die diesen Prozess noch einmal massiv beschleunigen dürften.“ Als Grund nannte Wagner die Tatsache, dass Großbritannien bislang nahezu jede Initiative zum Ausbau des EU-Militärapparates behindert habe, hierzu aber künftig nicht mehr in der Lage sein werde. Vor diesem Hintergrund sei unmittelbar nach dem britischen Referendum am 23. Juni 2016 eine neue EU-Globalstrategie verabschiedet worden, in der es heißt, die EU benötige „militärische Spitzenfähigkeiten“, weshalb ihr demzufolge „das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss.“ Unmittelbar im Anschluss daran hätten Deutschland und Frankreich

eine Reihe von Papieren veröffentlicht, die auf die Umsetzung langjähriger, aber bislang von Großbritannien behinderter Militarisierungsschritte abzielten. „Durch die Wahl Trumps erhalten diese Pläne zusätzlichen Rückenwind, sodass die Chancen für einen massiven Ausbau des EU-Militärapparates aktuell so ‚günstig‘ stehen, wie noch nie“, so Wagner.

### Chaos und Krieg im „Nachbarschaftsraum“

Das zweite Panel „Chaos und Krieg im ‚Nachbarschaftsraum‘“ wurde von Claudia Haydt, IMI-Vorständin, eröffnet. Haydt sprach über die Strategie der EU in Osteuropa, die Russland als militärischen Aggressor gegen europäische Expansionspolitik sehe und daher die Sicherung ihrer östlichen Außengrenzen vorantreibe. Ein wenig beachtetes Beispiel der europäischen Eskalationspolitik sei dabei die Entwicklung in der Republik Moldau. 1990 habe sich Transnistrien, der östliche Teil des Landes, abgespalten und stehe seither politisch sowie militärisch unter russischer Kontrolle, während der Westen einen EU-Beitritt angestrebt habe. Das arme Auswanderungsland sei für die EU vor allem zur Sicherung der Außengrenzen nützlich – eine Taktik, die sich seit 2005 in einer militärischen EU-Grenzsicherungsmission (EUBAM) manifestiere, so Haydt. Dabei sei es das Ziel der EU-Politik gewesen, die Bürger\_innen der Republik Moldau zu einem Teil der Konfrontation mit Russland zu machen, ohne ihnen jedoch die Einreise in die EU zu ermöglichen. Und auch die neuesten EU-Verträge brächten den Moldawier\_innen nur wenig Erleichterung: Das 2014 implementierte Assoziierungsabkommen sichere den moldawischen Bürger\_innen inzwischen zwar eine Visumsfreiheit für die Europäische Union zu, doch eine Arbeiterlaubnis bedeute dies selbstverständlich noch nicht; die meisten Migrierenden würden daher weiter illegalisiert. Diese Ungerechtigkeit habe seit zwei Jahren, so Haydt weiter, zu anhaltenden Protesten aus der Zivilbevölkerung gegen die korrupte Führung im eigenen Land und gegen die ungerechte EU-Politik geführt. Während Russland inzwischen die wesentlichen Handelsbeziehungen zur Republik gekappt habe, versuche die EU das Land immer weiter in das europäische Militärbündnis – nicht aber in das Wirtschaftsbündnis – zu integrieren: Es werde eine „Konvergenz im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik“ angestrebt. So sei die Republik Moldau bereits an der EU-Militärmission in Mali und am NATO-Einsatz in Afghanistan beteiligt. „Die kleine moldawische Armee“ solle damit „immer näher an die NATO und an die EU herangeführt“ werden, so Haydt. Dass diese Entwicklungen bei den Bürger\_innen weiter für Unmut sorgten, zeige auch die jüngste Präsidentschaftswahl im November: Der neue Präsident Igor Dodon stehe gegen eine enge EU-Bindung und für einen Eintritt in die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft. Zum ersten Mal hätte dabei auch eine größere Anzahl von Menschen aus Transnistrien gewählt, obwohl sich alle Wahllokale in der westlichen Republik Moldawien befänden. Aus dem Protest der Moldawier\_innen gegen die von der EU angestoßene Militarisation und

durch das bisher unentschiedene Ringen rivalisierender Kräfte im Land entstehe laut Haydt ein ziviler Raum, von dem sie hoffe, dass er genutzt werde.

Anschließend stellte Christoph Marischka, IMI-Vorstand, die Eskalation in Mali zugespitzt als Folge der sich herausbildenden gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU dar. In deren Sicherheitsstrategie von 2003 sei global schwache Staatlichkeit als Bedrohung Europas definiert worden, wobei darunter v.a. die mangelnde Kontrolle peripherer Räume und Grenzgebiete verstanden wurde. Damit sei absehbar gewesen, dass die Sahel-Region in den Fokus der Europäischen Außenpolitik gerät, da die dortigen Staaten mit einem Vielfachen der Fläche und einem Bruchteil der Bevölkerung, mit spärlicher Infrastruktur und geringen Staatseinnahmen keine etwa mit Deutschland vergleichbare repressive Präsenz des Staates in der Fläche gewährleisten könnten. Die EU-Sicherheitsstrategie sei zugleich von einem Nexus zwischen Sicherheit und Entwicklung geprägt, der darauf hinauslaufe, „Staatlichkeit“ durch den Aufbau von Polizei- und Militärkräften zu „entwickeln“. Im Ergebnis sei die Region, die heute geopolitisch als „Sahel“ definiert wird, umfassend aufgerüstet und militarisiert worden, wobei die westlichen Staaten mit Ausbildungsmissionen, Programmen wie der Pan-Sahel-Initiative (USA) und dem Stabilitätsinstrument (EU) zugleich untereinander um Einflusszonen konkurriert hätten. 2010 hätte die EU eine Initiative zur verstärkten Präsenz des malischen Staates im Norden finanziert und zugleich den „Europäischen Auswärtigen Dienst“ aufgestellt, der 2011 als erste Regionalstrategie seine Sahel-Strategie entwickelte. Der Libyenkrieg und weitere Regimewechsel in der Region (Côte d’Ivoire, Südsudan) hätten daraufhin die Lage vollends destabilisiert und zum Ausbruch des Krieges in Mali geführt. Dort arbeite Frankreich mittlerweile eng mit secessionistischen Tuareg zusammen, die zugleich die Rückkehr malischer Truppen in den Norden verhindern wollen. Diesen vorzubereiten und die malischen Truppen aufzubauen, sei jedoch erklärtes Ziel der etwa eintausend deutschen Soldat\_innen, die dort in ihrem gegenwärtig wahrscheinlich gefährlichsten Einsatz stationiert seien. „Die Sahel-Region ist damit ein Beispiel dafür, wie wieder innerimperialistische Konflikte im globalen Süden innerhalb vermeintlicher Bündnisse und Allianzen als internationalisierte Bürgerkriege ausgefochten werden“, so Marischka.



Fordert inzwischen ganz offen eine „Supermacht Europa“: Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Quelle: EU 2016/Moussa Sow

## Union in Uniform: Strukturen des Krieges

Unter dem Titel „Union in Uniform: Strukturen des Krieges“ warf Tobias Pflüger, IMI-Vorstand und ehemaliger EU-Parlamentarier, einen Blick auf die „politischen Voraussetzungen der Militärmacht EUropa“. Die zentrale Rechtsgrundlage sei der seit 2009 geltende Vertrag von Lissabon (EUV) und seine Artikel 42 bis 46, in denen sich die wesentlichen Bestimmungen zur EU-Militärpolitik finden ließen. Artikel 42 enthalte etwa die sog. „Beistandsklausel“, eine Art Beistandspflicht, die sogar härter als die der NATO formuliert sei. „Die EU ist damit auch ein Militärbündnis und das wird mit dem Vertrag von Lissabon festgeschrieben“, so Pflüger. In Artikel 43 würden als mögliche Einsatzszenarien u.a. „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen“, „Kampfeinsätze“ und „Operationen zur Stabilisierung der Lage“ sowie „die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ genannt. Artikel 43 lege fest, dass die Entscheidung über den Beginn eines EU-Einsatzes beim Rat der Staats- und Regierungschefs liege. Eine zentrale Rolle spiele hierbei dann noch das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee“, in dem die Botschafter\_innen der Mitgliedstaaten säßen. Weitere wichtige Institutionen seien in diesem Zusammenhang vor allem der EU-Militärausschuss und der Militärstab. Durch Artikel 44 (und 46) werde es mit der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) möglich, dass Teile der EU-Militärpolitik auf einzelne Mitgliedstaaten übertragen werden könnten und der Rest dann außen vor bleibe. „Dieses im Vertrag angelegte militärische Kerneuropa ist zentral“, so Pflüger. Neben der Koordination der EU-Rüstungsprojekte habe die in Artikel 45 zu findende EU-Verteidigungsagentur die wesentliche Rolle, die militärischen Aufrüstungsbemühungen der Mitgliedstaaten zu bewerten, wovon das „Recht“ zur Teilnahme an einer SSZ abhängt. Der „Europäische Auswärtige Dienst“, dessen Gründung ebenfalls im Lissabon-Vertrag angelegt war, sei dabei das „Durchführungsinstrument“, vereinige er doch die militärischen, geheimdienstlichen, außenpolitischen und entwicklungspolitischen EU-Elemente in sich. Wesentlich sei bei all dem, dass weder das EU-Parlament noch der Europäische Gerichtshof realen Einfluss auf die EU-Militärpolitik hätten, was Pflüger zu dem abschließenden Fazit veranlasste: „Das alles ist auf den ersten Blick extrem kompliziert gemacht, aber eigentlich dann auch recht einfach: Es wird alles so organisiert, dass die EU-Militärpolitik möglichst parlamentsfern und öffentlichkeitsfern ihren Lauf nehmen kann.“

Im Anschluss daran beschrieb Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, die wichtigsten „Komponenten des EU-Militärapparates“. Geleitet würden EU-Einsätze mit bis 2.000 Soldat\_innen durch ein seit 2007 existierendes Operationszentrum. Aktuell wieder heiß diskutierte Pläne für ein voll ausgestattetes Hauptquartier seien bislang gescheitert, sodass bei größeren Einsätzen auf nationale Kapazitäten zurückgegriffen werden müsse. 1999 sei die Grundsatzentscheidung zum Aufbau einer Schnellen EU-Eingreiftruppe im Umfang von 80.000 Soldat\_innen gefallen. Ziel sei es gewesen, diese Truppe innerhalb von 60 Tagen zum Einsatz zu bringen und sie aus einem Pool von 100.000 Soldat\_innen, zu dem Deutschland ein Drittel beitragen sollte, zusammenzustellen. Nachdem die Umsetzung dieses Ziels Probleme bereitet habe, sei das Konzept der seit 2007 einsatzbereiten Battlegroups entworfen worden, die aus zwei zwischen 1.500 bis 3.000 Soldat\_innen bestehenden Einheiten zusammengesetzt werden. Wichtige Einheiten seien das in Straßburg

ansässige Eurokorps, dem auch die Deutsch-Französische Brigade angehöre. Weiter spiele das 1. Deutsch-Niederländische Korps mit Sitz in Münster eine wichtige Rolle. Im Bereich der Aufklärung sei vor allem das EU-Satellitenzentrum in Torrejón von Bedeutung und für die Logistik das europäische Lufttransportkommando. Seit 2003 führe die EU Einsätze im Rahmen der sog. „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) durch. Aktuell fänden zehn „zivile“ EU-Einsätze statt, die zum Teil die sechs laufenden EU-Militäroperationen flankieren würden. Diese sechs Einsätze fänden in Bosnien-Herzegowina (Althea), in Mali (EUTM Mali), in Somalia (EUTM SOM), am Horn von Afrika (ATALANTA), im Mittelmeer (Sophia) und in der Zentralafrikanischen Republik (EUTM RCA) statt. So problematisch der bisherige Umfang der EU-Militarisierung auch sei, verwies Henken aber auch darauf, dass hier mit einiger Sicherheit noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sei. In den EU-Operationen würden aktuell „nur“ 3.500 Soldat\_innen eingesetzt, während die Mitgliedsländer insgesamt über 1,5 Mio. Soldat\_innen verfügen würden. Ähnlich verhalte es sich bei den Überwasserkampfschiffen, bei denen neun von insgesamt 130 im Einsatz seien. „Will sagen: Da ist noch viel Platz nach oben. Und wenn nichts gegen die Militarisierung der EU unternommen wird, wird er genutzt werden“, so Henkens abschließender Appell.

## EUropa unter Waffen: Rüstungsprojekte und Rüstungshaushalte

Im Auftaktbeitrag zum Panel „EUropa unter Waffen“ beschrieb Andreas Seifert, IMI-Vorstand, die Versuche, auf europäischer Ebene eine Rüstungsindustrie zu etablieren und betonte dabei die Grundvoraussetzungen der Existenz der Industrie auf nationaler Ebene. Er benannte mit OCCAR, EDIR und der European Defence Agency die derzeitigen Bemühungen, mit überstaatlichen Organisationen Fusionen anzuregen und den Rüstungsmarkt in EUropa zu strukturieren. Allerdings täten sich Staaten, die ihre nationale Rüstungsindustrie und ihre nationale wehrtechnische Basis als Grundbedingungen ihrer Handlungsfähigkeit begreifen würden, dabei schwer, diese Kapazitäten und Kompetenzen abzutreten. Das Beispiel der Fusion von Nexter und Kraus-Maffei-Wegmann wurde herangezogen, um genau diese „Vorbehalte“ zu illustrieren und deutlich zu machen, dass das oftmals mit Pathos vorgetragene Bekenntnis zu EUropa zur Hülle wird und sich vor allem aus Sicht der Staaten mit nennenswerter Rüstungsindustrie auf jene Staaten beziehen sollte, die sich den Luxus eigener Kapazitäten nicht leisten können. An der neuen Firma KNDS (KMW+Nexter Defense Systems) würde zudem deutlich werden, dass die gefundene Lösung in erster Linie die politischen Vorbehalte der Politik abbilde. „Fusionen dieser Art“, so schloss Seifert ab, „haben den Anschein, als ob es bei ihnen in erster Linie darum geht, ggf. strengere Exportbestimmungen in einem der Länder zu umgehen und damit zu einem höheren Umsatz beizutragen.“

„Ein Eurochampion wurde durch die europäischen Staaten, insbesondere durch Deutschland und Frankreich, in den letzten Jahrzehnten auf dem Feld der Luft- und Raumfahrt etabliert“, so Roman Christof in seinem Vortrag zum Airbus-Konzern und dem Großprojekt A400M. Airbus als erster europäischer Rüstungskonzern müsste dabei im Kontext der Kooperation mitwirkender Nationalstaaten verstanden werden, bei gleichzeitig weiterbestehender Konkurrenz. Mit dem Auftrag der Regierungen an die einzelnen nationalen Luft- und Raumfahrt-

unternehmen und der Schaffung zwischenstaatlicher Rahmenbedingung für deren wirtschaftlichen Verkehr untereinander sei erst der Grundstein für Airbus gelegt worden. Durch diesen Konzern sollte „ein auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Rüstungskonzern geschaffen werden, der den beteiligten Staaten mit Rüstungsgütern die gewünschten wehrtechnischen Fähigkeiten bereitstellen kann“, so der Referent weiter. Ob dies mit Produkten wie dem A400M wirklich erreicht wurde, bleibe fraglich. Angesichts des Großprojekts, bei dem die Risse nicht nur durch den Rumpf des militärischen Transportflugzeuges gehen, sondern genauso durch die veranschlagten Kosten (Preissteigerung von mehr als 1,4 Milliarden Euro) und den Liefertermin (Verzögerung von mehr als 110 Monate), stelle sich zwar die Frage der Wirtschaftlichkeit solcher Großprojekte, es mache aber genauso aufgrund des Festhaltens an diesen, die staatlichen Interessen deutlich. Die Unabhängigkeit im Bereich der Rüstungsindustrie von außereuropäischen Staaten stehe scheinbar an erster Stelle. Es gehe um die Lieferung militärischen Geräts, das für eine Nation wie Deutschland und die Bestrebungen einer zunehmenden Militarisierung der EU von höchster Bedeutung sei. Ein großräumiges und schnell einsetzbares Transportflugzeug sei die Voraussetzung für flexible Operationen in jedem Winkel der Erde und „damit dem neuerlich unterstrichenen Weltmachtanspruch der EU“. Damit leiste der Airbus-Konzern mit seiner Sparte Defence and Space einen wichtigen Beitrag für die europäische Staatenkonkurrenz und ihre Kriege.

In dem dritten Beitrag des Panels beschäftigte sich Marius Pletsch mit den Plänen mehrerer EU-Mitgliedstaaten für die Produktion einer Drohne. Zunächst ging er jedoch auf das nationale Vorhaben ein, israelische Heron-TP Drohnen für mindestens 580 Mio. € über den Hauptauftragsnehmer Airbus DS Airborne Solutions zu leasen. Bevor es zum Vertragsabschluss komme, der für das Frühjahr 2017 geplant sei, werde noch ein laufender Gerichtsprozess vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf abgewartet. Der US-Amerikanische Konkurrent General Atomics, Hersteller der Drohnen Predator (Raubtier) und Reaper (Sensemann), hätte gegen die Vergabeentscheidung geklagt. Die Entscheidung für die Heron Drohne solle auch ein Schub für die sogenannte „Europäische Drohne“ sein, da die israelische Herstellerfirma Israel Aerospace Industries (IAI) freigiebiger mit Dokumenten sei und es so zum „Aufbau realen industriellen Know-hows bei europäischen Unternehmen“ komme, wie es die Bundesregierung formuliert habe. Die Eurodrohne solle bereits 2025 einsatzbereit sein. An ihrer Entwicklung seien Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien beteiligt, wobei Deutschland die „Führungsrolle“ übernehme und bei der Definitionsstudie, die insgesamt 60 Mio. € kosten solle, 18,6 Mio. € (31 % der Gesamtsumme) bezahlen würde. Die drei übrigen teilnehmenden Staaten würden sich mit je 13,8 Mio. € (je 23 %) beteiligen. Die Koordination des Projektes würde von OCCAR übernommen, eben jene Organisation, auf die bereits Seifert eingegangen war. Das Geschäft mit Drohnen würde in den nächsten Jahren weiterwachsen, wobei der militärische Markt weiterhin der dominantere bleiben werde. „Das Geschäft mit den Drohnen selbst macht dabei lediglich einen kleinen Teil aus, nicht darin enthalten sind die Sensoren, solche zur Signalerfassung oder hochempfindliche Kameras, sowie die Infrastruktur, die für den Betrieb der Drohnen nötig sei, wie z.B. Satellitenverbindungen zur Kommunikation oder Kryptomodule, um die Datenströme zu verschlüsseln“, so Pletsch. Damit Drohnen in Zukunft auch im Luftraum der EU-Staaten fliegen können, würden EU-Institu-

tionen günstige Bedingungen schaffen, so forsche die Europäische Verteidigungsagentur an Sense-and-Avoid Systemen, die für eine Zulassung nötig seien.

Abschließend argumentierte Jürgen Wagner anhand der europäischen „Schattenhaushalte und Kriegskassen“, dass aktuell auf verschiedenen Wegen versucht würde, massiv EU-Gelder für den Ausbau des EU-Militärapparates loszueisen. Ohnehin seien die nationalen Militärausgaben der EU-Staaten von 193 Mrd. Euro (2005) auf 200 Mrd. Euro (2015) gestiegen. Im Falle Deutschlands sei dies noch ausgeprägter: Der Haushalt sei von 27,6 Mrd. Euro (2006) auf aktuell 34,2 Mrd. (2016) angewachsen und solle bis 2020 noch einmal auf 39,2 Mrd. angehoben werden. Daneben werde versucht, EU-Gelder zu akquirieren und das, obwohl Artikel 41(2) des EU-Vertrags es eigentlich verbiete, „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ aus dem EU-Haushalt zu bestreiten. Dieses Verbot solle aktuell durch die geplante Einrichtung eines Rüstungsforschungshaushaltes unterlaufen werden. „Diese Entwicklung ist von enormer Tragweite“, so Wagner. „Gelingt die Einrichtung eines Rüstungsforschungshaushaltes, so wird dies Vorbildcharakter für weitere Bereiche haben. Dann dürfte künftig der umfassenden Verwendung von EU-Haushaltsgeldern zur Finanzierung eines EU-Militärapparates wenig mehr im Wege stehen.“

## Migrationsbekämpfung: Die inneren und äußeren Grenzen Europas

IMI-Beirätin Jacqueline Andres referierte im ersten Panel am Sonntag über die aktuellen Entwicklungen entlang der vorgelagerten, äußeren und inneren Grenzen der EU. Offiziell versuche die EU mit mittlerweile drei Militärmissionen das seit Jahrzehnten andauernde Sterben von Migrant\_innen an der unsichtbaren Außengrenze im Mittelmeer durch die Bekämpfung von Schmuggler\_innennetzwerken einzudämmen, doch tatsächlich werde die Überfahrt dadurch gefährlicher. Entgegen den offiziellen Aussagen der EU, bestehe kein politischer Wille, sich für die Sicherheit von Migrant\_innen einzusetzen. Zu beobachten sei in allen drei Operationen (EUNAVFOR MED, NATO-Ägäis-Einsatz, Sea Guardian), an denen die Bundesregierung zum Teil federführend beteiligt sei, die Instrumentalisierung der Schmuggler\_innenbekämpfung, welche den beteiligten Staaten das Anrecht auf eine zumindest potenziell langjährige Militärpräsenz im Mittelmeer ermögliche, wodurch unter einem humanitären Deckmantel geopolitische und wirtschaftliche Interessen militärisch gesichert würden. Die Grenzvorderverlagerung schreite kontinuierlich voran und habe einen bedeutsamen Schub durch den Rabat- und die Khartoum-Prozesse erhalten, welche jeweils in West- und Ostafrika umgesetzt würden. Auch in dem von der EU-Kommission im September 2016 verabschiedeten neuen Partnerschaftsabkommen sei das Ziel die schärfere Einreise-eindämmung von illegalisierten Migrant\_innen in den Transit- und Herkunftsländern durch verstärkte Ausbildung und Ausstattung lokaler Sicherheitsapparate und die Erhöhung der Abschiebequote durch neue Rückführungsabkommen mit Herkunftsstaaten. Innerhalb der letzten zwei Jahre wurden im Schengenraum zahlreiche Grenzkontrollen wieder eingeführt und bzw. oder Grenzzäune errichtet. In Griechenland, Frankreich und Italien seien ähnliche Entwicklungen zu sehen: Die wiederholten Räumungen selbsterrichteter Camps zeigten, dass die jeweiligen politischen Entscheidungsträger\_innen jegliche Form der Selbstorganisation verhindern wollten und gleich-

zeitig Solidarität zunehmend diffamiert werde. Die an den Grenzen blockierten Migrant\_innen würden dazu in allen drei Fällen auf landesweit verstreute Aufnahmezentren aufgeteilt, wodurch sie einerseits weniger sichtbar würden und andererseits auch eine Selbstorganisation erschwert werde. Anschließend sprach Jacqueline Andres an, was die Friedensbewegung leisten sollte, um diesem Prozess der stetigen Militarisierung des EU-Grenzregimes entgegenzuwirken: „Ein Vorschlag ist es, die Profiteure der Technologisierung und Militarisierung des Grenzregimes zu lokalisieren, um sie als sichtbare Orte des potenziellen Protests zu etablieren.“

### **Entzivilisierung: Die Innenräume der Militarisierung**

Das zweite Panel am Sonntag „Entzivilisierung: Die Innenräume der Militarisierung“ behandelte drei Aspekte der EU-Militarisierung ziviler Räume. Den Anfang machte Martin Kirsch, der über die Militarisierung der EU-Polizeien mit Fokus auf die Entwicklung in Deutschland sprach. Seit dem Attentat auf die Redaktion von Charlie Hebdo Anfang 2015 sei es, so Kirsch, das selbsterklärte Ziel der deutschen Polizei „Waffengleichheit“ im Kampf gegen den Terrorismus zu erlangen – ein Wettüben mit Terrorist\_innen also. Dieser Anspruch führe zu einer erheblichen Aufstockung der Spezialeinheiten, wie beispielsweise der BFE+-Einheit der Bundespolizei, die nach einer Ausbildung durch die GSG 9-Einheit mit militärischer Bewaffnung und Radpanzern ausgerüstet werden solle. Zum anderen würden auch die Dienstwagen der Streifenpolizei mit einem „Anti-Terror-Paket“ bestückt. Eine solche Aufrüstung, so Kirsch, führe zu einer zunehmenden Distanzierung der Polizei von den Bürger\_innen. Die Ordnungsmacht wirke damit zunehmend einschüchternd und eskalierend. Die Militarisierung der deutschen Polizei stehe laut Kirsch den Bestrebungen gegenüber, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen – so ergebe sich ein Kompetenzgerangel zwischen Militär und Polizei. Auf kurze Sicht solle hierbei allerdings eine Einigung stattfinden, für Februar 2017 sei bereits eine gemeinsame Anti-Terror-Großübung geplant. Im europäischen Kontext seien die Spezialeinheiten der Polizeien im Atlas-Verbund organisiert, dem die EU-Staaten, Norwegen sowie die Schweiz angehörten und der von EU-Geldern finanziert werde. Für die Einsetzbarkeit der Spezialeinheiten innerhalb der EU Sorge die Solidaritätsklausel des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, die einzelnen Staaten in Bedrohungslagen wie Terroranschlägen die Hilfe mit allen verfügbaren Mitteln der anderen Mitgliedstaaten zusichere.

Im zweiten Beitrag sprach Thomas Gruber über die Positionierung der Europäischen Union im Cyberraum. Während der Cyberraum im Rahmen des Internets oder privaten Kommunikationsnetzen ein vorwiegend zivil genutzter Raum sei, versuchten militärische Akteur\_innen seit einigen Jahren ihre Position im Cyberraum zu stärken. Die Bundeswehr habe den virtuellen Raum neben Land, Luft, Wasser und All zum fünften Schlachtfeld erklärt und baue inzwischen einen eigenen Organisationsbereich zum Cyber- und Informationsraum auf, so Gruber. Auch Militärbündnisse wie die NATO rüsteten ihre Cyberwaffen und -kapazitäten immer weiter auf. Die EU habe sich laut Gruber dagegen auf einige administrative Aufgaben im Cyberkrieg zurückgezogen: Erstens sollten Mitgliedstaaten in Abkommen wie dem „Cyber Defence Policy Framework“ zur Aufrüstung verpflichtet werden. Zweitens solle die EU durch vertragliche Vereinbarungen wie die Solidaritätsklausel

einen fruchtbaren Boden für militärische Aktionen als Antwort auf nicht-militärische Cyberangriffe bieten. Drittens solle die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen der IT-Sicherheitsbranche durch „Private Public Partnerships“ (PPPs) gefördert und ihnen damit lukrative Aufträge zugeschanzt werden. Viertens würde die EU anhand plakativer Manöver zur Cyberkriegsführung wie der „Multi Layer“ Trainingsmission oder der Übung „Cyber Europe“ zur Bedrohungshaltung der EU gegen die Nachbarstaaten im Osten beitragen.

Der dritte Beitrag von Christopher Schwitanski behandelte die Haltung und Arbeitsweise der EU zur „Strategischen Kommunikation“ (StratCom). Die Strategische Kommunikation, so Schwitanski, ließe sich im klassischen Sinne wohl passender als „Propaganda“ bezeichnen, in den militärischen und staatlichen Publikationen habe sich aber der Euphemismus durchgesetzt. Das Ziel der StratCom sei im militärischen Kontext meist, der Feindpropaganda entgegenzuwirken – in Militärsprache der Umgang mit „Desinformationskampagnen“ – und dabei Netzwerke mit der Zivilgesellschaft des Einsatzlandes und umfassende Pressekontakte aufzubauen. Gerade die NATO sei hierbei mit einem eigenen Kompetenzzentrum und passenden Konferenzen Vorreiterin. Seit kurzem sei allerdings auch die EU in ihren Bemühungen zur Strategischen Kommunikation sehr aktiv, so Schwitanski. Inzwischen existiere das „Syria Strategic Communication Advisory Team“, die „StratCom Task Force South“ im Aufbau, ein Expertenetzwerk Terrorbekämpfung und das „EU Eastern StratCom Team“. Letzteres werde – begleitet von Aktivitäten des Rundfunksenders „Deutsche Welle“ oder des Europäischen Demokratiefonds – unter anderem gegenüber Russland als Propagandainstrument genutzt. Als Ausblick sollten wir uns, so Schwitanski, vor allem auf eine Intensivierung der Strategischen Kommunikation auf EU-Ebene einstellen, eine Entwicklung, der wir eine kritische Perspektive entgegenstellen sollten.

### **Linke Europakonzeptionen**

Zum Abschluss des Kongresses sprachen Malte Lühmann und Tobias Pflüger unter dem Titel „Reform? Neugründung? Widerstand? Linke Europakonzeptionen und Ansatzpunkte für konkretes Handeln“ über die in den letzten Jahren deutlich lebhafter gewordenen linken Debatten zum Thema EU und Europa. Zum Einstieg skizzierte Malte Lühmann aktuelle europapolitische Herausforderungen jenseits der Militarisierung. Zunächst machte er deutlich, dass die Entwicklung der EU in Richtung eines zunehmend autoritären Neoliberalismus nach dem Ende der Troika-Politik keineswegs an Fahrt verliere. Aktuell würden sowohl aus Brüssel – mit dem 5-Präsidenten-Report zur Vertiefung der wettbewerbsorientierten Integration – als auch aus Berlin – mit Schäubles Initiative zur Umwandlung des ESM in einen Europäischen Währungsfonds mit weitreichenden Kompetenzen zur Disziplinierung der EU-Peripherie – Pläne in diese Richtung verfolgt. Gleichzeitig warnte Lühmann vor dem weiteren Anwachsen rechts-extremer und rechtspopulistischer Bewegungen in zahlreichen EU-Ländern von Deutschland (AfD) über Frankreich (Front National) bis hin zu Ungarn (Jobbik), Finnland (Die Finnen) und vielen anderen. Auch diese „falschen Feinde der EU“ stellten eine ernste Herausforderung für die Linke dar, so Lühmann. Anschließend präsentierte er fünf linke Positionen aus der aktuellen europapolitischen Debatte in Deutschland. Als erstes ging es um die Initiative „Europa neu begründen“, die im Umfeld der Gewerkschaften entstanden sei und auf eine



Jürgen  
Wagner

# NATO AUFMARSCH GEGEN RUSSLAND



oder  
wie ein neuer  
Kalter Krieg  
entfacht wird



Preis: 9,99 Euro (208 Seiten)

ISBN 978-3-95841-056-5

1. Auflage

BEBUG

Alexanderstraße 1

10178 Berlin

Bestellbar unter [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)



Herausgeber des AUSDRUCKs ist die  
**Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.**  
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die  
Auffassung der Informationsstelle wieder.  
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de),  
Tel. 07071/49154

AUSDRUCK